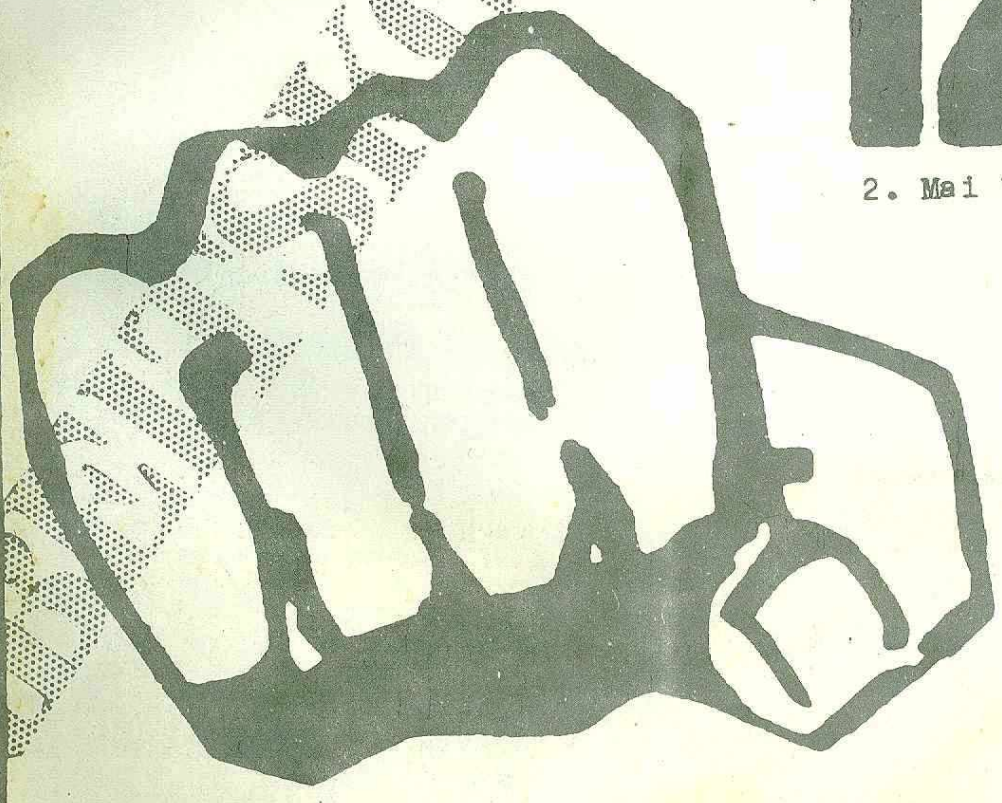
SDS

Papers Papers Papers

info 11 12

2. Mai 1969



SOZIALISTISCHER DEUTSCHER STUDENTENBUND BUNDESVORSTAND

6 Frankfurt / Main 1 Wilhelm-Hauff-Str. 5 Tel. o611/77 6o 68
Postscheck Ffm. 31 6o7 Dresdner Bank Ffm. 28 24 27

I N H A L T

Einschätzung der AK/DK.....Seite 3

Zur Diskussion über die Berufspraxis (Papers der Germanisten, Slawisten, der Schüler und eine Kritik)..... Seite 7

Papers der Internationalismus-Gruppe..... Seite 19

Papers der Justizgruppen..... Seite 28

Papers der Bundeswehr-Gruppe..... Seite 34

Papers der Betriebsgruppen-Arbeit & zur Arbeit der Stadtteil-Basisgruppen-Arbeit (Heidelberger + Frankfurter Papers)..... Seite 39

Papers zur Arbeit der Kinderläden..... Seite 47

Presseerklärungen des Bundesvorstandes vom 17.4.1969..... Seite 58

Gruppenbericht der Aachener Genossen..... Seite 63

Organisationsausgaben für Genossen:
Agnoli: Transformation der Demokratie.....3,50 DM
Kuron, Modzelewski: Offener Brief a. d. ver. poln. Arb. Partei.....3,00 DM
Sammelbestellungen an den BV ; Nur gegen N A C H N A H M E

REPUBLIKANISCHE HILFE - 6 Ffm - Wilhelm-Hauff-Str-5 - Tel.: 77 6o 68

Dresdner Bank
Konto 282880

Liebe Genossen, da der Verlag NEUE KRITIK verschiedentlich wegen des Preises für:
Paschukanis, Allgemeine Rechtslehre und Marxismus (DM 15,-- für Gen.)
beschimpft worden ist, haben wir zudammen mit dem Verlag beschlossen, diese u. a. für die Justizkampagne wichtigen Bücher den Genossen billiger zu beschaffen.

E. PASCHUKANIS - Allgemeine Rechtslehre und Marxismus, mit einer Rezension von Karl Korsch. Photomechanischer Nachdruck der datschen Erstausgabe von 1929, 2o2 S., DM----!! 1o,--!!! ◄ ◄ ◄ ◄ ◄ ◄ ◄ ◄ ◄ ◄ ◄ ◄ ◄ ◄ ◄ ◄ ◄

Paschukanis`'Allgemeine Rechtslehre und Marxismus' blieb in den Kämpfen der frühen 3oer Jahre weitgehend unbekannt und ist es noch heute selbst denen, die der marxistischen Theorie besondere Aufmerksamkeit widmen. Daß diese Arbeit so sehr in Vergessenheit geraten konnte, zeigt sehr deutlich den Mangel an Untersuchungen, die Paschukanis` Absicht einer "Kritik des gesellschaftlichen Rechts" aufgenommen hätten.
Vorliegende Arbeit unternimmt den Versuch, der "metaphysischen formal-logischen oder bestenfalls der historisch-evolutionären Methode der bürger-

Fortsetzung auf Seite 64

Einschätzung der AK/DK

Ueber die Falschheit einer bloß theoretischen Praxis

I. Berufsperspektiven-Diskussion auf der Arbeitskonferenz

Eine der Aufgaben der AK sollte sein, praktische Konsequenzen aus der schon lange propagandistisch verwendeten Parole 'Erlernt den Beruf im Klassenkampf!' zu diskutieren und zu formulieren. Sie sollte Ansatzpunkte, an denen die Hochschulpolitik über die Hochschule selbst hinausweist, praktisch werden lassen; unter anderemaus dem Grund, weil die Frage, was mit den revolutionären Studenten nach ihrem Studium geschehe, nicht länger mehr verdrängt werden kann und weil die Studentenrevolte in steigendem Maße darauf angewiesen ist, Unterstützung zu bekommen von anderen gesellschaftlichen Gruppen (Lehrern, Ingenieuren, Ärzten etc.).
Dazu gehörten die Diskussion über eine Revolutionierung des Lehrerberufs und über die Schülerrevolte.
Stattdessen wurde die Diskussion über die praktische Perspektive einer Lehrerrevolte auf die Frage reduziert, was mit dem auseinandergefallenen Sozialistischen Lehrerbund zu geschehen habe. Die verengte Diskussionsperspektive führte dazu, daß eine politische Perspektive über die Umorganisierung der Basisarbeit an den Pädagogischen Fakultäten und in den Kulturwissenschaften nicht zustande kam.
Die einzige, praktisch orientierte Diskussion ergab sich bei der Frage, wie eine Zusammenarbeit zwischen Schülern und Studenten, besonders den Studenten, die später Lehrer werden, zu institutionalisieren ist.
Dazu gab es zwei Ansätze:

1. Nach dem Modell einiger Berliner Genossen kommt es darauf an, Schüler in der Basisgruppenarbeit außerhalb der Schulen zu organisieren.

2. Die Position des AUSS. Er ging davon aus, daß eine Organisierung der Schüler sich auch an ihrem Arbeitsplatz umsetzen müsse. Die Genossen vom AUSS versuchten als einzige, eine praktische Wendung in der Diskussion herbeizuführen (s. auch das Schüler-Papier zur Kritik der Germanisten auf der AK).
In dem Papier, das die Diskussionsgruppe der Germanisten im Anschluß an die Arbeitsgruppensitzung verfassten, war von diesem praktischen Ansatz nicht mehr viel zu sehen; in ihm schlug sich ein Kompromiß zwischen den verschiedenen in der Gruppe vertretenen Anschauungen und Positionen nieder, jedoch keine politische Perspektive für die nächste Zeit.

II. Kritik an dem Germanisten-Paper

1. Der vermeintliche "klassentheoretische" Ansatzpunkt des Papers suggeriert eine marxistische Praxis - in Wirklichkeit aber hat er eine verschleiernde Funktion. Mit dem einzigen Hinweis auf die kleinbürgerliche Charakterstruktur der Schüler erspart sich das Paper eine eingehende Analyse der bisherigen politischen Arbeit der Schüler sowie eine praktische Selbstkritik der Arbeit der Germanistn. Was das Paper für die Schüler behauptet - nämlich die bürgerliche bzw. die kleinbürgerliche Herkunft - gilt erst recht für die gesamte Studentenrevolte. Das Paper aber bleibt bei diesem Statement stehen und weist keinen politischeorganisatorischen Weg daraus auf. Nur der Hinweis auf die notwendige Verbindung mit der Arbeiterklasse bzw. mit den Berufsschülern ist noch kein Ausweg aus der 'bürgerlichen Sackgasse'. Es hätte gegolten, den von den AUSS-Schülern und einigen SDS-Genossen entwickelten praktischen Standpunkt weiterzutreiben und in das Paper eingehen zu lassen, denn: nur durch eine Radikalisierung und Organisierung der Studenten- und Schülerrevolte besteht auf Dauer die Chance, auch über die Beschränktheit der eigenen Praxis hinauszukommen und den kleinbürgerlichen Standpunkt der jetzigen Praxis zu überwinden. Stattdessen war der einzige praktische Vorschlag die Bildung von Arbeitskollektiven mit Schülern und Germanisten.

2. Arbeitskollektive

Das Paper versteht Arbeitskollektive ausschließlich unter didaktischen und weniger unter politischen Gesichtspunkten: Minderung des Leistungszwanges und "historisch-materialistische" Erklärung bestehender Schulkonflikte ist der Einzige Inhalt dieser Arbeitskollektive nach Ansicht der Germanisten. Was z. B. diese "historisch-materialistische Erklärung" bezwecken sollte, wird nur formal ausgeführt: die bloße Erklärung von Zusammenhängen soll aktions- und organisationsstiftend sein? Wenn das die einzig konkrete Stütze ist, die die Germanisten den Schülergenossen geben können, können die Schüler auch gleich darauf verzichten: als seien die Schüler nicht selbst in der Lage, "historisch-materialistisch" sich die Konflikte in der Schule zu erklären: die Erarbeitung einer Broschüre über technokratische Schulreform (ein Vorschlag, den die Genossen vom AUSS einbrachten) und die praktischen Konsequenzen, die für einen organisationsstiftenden und zugleich antiautoritär-dezentralisierten Schulkampf daraus folgen, leistet da eine bessere Funktion - auch hier bleiben die Germanisten auf der Position von Hegelschen Philosophen stehen, die schön gelahrt die bestehenden interpretieren und sich mit dem Satz: "Der Kampf in der Schule muß von den Schülern selbst geführt werden", über die eigene Praxislosigkeit hinwegtrösten.
Für die Arbeitskollektive gilt: sie haben innerhalb der politischen Arbeit eine Ergänzungsfunktion, sind aber selbst kein politisches Ziel per se. Sie sollen es den Schülern erleichtern, den Leistungszwang und den Konkurrenzdruck, die in der Schule bestehen und eine konkrete Solidarisierung verhindern, abzubauen und Energien für den politischen Kampf freisetzen.
Viel sinnvoller ist es außerdem, wenn diese Arbeitskollektive, in denen Germanisten ihre freundliche Hilfe ankündigen, sich mit der Analyse der Inhalte der Unterrichtsstunden in der Schule beschäftigen, vor allem mit der Interpretation gesellschaftlicher Normen, die im Deutsch- und Gemeinschaftskundeunterricht als allgemeingültige, ewig gleichbleibende Werte jeder Art menschlicher Gesellschaft verbraten werden.

3. Kampagnen

In dem Papier wird nur einmal - und ganz inhaltsleer von der Funktion von Kampagnen für die Schülerrevolte gesprochen:"Die Kampagnen schaffen einen vereinheitlichenden Zusammenhang in der Arbeit sozialistischer Schüler..." Kein Wort über die Diskussion der Sexkampagne in der Gruppe auf der AK, von der die Schüler ganz richtig in ihrer Kritik des Germanisten-Papers feststellen, sie hätte ganz leicht integriert werden können, und biete im Augenblick nicht mehr die Möglichkeit, Schüler zu mobilisieren, außerdem entspreche sie nicht mehr den Erfordernissen des politischen Kampfes an den Schulen, deren Erfolgsbedingungen in einer Vertiefung der Kritik der Schüler an den bestehenden Zuständen besteht und in einer Praktizierung dieser Kritik.
Einen konkreten Ansatzpunkt innerhalb des Schulkampfes wird die Bundeswehrkampagne bieten:
Die Hinnahme von verschleierter militaristischer Propaganda in den Deutsch- und Gemeinschaftskundestunden muß Anlaß sein, die antimilitaristische Propaganda zu organisieren, antimilitaristische Filme zu zeigen, Propaganda-Material zu verteilen und den militanten und nicht auf bloß vorpolitischer individualistischer Verweigerung beruhenden Widerstand der Schüler gegen die Vereinnahmung durch die Bundeswehr zu organisieren, denn: aus den Schulen rekrutiert sich hauptsächlich der Nachschub der Bundeswehr: eine offensiv geführte Propaganda hätte den Erfolg, nicht nur die Schüler selbst in eine antikapitalistische Kampagne zu integrieren, sondern bestehende ideologische Konflikte in der Schule aufbrechen zu lassen, denn eines ist sicher: so ohne weiteres werden sich die Kultusbürokratien es sich nicht bieten lassen, daß die Schüler an den ideologischen Grundlagen des gesamten Ausbildungssystems rütteln.

4. Schulungsarbeit oder Nachhilfeunterricht zum historischen Materialismus?

Der Verweis auf die Notwendigkeit revolutionärer Schulungsarbeit hat sehr oft die Funktion, die Erfordernisse des politischen Kampfes entweder zu vernachlässigen oder die Praxis zu verdrängen. Es hat den Anschein, als hätte der Verweis auf Schulungsarbeit in dem Germanisten-Papier eben diese Funktion. Dort heißt es: "Es muß begonnen werden mit dem Aufnehmen einer Schulungsarbeit. Die Gegenstände der Schule müssen in der Kooperation mit den Schülern definiert werden, wobei sie auch einen Grad an Verbindlichkeit erreichen müssen, um sie nicht von unmittelbar und subjektiv sich anmeldenden Bedürfnissen abhängig zu machen. Die Schulungsarbeit hat drei Perspektiven: Ein Modell sozialistischer Schulung herzustellen, die Zentralisierung der Studenten im Ausbildungssektor zu leisten und eine sozialistische Analyse der Berufssituation des Lehrers zu schaffen." Kein Wort davon, welche praktische Funktion geschweige denn wleche längerfristige Perspektive solch ein Modell der Schulungsarbeit haben könnte, geschweige denn ein inhaltliches Eingehen auf die Inhalte dieser Schulungsarbeit. Nachhilfeunterricht im "historischen Materialismus" nützt der Schülerrevolte im Augenblick sehr wenig. Und wenn gar vom "Erwerb sozialistisch notwendigen Wissens" gesprochen wird, so hat das allzusehr den Anschein, als ginge es darum, als Voraussetzung einer politisch wirksamen antiautoritären und organisationsstiftenden Praxis erst die Akkumulation von sozialistischen Standards zu besorgen.
Eine sinnvolle Verbindung von Schulungsarbeit und politischer Praxis - und gerade bei den Schülern ist diese Verbindung wichtiger als sonst irgendwo - hätte sich daran zu orientieren, was für Analysen für die Reorganisierung des Schulkampfes notwnedig sind, und welches "sozialistische Wissen" dazu angetan ist, langfrostig Motivationen für eine politisch sinnvolle Praxis zu schaffen - und vor allem auch zur Vorbereitung auf die politische Praxis an den Universitäten.
An eine Verbindung von theoretischer und praktischer Arbeit wäre zu denken im Zusammenhang mit der Bildung von Basisgruppen an den Schulen. Über einzelne Projekte: etwa die Erforschung der besonderen Qualitäten des Sozialisationsprozesses in der Schule als Vorbereitung sowohl für das Studium, wie vor allem auch für den Beruf (dies vor allem bei den technischen Fachschulen).
Allerdings wäre dringend davon abzuraten, jetzt ein "Modell" sozialistischer Schulung auszuarbeiten, dessen praktische Notwendigkeit in systematischer Ansicht noch gar nicht erwiesen ist.

5. Revolutionäre Berufspraxis

Wie schon eingangs erwähnt, kam es in der Arbeitsgruppendiskussion aufgrund des beschränkten Ansatzes bei dem SLB nicht dazu, eine politische Perspektive für die Organisierung aller späteren Lehrer, die jetzt noch studieren — und dazu gehören weiß Gott nicht nur die Germanisten — zu entwerfen. Dies schlägt sich in dem Germanistenpapier nieder. Es geht von den bestehenden Lehrerorganisationen aus und überlegt sich nicht, wie die künftigen Lehrer organisiert werden können. Sicher ist es notwendig, sich über den Verbleib und die Aufgaben der isolierten linken Individuen im Lehrerberuf Gedanken zu machen, aber abgesehen von der Tatsache, daß eine politische Perspektive für diese Individuen sich nur dahingehend eröffnet, kontinuierlich mit den bestehenden Schülergruppen des AUSS zusammenzuarbeiten und ihm Informationen und Material etwa zur technokratischen Schulreform, über Notengebung, Lehrerkonferenzen etc etc zu geben und damit den Schülern zu helfen, den technokratischen und entmündigenden Lernzwang zu unterlaufen, läßt sich eine politische Strategie für

Lehrerorganisationen wirklich nur entwickeln, wenn man langfristig davon ausgeht, daß das Ergebnis unserer Arbeit sich nicht heute und nicht morgen im Erfolg einer antiautoritären Praxis an den Schulen niederschlagen wird.
Zu den Überlegungen, wie künftig Lehrer organisiert und für die politische Arbeit nutzbar gemacht werden können, bzw. wie verhindert wird, daß Studenten, die an der Universität ihr Studium unter politischen Aspekten organisierten, durch den Reindividualisierungszwang der kultusbürokratischen Versetzungspolitik entpolitisiert und aus dem Diskussionszusammenhang gerissen werden, gehört, daß man sich heute schon überlegt, wie an den Universitäten und an den Pädagogischen Fakultäten dezentralisierte kader, die politisch mit den Schülern zusammenarbeiten und so versuchen, die bornierten Grenzen ihres Fachs zu sprengen und aus der bloßen passiven Lehrerhaltung herauszukommen versuchen. Diese dezentralisierten Kader könnten dann nach Abschluß des Studiums sich weigern, sich einzeln an Schulen in verschiedenen Himmelsrichtungen verteilen zu lassen. Dies hätte u.a. den Effekt, daß der Anpassungszwang, der von der Beamten rolle des Lehrers ausgeht, unterlaufen werden könnte. Auf dieser Grundlage würde sich dann eine ganz andere Solidarisierungsbasis mit den Schülern herstellen, als dies im Augenblick bei den sozialistischen Lehrerindividuen der Fall sein kann.
Solche Lehrergruppen, deren sozialistisches Bewußtsein sich in ihrer Praxis und nicht im Namen ihrer Organisation erweist, könnte eine organisatorisch stabilisierende Funktion für die Basisgruppen und Lernkollektive an den Schulen haben, indem sie zentrale kategorien zur kritik an der Technokratischen Schulreform vermitteln, um so ihrerseits dazu beizutragen, die bestehenden konflikte in der Schule zu politisieren. Nur auf der Grundlage eines Bewußtseins, das den Zwang, der von der Institution Schule und von der Beamtenbürokratie ausgeht, nicht negiert, sondern als Zwang, dem Schüler und Lehrer gleichermaßen ausgesetzt sind, und als politischen Konfliktstoff begreift, kann sich eine solche Praxis durchsetzen. Ein Problem, das es noch gesondert zu diskutieren gilt, ist die Frage, wie zentrale kommunikationszusammenhänge und —organe für diese sozialistischen Lehrer— und Schülergruppen aufzubauen sind. Die beinahe naturwüchsige Isolierung der an verschiedenen Schulen arbeitenden Gruppen und Individuen erfordert in weitaus stärkerem Maße als dies für die Universitäten gilt, zentrale Diskussions- und koordinationsgremien. Dabei könnte, zumindest in der Anfangsphase des sozialistischen Schulkampfes, diese koordinationsfunktion die Lehrerfakultät in den Universitätsstädten übernehmen. Zu fragen wäre, unter welchem Gesichtspunkt an eine Gründung syndikalistischer Berufsorganisationen zu denken wäre.
Die Germanisten hätten innerhalb dieses nur ansatzweise ausgeführten Rahmens nicht die Funktion, "überzugehen zum Erwerb sozialistischen Wissens", sondern in Zusammenarbeit mit den AfE-Studenten, den Studenten der philologischen Fächer und den Schülern endlich anzufangen, praktische Organisierungsarbeit zu leisten und revolutionäre Phantasie zu entfalten für eine Stabilisierung der Berufsperspektivendiskussion.
Bisher haben die Germanisten die Welt nur (ideologiekritisch) interpretiert; es kommt aber darauf an, sie praktisch zu verändern.

[redacted]

Seite 5: unverständlich!
Seite 23: schlechte Orthographie
Seite 27: Das ist doch kein sozialistischer Stil!

Zur Diskussion über die Berufspraxis

Zur Kritik der Schülerrevolte

Eine sinnvolle Bestimmung der Kooperation mit sozialistischen Schülern müßte entwickelt werden aus einer Analyse des Klassencharakters der Bedürfnisse und Interessen, die sich während der Schülerrevolte geltend gemacht haben.
Die Träger der bisherigen Schülerrevolte rekrutieren sich vornehmlich aus dem Kleinbürgertum; sie konnte die im Ausbildungssystem angelegte Klassengrenze zu den Berufsschulen nicht überspringen. Die so dirigierte Identifikation der Schülerrevolte mit der Studentenbewegung läßt sich im Nachhinein als eine Schranke erkennen, die Schülerbewegung in eine sozialistische Kampforganisation gegen den Sozialisationsapparat der bürgerlichen Gesellschaft auf allen Sektoren zu transformieren. Dieser Beschränkung aufs bürgerliche Milieu entsprach der Versuch, sich von rigiden Zwängen zu befreien und Bedürfnisse zu befriedigen, die als unmittelbare ausgegeben wurden. Es muß aufgeräumt werden mit dem Postulat von der unmittelbaren Emanzipation von Zwängen und der unmittelbaren Befriedigung von Bedürfnissen unter Abstraktion des Klassencharakters dieser Bedürfnisse.
Zwar ist der Gymnasialschüler in eine repressive Maschine eingespannt, die rücksichtslos über seinen Willen hinweggeht, um ihn zu deformieren; dennoch konnte sich— im Gegensatz zu den Betrieben— in den Schulen antiautoritäre Rebellion deshalb entfalten, weil sie dort noch eine residuale liberale Öffentlichkeit vorfand. Bei aller Beschränkung auf sich selbst sind aber in der Schülerrevolte über sich selbst hinausweisende antikapitalistische Momente enthalten, die die spezifischen Bedürfnisse der Schüler mit denen der Arbeiterklasse unter ganz bestimmten Umständen identifizierbar machen. Diese antikapitalistischen Momente aus den bislang nur antibürgerlichen Attitüden zu entfalten, sowie diesen Identifikationsprozess voranzutreiben, ist Ziel einer Zusammenarbeit mit sozialistischen Schülern.

Arbeitskollektive

Der Anschluß der Schüler an studentische Massenaktionen und Kampagnen war von latent desorganisierender Wirkung, die nach dem Rückzug der Studenten an die "Basis" in der Universität offen zutage trat. Zu dieser Zeit wurde bei den Schülern der Ruf nach dem Rückzug an die Schule als dem vereinheitlichenden und verbindenden Arbeitszusammenhang laut. Gerade die erzwungene Organisation schulischer Sozialisation in Form von Schulklassen nötigt dazu, vorerst auf den zufälligen Zusammenhang der Schüler in der Klasse einzugehen und die Schüler in diesem Bereich zu organisieren. Da die— häufig genug institutspartikularistische— Basisarbeit an der Universität zur "Praxis" drängte, ebenso wie die sozialistischen Schüler den Zusammenhang mit der sozialistischen Bewegung an der Universität suchten, lag eine Kooperation von Schülern und Studenten in den Klassenkollektiven auf der Hand.
Für die Studenten ergaben sich aus den Arbeitskollektiven folgende Aufgaben:

- —Minderung des Leistungszwangs bei linken Schülern (gemeinsame Vorbereitung von Klassenarbeiten etc)
- —Sie erklären gemeinsam mit den Schülern historisch-materialistisch die nur antiautoritären Konflikte an der Schule; eine solche Erklärung ist Voraussetzung dafür, die Konflikte in einen strategischen Zusammenhang zu rücken.
- —in den Spannungssituationen bei politischen Konflikten an der Schule haben die Studenten den Schülern, die unter dem Druck von Schulbürokratie, Elternhaus und reaktionären Schülern stehen, praktischen Solidaritätsschutz zu gewähren.

Dabei dürfen wir uns über die taktisch definierte Form dieser Zusammenarbeit nicht täuschen.

Zur Kritik und Arbeitsweise der Arbeitskollektive

Die transitorische Perspektive dieser Schülerarbeit ist offen. Zwar ist der Gedanke richtig, daß an eine organisatorische Wendung der Zusammenarbeit von Schülern und Studenten solange nicht zu denken ist, solange die Schülerbewegung sich nicht konsolidiert hat. Aber die Hoffnung, die Konsolidierungsphase durch Schularbeitskollektive einzuleiten, beseitigt nicht den Verdacht, daß in dieser Arbeit schon ein Reformismus in der Struktur angelegt ist. Der Konsolidierungsgedanke sieht davon ab, daß die Konsolidierung immer noch eine selbstätige Aufgabe der Schüler bleibt.
Darüberhinaus muß kritisiert werden, daß der Konsolidierungsversuch nicht ansetzt an den fortgeschrittenen Teilen der Schülerbewegung selbst, keine Rücksicht auf die Fraktionskämpfe innerhalb der Schülerbewegung nimmt, geschweige denn einen Hebel darstellt, diese Fraktionskämpfe progressiv zu entscheiden.
Trotzdem ist es denkbar, daß innerhalb der Schülerbewegung mit den Arbeitskollektiven ein richtiger Anfang gemacht wird, die Zusammenfassung politisch eingestellter Schüler (USSG, AUSS) durch die Zusammenfassung politisch arbeitender Schüler zu ersetzen. Die bisherige affektive Abwehrhaltung der Schüler gegenüber studentischen agitatoren in der Schule hat gezeigt, daß die Initiatoren des politischen Kampfes in der Schule die Schüler selbst sein müssen. Die historisch-materialistische Erklärung schulischer Konflikte hat die Funktion, die Schüler anzuleiten, sie propagandistisch in die Schule zurückzutragen, durch Aktionen politische Öffentlichkeit zu schaffen und latente Konflikte aufzudecken. Das setzt ständige Kommunikation und eine gemeinsam erarbeitete Konfliktstrategie einer Schule voraus. Die Arbeitskollektive haben darüberhinaus die Funktion, den organisatorischen Zusammenhang von Schülergruppen innerhalb einer Stadt herzustellen, ohne den solidarische Aktionen und die Vorbereitung und Durchführung von Kampagnen nicht möglich sein wird. Die Kampagnen schaffen einen vereinheitlichenden Zusammenhang in der Arbeit sozialistischer Schüler und geben auch Schülern in kleinen Städten, die nicht mit sozialistischen Gruppen kooperieren können, die Möglichkeit praktischer Identifikation.

Revolutionäre Berufspraxis

Die objektive Rolle des Lehrers als Agent kapitalistischer Sozialisation und seine Rolle in der bürgerlichen Erwerbsgesellschaft bringen ihn in einen massiven Interessengegensatz zu den sozialistischen Schülern. Den Widerspruch zwischen einer syndikalistischen Organisation mit berufsständischen Zügen und einer sozialistischen Praxis als Lehrer überbrücken zu können, war die kleinbürgerliche Illusion des Frankfurter SLB, die ihn dann auch zu einer liberalen statt einer sozialistischen Politik zwang. Da der SLB weder die Voraussetzungen nichtreformistischer Praxis (Erkämpfung des Streikrechts z.B.), noch die Kooperation mit sozialistischen Schülern zu verwirklichen bereit war, fiel er dem Schicksal der Intellektuellenorganisationen in der bürgerlichen Gesellschaft anheim, nämlich defensiv zu sein.
Aus den bisherigen Erfahrungen mit Lehrerorganisationen und aus den beschriebenen Möglichkeiten der Zusammenarbeit von Schülern und Studenten ergibt sich noch nicht, wie die recht terroristische Abstraktheit der Forderung nach einer Revolutionierung der Berufspraxis verwandelt werden kann in eine konkrete sozialistische Alternative, mit der die geltende, durch Rechtsnormen abgesicherte, bürgerliche Definition der Berufsrolle des Lehrers sozialistisch verändert werden kann. Die schizophrene Berufssituation bleibt vorerst als angstmachender, arbeitshemmender und zu neurotischen Bewältigungstechniken führender Faktor im Studium vorhanden. Diese Analyse kann nicht die Fortsetzung der Verdrängung der Berufspraxis als Konsequenz haben, vielmehr muß die Berufssituation rechtzeitig durch Zusammenar-

beit mit Schülern ins Bewußtsein gehoben und thematisch werden.

Konsequenzen für die Studienorganisation

Die Germanistikstudenten sind als Germanistikstudenten im Augenblick nicht in der Lage, die Aufgaben in den Arbeitskollektiven — nämlich sozialistisch verwertbares Wissen zu liefern — befriedigend zu lösen. Aus der Zusammenarbeit mit Schülern ergibt sich die Möglichkeit, mit der bloß reflektorischen Bewältigung der Insuffizienz unseres Studiums zu brechen und überzugehen zum Erwerb von sozialistisch notwendigem Wissen.
Damit nehmen wir Abschied von allen Versuchen, eine historisch-materialistische Dimension der Germanistik in den Seminar— und Schulbetrieb einzubringen und diese Gegenstände als kritische zum Objekt der Anschauung zu machen. Eine historisch-materialistische Germanistik und eine Reorganisation unseres Studiums in linker Wissenschaftskritik springt aus dieser Arbeit nicht heraus. Es ist viel mehr notwendig, für den Erwerb des erforderlichen sozialistischen Wissens, das die Zusammenarbeit mit den Schülern erzwingt, institutionelle Bedingungen in der Universität zu schaffen. Es muß begonnen werden mit dem Aufbau einer Schulungsarbeit. Die Gegenstände der Schule müssen in der Kooperation mit den Schülern definiert werden, wobei sie auch einen Grad von Verbindlichkeit erreichen müssen, um sie nicht von unmittelbar und subjektiv sich anmeldenden Bedürfnissen abhängig zu machen. Die Schulungsarbeit hat drei Perspektiven: Ein Modell sozialistischer Schulung herzustellen, die Zentralisierung der Studenten im Ausbildungssektor zu leisten und eine sozialistische Analyse der Berufssituation des Lehrers zu schaffen.
Die bislang dargestellte Zusammenarbeit mit Schülern und die Schulungsarbeit kann aus sich heraus noch nicht in der bürgerlichen Gesellschaft eine verändernde kraft entfalten. Das bislang noch abstrakte Ziel einer solchen Arbeit ist der Aufbau einer marxistischen Jugendorganisation; Aufgabe des bewußtesten Teils der sozialistischen Schüler und Studenten ist, die organisatorische Transformation der Schülerrevolte in eine solche marxistische Jugendorganisation zu betreiben. Keime einer solchen Transformation sind in den kooperativen kontakten von Schülern, Lehrlingen und Studenten in Stadtteilbasisgruppen absehbar. Langfristig jedoch werden die kontakte fundiert sein müssen auf politisch definierbaren, allen drei Gruppen gemeinsamen Interessen, z.B. in der Bundeswehrkampagne,

AK-Slawistik-AK-Slawistik-AK-Slawistik-AK-Slawistik-AK-Slawistik-AK-Slawis

Die Slavistik gehört in die Reihe jener universitären Disziplinen, denen seit je im Bewußtsein der universitären als auch der außeruniversitären Öffentlichkeit das Charakteristikum des Exotischen und Skurrilen anhaftet. Für sie treffen daher auch alle zurecht und zu Unrecht beschworenen Formeln vom "Wandel der Universität" nicht zu. Sie wurden nicht zu Massenfächern und insbesondere haben sich hier in den letzten Jahren kaum Ansätze einer Politisierung der Studentenschaft gezeigt(mit geringen Ausnahmen wie Sinologie in Berlin und München). Eine Arbeitskonferenz slavistischer Basisgruppen ist daher ein Novum innerhalb dder studentischen Bewegung. Sie wurde initiiert aufgrund der Einsicht,daß eine effektive politische Arbeit durch eine interdisziplinäre Kooperation ander eigenen Universität nur durch eine interuniversitäre Zusammenarbeit geleistet werden kann,da das Arbeitspotential an den einzelnen slavischen Seminaren zu gering ist, die Slavistikordinarien jedoch schon längst sich nicht nur interuniversitär organisiert haben,sondern alle aus einer Schule kommen; hinzu kommt,daß das bundesweit konzipierte Ordnungsrecht die politi-

schen Studenten in kleinen überschaubaren Seminaren härter als in den Massenfächern trifft. Darüber hinaus hatte die Arbeitskonferenz die Funktion, politische Arbeit an den anderen slavischen Seminaren in der BRD zu initiieren. Eine spezifische Schwierigkeit der Arbeitskonferenz ergab sich dabei aus der Tatsache, daß bis auf Berlin, Bonn und Frankfurt, wo es bereits arbeitende Gruppen gibt, die Seminare nur durch einzelne vertreten waren.

Die Bestandsaufnahme der Situation von 12 slavischen Seminaren in der BRD und Westberlin hat ergeben: das Studium an den slavischen Seminaren erfüllt nicht einmal die minimalste Forderung nach sprachlicher Ausbildung. Vielmehr haben sich hier überwiegend reaktionäre Emigranten und Flüchtlinge gesammelt, die im Schatten der kulturwissenschaftlichen Massenfächer ihre subjektiven Ressentiments züchten und sich gegen jeden, der sie in ihrem wissenschaftlichen Privatissimum aufschreckt, wehren, als gelte es, das eigene Hab und Gut zu verteidigen. Während sich die Studenten bis 1961 überwiegend aus Flüchtlingen rekrutierten, sind es heute zumeist jene, die hier aus unreflektierter Angst vor den Massenfächern einen sicheren Hort suchen. Die Slavistik wird so in der Auseinandersetzung zwischen technokratischer Forderung nach Ausbildungsfabrik einerseits und den hartnäckigen Bestrebungen der Ordinarien und Teilen der Studenten andererseits, die Slavistik als luxurierende Freizeitbeschäftigung einer Elite am Rande der Universität anzusiedeln, zerrieben.

Andererseits gehört die Slavistik in den Bereich der Kulturwissenschaften und unterliegt hier den gleichn Bedingungen wie etwa Germanistik oder Anglistik. Die in ihr erbrachten Erfahrungswerte - besonders die der Sprachwissenschaften - gehen unmittelbar in die Humantechniken des Systems ein. Zur Legitimationsbasis der Entpolitisierung der Massen wurde die Entwicklungslogik des wissenschaftlich-technischen Fortschritts erhoben, mit der Folge, daß Wissenschaft, Technik und Verwertung zu einem System verbunden wurden. Weder mit der Logik des wissenschaftlich-technischen Fortschritts noch mit einer "Entschädigungspolitik" und der bürgerlichen Leistungsideologie allein läßt sich in der Industriegesellschaft der Entzug praktischer Fragen aus der demokratischen Willensbildung erklären und die latenten gesellschaftlichen Antagonismen und die manifeste Befreiungsbewegung in der Dritten Welt verschleiern. Die totale Apathie und Entpolitisierung der Massen und die Verschleierung ihrer wirklichen Situation wird geleistet durch die Kulturindustrie und den Manipulationsapparat, indem hier u.a. gezielt in gewaltigem Ausmaß zugleich Wünsche und Bedürfnisse mobilisiert und frustriert werden. Dabei darf man gleichzeitig nicht die Relevanz diese Sektors als surplus drain übersehen.

Den Kulturwissenschaften kommt heute noch eine gewisse Funktion als Zulieferant der Kulturindustrie und ihrer Massenmedien zu, wodurch sie in das System von Wissenschaft-Technik-Verwertung bedingungslos eingebaut sind und sie erfüllen bisher immer noch eine Sozialisationsfunktion in den Ausbildungsinstitutionen, indem durch sie Moral- und Ethikvorstellungen weitergegeben werden, deren ideologischer und apologetischer Charakter im Bewußtsein der Öffentlichkeit längst verlorengegangen ist, und indem sie mittelständisch orientierte Sprachfähigkeiten zur Norm erheben, treffen sie bereits in der Schule eine klassenspezifische Determinierung sozialer Aufstiegschancen. Darüber hinaus leiten die Kulturwissenschaften das Bedürfnis des Schülers nach praktischer Entfaltung der eigenen Fähigkeiten um in ein Interesse an Literatur als einer Surrogatbefriedigung gehemmter Selbsttätigkeit. Auch außerhalb der Schule läßt sich beobachten, daß Kunst und Literatur immer Einschüchterungs- und Repressionsfunktion übernehmen, denn denn als Gegenstand von Diskussionen ziehen sie sich in Spezialistenzirkel zurück und in den Massenmedien werden sie zum Gegenstand scheinbarer Fachleute. Die den Kulturwissenschaften im Spätkapitalismus verbliebenen Funktionen können schon heute von der Manipulation der tech-

nisch-manipulativen Verwaltung ohne weiteres wahrgenommen werden: Literatuwissenschaftliche Standards werden durch Bestsellerlisten und Marktanalysen gesetzt. Auch gibt es für das System keinerlei ökonomische Interessen,den Sektor Kulturwissenschaften aufrechtzuerhalten; im Gegenteil,er verschlingt Gelder,die nicht verwertet werden können, und scheint vielmehr die Entstehung einer kritischen Opposition (vgl. Phil.Fak.) zu ermöglichen. Die Kulturwissenschaften werden daher über kurz oder lang Opfer des bereits von der Kulturindustrie und dem Manipulationsapparat eingeleiteten Enkulturationsprozesses sein.

Dieser Prozeß ist in der Slavistik als universitärer "Wissenschaft" schon zur totalen Entfunktionalisierung fortgeschritten. Die feudalpatriarchalische Struktur der Universität erwies sich im Rahmen der Slavistik bereits nach 1945 unfähig,effizient Ideologie zu produzieren. Der Slavistik kommt nicht einmal mehr eine Funktion als Zuliefe rant in der Ideologieproduktion von "Osteuropakunde" und "Ostforschu ng" zu. "Ostforscher",Wissenschaftler und Techniker erlernen heute Russisch und erhalten ihre "osteuropäischen Spezialkenntnisse" an au ßeruniversitären Istituten,die sich moderner Methoden und Mittel bedienen. So werden z.B. jungen Technikern und Naturwissenschaftlern mit abgeschlossenem Hochschulstudium über ein viersemestriges Aufbaustudium (Stipendium 660 DM mtl.) Russisch und "Osteuropakunde" am Osteuropainsttut Berlin vermittelt. Die im gleichen Haus untergebrach ten Slavisten haben keine Zugang zu dem technischen und methodischen Apparat dieses Instituts. Am "Institut zur Erforschung der UdSSR" in München,das über eigene Abteilungen für russische Soziologie-Politolo gie,Literatur-Pädagogik,Musik-Kunst und Psychologie verfügt,erhält die zukünftige Technokraten-Elite,vor allem aus den USA,ihre Russischkenntnisse; und so lernten zu Beginn dieses Jahres 29 Wissenschaftler der Bayer-Werke "technisches Russisch" in programmierten Kursen der TH-Hannover.

Die "Niedersächsische Arbeitsgemeinschaft für Gesamtdeutsche Aufgaben", die finanziert wird von den drei Bundestagsparteien,dem DGB,der DAG und der "Deutschen Jugend des Ostens",schleust jährlich 120 000 Personen (besonders Lehrer,Schüler,"Jugendbildner") durch ihre ideologische Mangel. Die Aufgabe dieser Mangel definiert einer ihrer Exponenten: "Die Ostkunde soll im Rahmen von Erziehung und Unterricht nicht nur den Anspruch auf die unaufgebbaren Gebiete wachhalten und die deutsche Jugend für eine Ausfahrt im Auftrage Europas vorbereiten..."(Lehmann, Chefredakteur der "Zeitschrift für deutsche Ostkunde",Sekretär der "Bundesarbeitsgemeinschaft für Deutsche Ostkunde").

Diese ganz wenigen Beispiele machen klar,daß es für die Kulturwissenschaft Slavistik nich einmal mehr eine ideologische Funktion gibt,daß aber auch im Hinblick auf die Kulturwissenschaften insgesamt die technisch-operative Verwaltung im Spätkapitalismus keine wie auch immer geartetes Interesse an ihnen hat und ihre ehemalige Aufgabe als Ideogieproduzent weitaus effektiver über andere Institutionen und Apparate leisten kann.

Da die Slavistik,wie sie an der bürgerlichen Universität getrieben wird,ihre wichtigste,wenn nicht gar einzige Funktion innerhalb der spätkapitalistischen Gesellschaft verloren hat,nämlich die ideologische Rechtfertigung antikommunistischer Praxis,stellt sich die Frage, warum man in slavischen Seminaren überhaupt noch agitieren soll,warum wir trotzdem noch weiter Slavistik studieren.

Im Verlauf der AK-Diskussion wurde klar,daß das einzige,was die slavischen Seminare langfristig noch zu bieten haben,ein relativer Freiraum ist,vom dem aus die praktische Bekämpfung der Institutionen möglich ist,die die Ideologie des Antikommunismus täglich neu reproduzieren; und indem einige Probleme theoretisch aufgearbeitet werden müßten,die bisher von der antiautoritären Bewegung vernachlässigt worden sind.

Als praktische Ansätze ergaben sich auf der AK zunächst drei Möglichkeiten:

1. eine genaue Analyse der "Ostforschung" und die praktische Bekämpfung der sie produzierenden Institute (z.B. dadurch,daß man in sie hineingeht und ihre bisher geheime Tätigkeit aufdeckt).

2. Material zu beschaffen für eine Intensivierung der Diskussion innerhalb der linken Bewegung über die gesellschaftspolitische Entwicklung der sozialistischen Länder;

3. Beschaffung,Übersetzung und Edition von Publikationen aus sozialistischen Ländern,die für die linke Bewegung selbst relevant sind (vor allem die Diskussion der 2oer Jahre,Kindererziehung,Organisationsfragen).

Im Rahmen dieser Diskussion stellte sich auf der AK die grundsätzliche Frage nach der politischen Relevanz von Basisgruppenarbeit an der Hochschule. Ihre Funktion kann es nur sein,an der Hochschule politisches Potential für den Kampf außerhalb der Universität zu mobilisieren und die Hochschule als Ausgangsbasis eben jener Arbeit zu erhalten. Politisch relevant wird die Basisgruppenarbeit genau dort,wo sie über den Bereich des Überbaus hinauskommt und unmittelbar an den Sozialisationsinstitutionen und der in ihnen mittels des bürgerlichen Leistunsprinzips vorgenommenen Statuszuweisung ansetzt. Gerade aber auf dem Hintergrund der Analyse der Situation der Kulturwissenschaften und der Slavistik im Besonderen erscheint das,was bisher emphatisch als revolutionäre Berufspraxis bezeichnet wurde,als politisch einigermaßen perspektivlos. Denn das Schwergewicht der ideologischen Indoktrinierung wird sich mehr und mehr auf andere Institutionen als das Gymnasium verlagern,indem eine ohnehin schon vorselektierte Schülerschaft geschulmeistert wird. Darüber hinaus haben die Erfahrungen aus der Zusammenarbeit mit Gymnasiallehreren gezeigt,daß hier im Augenblick jedenfalls unüberwindbare,objektive und subjektive Schwierigkeiten bestehen: auch eine sozialistische Lehrerorganisation, wenn sie sich auf die unmittelbare Berufspraxis beschränkt,wird immer wieder über kurz oder lang auf eine trade-unionistische Interessenpolitik zurückfallen. So wichtig es ist,Schüler an den Gymnasien für den politischen Kampf zu mobilisieren,damit sie das bürgerliche Leistungsprinzip unterlaufen und später die Basis der Bewegung an der Hochschule erweitern,so führt und dies jedoch nicht aus dem universitätsinternen Rahmen hinaus und muß notwendigerweise reformistisch bleiben. Eine politische Perspektive dagegen hat die Agitation an Volks- und Mittelschulen,in der Bundeswehr und an den Berufsschulen. Die Agitation in der Bundeswehr könnte zeigen,daß die theoretischen Erkenntnisse,die in der Auseinandersetzung mit der reaktionären Wissenschaft gewonnen wurden,praktisch eingesetzt werden könnten im Kampf gegen die Institutionen,die die Ergebnisse der bürgerlichen Wissenschaften verwerten. Auf diese Weise könnte auch die teilweise Isolierung der Bundeswehrkampagne beispielsweise von der studentischen Bewegung aufgehoben werden.

Über die politische Arbeit in diesen Institutionen läßt sich unmittelbar die Arbeit und Agitation in den Betrieben einleiten,d.h.jener politische Kampf,der Aufgabe sozialistischer Politik und Strategie sein muß.

Basisgruppenarbeit an der Hochschule kann mithin nur heißen: Mobilisierung der Studenten für den Klassenkampf;wobei jedoch klar sein muß,daß das organisatorische Konzept der Basisgruppe den gegenwärtigen Stand der Bewegung zwar angemessen ist,sich aber bei weiterer Entwicklung als ineffizient erweisen kann,und wir nach anderen Organisationsformen suchen müssen.

Die Politik am Seminar kann also nur die Zielsetzung haben, ein Rekrutierungsfeld für die den Rahmen der Universität transzendierende Bewegung zu gewinnen. Dazu scheint eine Möglichkeit zu sein, den latenten antiautoritären Ansätzen bei den Studenten dadurch zum Durchbruch zu verhelfen, daß Konflikte am Seminar aktualisiert werden. Satzungsdiskussionen frustrieren zwar u.U. eher als sie aktivieren, einmal durchgesetzte Institutsräte bergen darüber hinaus die Gefahr der Integration in sich, trotzdem können sie in bestimmten Situationen kurzfristig mobilisieren.

Ein anderer Ansatz scheint und in den Lehrveranstaltungen zu liegen. Hier können die von seiten der Studenten neurotisch überhöhten Sachautoritäten abgebaut und die studentischen Fixierungen tendenziell überwun den werden. Dies kann geleistet werden

a) durch selbst organisierte Arbeitsgruppen; dabei besteht die Gefahr, daß viele Studenten aufgrund des Leistungsdrucks (Scheine usw.) nicht teilnehmen

b) durch selbstorganisierte Arbeitsgruppen mit anerkannten Scheinen. Dabei muß der Kompromißcharakter dieser Lösung (Scheine als Leistungsgratifikation) immer bewußt bleiben

c) durch organisierte Sabotage; wenn diese als abstrakte Negation der bürgerlichen Literaturwissenschaften unternommen wird, gelingt es kaum, die eigene Intention den Studenten zu vermitteln. Angestrebt werden muß, über zunächst literaturwissenschaftsimmanente Kritik (materialistische Literaturtheorie), den Studenten, jene hinter sich lassend, den parasitären Charakter ihrer Tätigkeit einsichtig zu machen, wodurch erst vermieden werden kann, bloß im Rahmen des Methodenpluralismus eine Methode unter anderen zu liefern.

Gegenüber institutionellen Konflikten ergibt sich hier die Möglichkeit, kontinuierlich und kollektiv zu arbeiten. Funktion der Arbeitsgruppen - das muß hier noch einmal betont werden - kann nur sein, jenseits literaturwissenschaftlicher Fachborniertheit aktiv die Gesamtbewegung zu unterstützen.

Anders als in der Germanistik spielt das Sprachenlernen eine wichtige und zeitraubende Rolle. Wir müssen versuchen, in kollektivem Lernen Zeit zu sparen, um sie sinnvoller investieren zu können.

Die AK zeigte die Notwendigkeit, das Gespräch und die gegenseitige Unterstützung durch eine gemeinsame politische Publikation fortzusetzen und zu intensivieren. Ein Info soll den verschiedenen Basisgruppen "Hilfsorgan" bei der Politisierung der Studenten an den Slavischen Seminaren sein. Die Professoren, die gerade in der Slavistik Wissenschaft als ihr privates Hobby betrachten und betreiben, müssen verunsichert werden, indem einer größeren Öffentlichkeit ihr fossiles Verhalten und die gesellschaftliche Irrelevanz ihrer Arbeit bewußt gemacht wird. Dies ist jedoch nur dann sinnvoll, wenn das Info den fachidiotischen Rahmen, in dem auch die Mehrzahl der Studenten zu denken gewohnt ist, und eine interdisziplinäre Funktion innnerhalb der Kulturwissenschaften einnimmt. Die Erscheinungsweise des Infos wird sich nach aktuellen Gegebenheiten richten. Nr.1 wird ausführlich die Diskussion der AK und ihre Konsequenzen enthalten.

An Seminaren, an denen Basisgruppen oder vereinzelte Genossen befürchten müssen, sich durch ihre politische Arbeit besonders starken Repressionen durch Ordnungsrecht etc, auszusetzen, ist die praktische Unterstützung anderer Genossen, gerade auch von anderen Universitäten, erforderlich. Auf diese Weise könnte einer ordnungsrechtlichen Verfolgung bei exponierenden Aktionen (z.B. Sprengungen von Veranstaltungen und Besetzungen) entgangen werden, da Studenten fremder Universitäten "nur" strafrechtlich belangt werden können. Eine solche "Hilfeleis-

stung" ist für die nächste Zukunft für Göttingen abgesprochen worden, wo Genossen aus Frankfurt, Bonn, Giessen und Marburg eine gemeinsame Aktion auch zwecks größerer Öffentlichkeit der grotesken Situation am dortigen Slavischen Seminar planen.

Wenn die Lage an besonders kleinen Seminaren erkennen läßt, daß eine weitere politische Arbeit und damit eine Erweiterung der Basis aussichtslos ist, ist eine völlige Auflösung der Seminare anzustreben (Giessen schließen!). Dies muß geschehen, indem Studienanfängern schon in der Studienberatung auf andere Universitäten verwiesen werden und die bereits politisierten Studenten möglichst zahlreich in die größeren Basisgruppen überwechseln.

KALTE FÜSSE, ROTE OHREN
FÜR SLAVISTIKPROFESSOREN !

Wo wohnt der?

ZU PERSPEKTIVEN DER SCHUELERBEWEGUNG - KRITIK AM GERMANISTENPAPIER DER AK

der erste teil dieses papers, die kritik also am vorliegenden germanistenpaper, ist sicherlich nicht von allzu großer relevanz, da doch das ergebnis der germanisten-redaktion auf der ak seinen kompromißcharakter nicht leugnen kann.
arbeitskollektive werden erst euphorisch dargestellt, dann als reformistisch bezeichnet, dann wieder als hoffnungsvoller ansatz. allerdings ist der in das paper eingegangene ekklektizismus symptomatisch für die noch unentwickelte diskussion und praxis.

I. auffallend ist zum ersten eine verwaschene verwendung bestimmter kategorien: so ist einerseits von sozialistischen schülern die rede, mit denen zu kooperieren ist, andererseits aber von der schülerrevolte die erst in eine ~~sozialistische~~ sozialistische zu transformieren sei. dann heißt es, bei den schülern sei der ruf nach dem rückzug in die schulen laut geworden. schließlich ist von politisch eingestellten schülern die rede, die eine zeile später plötzlich politisch arbeiten.

II. zur bestimmung der schülerbewegung
einziger gesichtspunkt bleibt der klassenspezifische charakter der schülerbewegung. es wird nicht gesagt, wie anders als durch einstellung der schüler er sich sprengen ließe - postulate werden postulaten entgegengestellt. weiter wird versäumt, wenigstens kurz anzugeben, zu was denn der schüler deformiert wird, denn anders als durch angabe und politische vermittlung eines ziels der deformierung läßt sich der kulturpessimistische ansatz dieses arguments schlecht überwinden. ebenso wird versäumt, die antikapitalistischen momente der schülerbewegung anzugeben, was die behauptung zur leerform macht und die analyse dieser bereits entfalteten momente in ihrer bedeutung für die noch nicht entfaltete, ~~eben xxxxxxxxx~~ eben sozialistische praxis, erspart. die fatalste blüte leisten sich die verfasser dieses papxers in der darstellung der arbeitskollektive als naturwüchsig entstandene arbeitsgruppen, deren notwendigkeit durch den ruf bei "den schülern" nach einem verbindlichen arbeitszusammenhang zutage trat.
die quasi notwendig entstandene "kooperation zwischen schülern und studenten in form der arbeitskollektive" entpuppt sich in wahrheit - und diesen zusammenhang gilt es darzustellen, um die bewußtlose faszination dieses modells zu zerstören - als entstanden
a) aus einem schamatischen und praxisfremden modell, konzipiert von einer avantgarde-gruppe des auss,

b) aus der naiven übernahmedieses konzepts nicht durch"die studenten" sondern durch die basisgruppe germanistik in frankfurt.
so versteht man auch die hilflosigkeit und aufregung der frankfurter germanistik-genossen, wenn man das arbeitskollektiv-konzept als auf den hund gekommene partikulare praxis entlarft, nämlich auf das organisieren von nachhilfe-unterricht. die schülergenossen in den kleinstädten sollen wohl, fernab von jedem studentischen genossen, der ihnen bei der mathe-arbeit helfen könnte, vom konzept an sich zehren. damit es aber nicht beim nachhilfeunterricht bleibt, muß den schülern auch noch historisch-materialistisch der "bloß antiautoritäre" konfliktstoff an der schule interpretiert werden - ein anspruchsvolles statement mit alibicharakter. später wird ja dann auch zugegeben, daß in der struktur der arbeitskollektive reformismus angelegt sei. daß aber die "taktisch definierte form der zusammenarbeit" auch praktische mit längerfristig reformistischer perspektive ist, muß erst noch widerlegt werden.zu sagen die "transitorische perspektive" der arbeitskollekitve sei "offen", ist mehr als billig, wenn weder das vorliegende paper, noch die frankfurter praxis ansätze zu einer inhaltlich neu bestimmten schülerarbeit enthalten. aus der unfähigkeit, den reformismus über bord zu werfen, ist dann die phrase von den "fortgeschrittensten teilen des auss" und den "fraktionskämpfen" zu verstehen - letztere sollen dann sogar "progressiv" geschimen werden. was dies inhaltlich bedeutet, wird nicht gesagt, eben so fließt wieder missionarischer eifer in das verständnis von kooperation ein - schlimm wird es dann. wenn man noch nicht einmal weiß, wozu die schüler"angeleitet"werden sollen.wenn die perspektive nicht deutlicher erklärt wird, als das gesagt wird, sie begründe historisch-materialistisch eine "konfliktstrategie", dann können die schülergruppen darauf verzichten, denn was anderes als eine verdrängung der rolle der technischen intelligenz und ein dahinwurschteln von konflikt zu konflikt kann damit gemeint sein. der organisatorische zusammenhang muß, so undeutlich wie bisher gefaßt, den zusammenhang der respektiven wurschteleien meinen.

III. der letzte satz auf seite 3, der kurzes zum stellenwert von kampagnen sagt, spiegelt die schwierigkeit wider, die diskussionsschwerpunkte der schülergruppe der ak mit der der germanisten zu vermitteln. unsere argumentation ist auf einen satz komprimiert und daher unzulässig verkürzt.kampagnen müssen gegenwärtig für das auss den sinn haben, praktischen widerstand in den schulen zu installieren, einen widerstand, der es einerseits vermag, den zentralen verwertungszusammenhang der schule zu treffen - nämlich ihre politisch und ökonomisch einordnung in den formierungsprozess der brd - und andererseits den bloß antiautoritären protest in einen sozialistischen schulkampf zu wenden. dies bedeutet weiterhin, daß mithilfe solcher kampagnen organisatorisch elemente im auss zu schaffen sein werden, die ein mindestmaß an kommunikation und koordination garantieren.
die schülerbewegung dient der vorbereitung der schüler auf auseinandersetzungen außerhalb der schule, also ihrer ausbildung zum klassenkämpfer was die überwindung des klassenspezifischen charakters der schülerbewegung angeht,muß differenziert werden zwischen dem primär bildungshumanistisch orientierten gymnasium und der technokratischen schule:
. der abbau sozialer schranken als eine schranke der schülerbewegung,muß sich gegenwärtig, wo die meisten schülergruppen in gymnasien organisiert sind, außerhalb der schule abspielen, etwa in arbeit mit volksmittel- und berufsschülern, in jugendhäusern etc. solche außerschulische arbeit kann natürlich partiell auch in der schule vorbereitet werden, etwa, wenn schülergruppen im deutschunterricht diskussion über sprachbarrieren erzwingen, die bedingungen sozialen kontakts mit jungarbeitern untersuchen, und dann den deutsch- und gemeinschaftskundeunterricht in jugendhäusern fortsetzen.
. es muß diskutiert werden, inwieweit der traditionelle klassenbegriff

mehr und mehr relativer wird, konkret: inwieweit in den gesamtschul-
modellen der spezifisch kleinbürgerliche charakter der schülerbewegung
eher aufgehoben werden kann. wenn man dagegen einwendet, die bisher
bestehenden gesamtschulmodelle reproduzierten wiederum die alten klassen
strukturen, so ist dazu zu sagen, daß in bezug auf die vermittlung der
inhalte die gesamtschulen noch nicht den politischen und ökonomischen
ansprüchen angepaßt sind. der autput der technokratisierten schule wird
langfristig in erster linie den bedarf an hochqualifizierten facharbeitern
entsprechen. die technischen oberschulen beispielsweise zeigen, daß die
ausbildung neuer qualifikationsstrukturen es auch erforderlich macht,
teile der arbeiterklaase miteinzubeziehen in diesen prozeß der funktion-
alisierung des erziehungswesens für die interessen des kapitals.

IV. die revolte in der schule muß jene inhalte und formen der wissens- und
normen vermittlung in der schule aufgreifen, die die schüler in ganz
bestimmter weise in hinblick auf ihre spätere berufspraxis für das system
funktionalisieren sollen. einer analyse dieser ~~xxxxfsxxxxxxxfür~~ inhalte
und formen in bezug auf ihren stellenwert im verwertungszusammenhang
in der schule müssen taktiken des widerstandes folgen, wobei, was
analyse und gegenstrategie angeht, berücksichtigt werden muß, daß die
schulen in unterschiedlichem maße den politischen und ökonomischen
notwendigkeiten angepaßt sind. von daher muß sich auch eine diss~~ussion~~
über die relation zwischen form und inhalt bestimmen. eine kampagne, die
den verwertungszusammenhang der schule trifft, muß von folgendem ausgehen
1. das kapitalistische leistungsprinzip geht keineswegs ausschließlich
formal in die schule ein, quasi als sei die note das leistungsprinzip.
es stützt sich im wesentlichen auf die vermittlung von wissensinhalten
und die einübung von sozialen normen.
für die schülergruppen muß dabei ein antiautoritäres protestmomentwas sich
auch in der technokratischen schule an der formalen organisation des
unterrichtes entzündet, ebenso wie die maschinenstürmerischen elemente
des protests gegen formierung etc. nur ausgangspunkt einer kritik an der
schule sein, die unter klassenkämpferischen gesichtspunkten erziehungs-
inhalte reflektiert, also deren stellenwert für den unterdrückungszusamm
menhang außerhalb der schule sieht und gerade unter diesem aspekt
gegenstrategien entwickelt. primär ist praktisch- politische
ideologiekritik zu leisten an den inhalten der einzelnen fächer, es ist
aufzuzeigen, welche dieser inhalte welche relevanz für diese gesellschaft
haben, erst so kann die sozialistische Kritik konkret werden. wenn sie
nicht allein auf die form der unterdrückung hinweist, sondern auch auf
deren inhalt und die erfahrung. die gruppen dürfen allerdings nicht in
der "reinen ideologie~~xxxx~~-kritik verharren, die agitatorische verwertung
des unterdrückungszusammenhanges führt ~~xxxxx~~ zwar nicht mechanisch,
aber doch wahrscheinlich, -zumal wenn ein organisatorisches element hin-
zukommt - zur einsicht, daß ein über kurzfristige aktionsformen hinaus-
gehender widerstand nicht zustande kommt, wird dem, wogegen man kämpft
nicht ein eigenes - nicht fertiges, aber zu entwickelndes- leistungs-
prinzip entgegengesetzt. kollektive arbeitsformen also, nicht außerhalb
der schule, sondern als form des kampfes.

V. in der schülergruppe wurden folgende organisatorische aspekte diskutiert
wie kann man mit hilfe einer solchen zentralen schulkampfkampagne organ
isatorische verbindlichkeit initiiert werden? wer vermittelt solche
perspektiven, da sie ja weder vom himmel fallen, noch einfach überzeugen?
denn so ohne weiteres wird eine relativierung der bisherigen politischen
aktion der gruppen nicht deren libidinöse fixisierung an ihre praxis
lösen können.
1. die begründung einer neu bestimmten gruppenarbeit muß ebenso. wie die
organisatorische hilfe von einer avantgardegruppe im auss geleistet werd
2. durch massives einsetzen der bürgerlichen presse, druck von plakaten und
klebern, druck von broschüren etc. lassen sich identifizierungsmechanis

men in gang setzen, anders ausgedrückt: eine propagandistische zuspitzung nicht verkürzung des schulkampfes kann eher die voraussetzungen der resonanz in den gruppen schaffen, als eine provokative argumentation etwa in der art, die gruppen möchten doch endlich ihre antiautoritäre phase liquidieren.
dazu: a) bürgerliche presse hat gerade angesichts unserer unterentwickelten eigenen kommunikationsstruktur eine nicht zu unterschätzende bedeutung für die schülerbewegung, daß heißt natürlich, daß wir ihr diese rolle überlassen.
b)plakate und kleber können in verkürzter schlagwortartiger argumentationskette einiges an identifikation und mobilisierung.zustande bringen.
c)eine herzustellende broschüre müßte folgendes enthalten: Technokratische schulreform - damit konkretion des verhältnisses schule- gesellschaft - damit relativierung der bisherigen eigenen praxis-ideologiekritiken einzelner fächermögliche aktionsformen - kollektive organisation.
3.die diese kampagne initierende avantgarde muß darüberhinaus möglichst viel persönlichen kontakt mit den gruppen haltan,regionale und projektgebundene:koordination der arbeit-~~koo~~ initiieren.
4. der auss-info hat dabei zweierlei funktionen:
a.aktuelle information und diskussion aus den gruppen. dadurch muß er ähnlich wie die reisende avantgarde und die von ihr initiierte selbsttätigkeit der gruppen die ungleichzeitige entwicklung verkürzen und vereinheitlichen helfen.
b,er muß infolge seiner aktualität-wenigstens partiell-für die aktiven gruppen des schulkampfs die bürgerliche presse unterlaufen.
die in den schülerarbeitsgruppen tätigen genossen aus den gruppen freiburg,stuttgart,heidelberg-diese gruppen übernehmen eine zumindest ansatzweise entwickelte kommunikations- und koordinationsfunktion in ihrer region-haben vereinbart,die in diesem paper angeschnittenen perspektiven organisatorisch verbindlich weiterzudiskutieren.

VI kooperation der schülergruppen mit studentischen genossen

die studentischen genossen können zwar den nachhilfeunterricht fortsetzen,aber ~~sonst~~ dabei kein unheil anrichten,zum beispiel also versuchen, konflikte mit "historisch-materialistischen kategorien"allein zu analysieren,sondern stattdessen den arbeitenden schülergenossen bei einer wie oben bestimmten ideologiekritik helfen und mit ihnen zusammen diskutieren.
von anleitung und schulung darf keine rede sein.
im übrigen werden wir im sds-info anhand konkreter erfahrungen und in zusammenhang mit der initiierung lokaler selbsttätigkeit und organisatorischer verbindlichkeit auf die kooperation zwischen den studentischen genossen und den schülergruppen eingehen

AUSS-BV m.mohl h.d.zahn
ussb-stuttgart thomas sattelberger

Thesen zum Stellenwert und Charakter von Kampagnen in der gegenwärtigen Situation des AUSS

I.kampagnen müssen gegenwärtig den sinn haben(für das auss),praktischen widerstand in den schulen zu initiieren,einen widerstand,der ~~es einerseits~~ vermag,den zentralen verwertungszusammenhang der schule zu treffen-nämlich ihre politisch e und ökonomische einordnung in den formierungsprozeß der brd-und andererseits den bloß antiauturitären protest in einen sozialistischen schulkampf zu ~~ver~~wenden.dies bedeutet weiterhin,daß zur mithilfe bei solchen kampagnen organisatorische elemente im auss zu schaffen sein werden,die ein mindestmaß an kommunikation und koordination garantieren.

II.die bisherige diskussion über eine leistungs und zensurenkampagne war diskussion über einen fetisch.zweierlei wurde dabei ignoriert:
1.daß kampagnen nicht an der situation der gruppen vorbeigehen dürfen,
2.daß durch sie,gatragen von einer avantgarde im auss,organisatorische verbindlichkeit erst hergestellt werden muß.

die "leistungs-und zensurenkampagne"-aus den genannten gründen war sie nie eine-stellt allenfalls einenrecht mageren brocken dar,den manche gruppen bereitwillig schluckem.wo immer auch der fetisch dieser kampagne herum spukt-im geduldigen papier oder in der praxis der gruppen -immer kritisiert e man zweigleisig borniert:
1.die primäre bedeutung in der agitation hat eine breitgewalzte immanente kritik der notengebung,eine kritik,die natürlich nicht nur von vielen lehrern ,sondern auch von den geplanten transformationen des schulsystems aufgefangen wird.allerdings ist sie nicht a priori reformistisch-es wird noch zu fragen sein,unter welchen bedingungen sie zu gebrauchen ist.
2.dem ganzen gejammer,daß die notengebung so gemein ist,wird mirnichts dirnichts die sozialistische kappe aufgestülpt-ein abstraktes gefasel vom "leistungsprinzip".wenn auch nicht in der theoretischen diskussion,so doch in der praxis,wird aus dem leistungsprinzip des kapitalismus ein prinzip an sich hypostasiert,was der antiautoritären "großen verweigerung"nur entspricht.
III.eine kampagne,die den verwertungszusammenhang trifft,muß von folgen dem ausgehen:
1.das kapitalistische leistungsprinzip geht keinesweges ausschließlich formal in die schule ein,quasi als sei die note das leistungsprinzip. es stützt sich im wesentlichen auf die vermittlung von wissensinhalten und die einübung von sozialen normen.
2.deshalb können weder immanenter konkretismus noch abstraktees gerede inha lt einer solchen kampagne sein.vielmehr muß der schwerpunkt der agitation in der kritik der durch die schule vermittelten inhalte und der damit korrespondierenden zwänge gesehen werden.das bedeutet konkret:
3. primär ist praktisch-politische ideologiekritik zu leisten an den inhal tender einzelnen fächer;es ist aufzuzeigenwelche dieser inhalte welche relevanz für diese gesellschaft haben;erst so kann die sozialistische kritik konkret werden:wenn sie nicht allein auf die form der unterdrückung hinweist,sondern auch auf deren inhalt und die erfahrung.
4.die gruppen dürfen allerdings nicht in der "rein" ideologiekritik ver harren.die agitatorische verwertung des unterdrückungszusammenhanges führt zu dem zwar nicht mechanisch,aber doch wahrscheinlich,-zumal wenn ein organisatorisches moment hinzukommt-zureinsicht,daß ein über kurz fristige aktionsformen hinausgehender widerstand nicht zustandekommt, wird dem ,wogegen man kämpft,nicht ein eigenes-nicht fertiges,aber zu entwickelndes-leistungsprinzip entgegengesetzt.kollektive arbeitsformen also,nicht außerhalb der schule,sondern als form des kampfes.

IV.wie kann man nun mit hilfe einer solchen zentralen schulkampfkampagne organisatorische verbindlichkeit initiieren?wer vermittelt solche perspek tiven ,da sie ja weder vom himmel fallen noch einfach so überzeugen?denn so ohne weiteres wird eine relativierung der bisherigen politischen argumentation und aktion der gruppen nicht dereh libidinöse fixierung an ihre praxis lösen können.
1.die begründung einer neu bestimmten gruppenarbeit muß ebenso wie die organisatorische hilfe von einer avantgardegrupps im auss geleistet werden
2.durch massives einsetzen der bürgerlichen presse,druck von plakaten und klebern,druck von broschüren etc lassen sich identifizierungsmechanismen in gang setzen,anders ausgedrückt:eine propagandistische zuspitzung ,nicht verkürzung des schulkampfes kann eher die voraussetzungen der resonanz in den gruppen schaffen als eine provokative argumentation etwa in der art.die gruppen möchten doch endlich ihre antiautoritäre phase liquidieren.
dazu:a.die bürgerliche presse hat gerade angesichts unserer unterentwicke

lten eigenen kommunikation eine nicht zu unterschätzende bedeutung für die schülerbewegung.das heißt natürlich nicht,daß wir ihr diese bedeutung überlassen.
b.plakate und kleber können mit verkürzter,schlagwortartiger argumentationskette einen teil an identifikation und mobilisierung zustande bringen
c.eine herzustellende broschüre müßte folgendes enthalten:technokratische schulreform-damit konkretion des verhältnisses schule-gesellschaft-damit relativierung der bisherigen eigenen praxis ideologiekritik einzelner fächer-mögliche aktionsformen-kollektive organisation.
3.die diese kampagne initiierendeavantgarde muß darüberhinaus möglichst viel persönlichen kontakt mit den gruppen halten,regionale und projektgebundene koordination der arbeit initiieren.
4.der auss-info hat dabei zweierlei fkktion:
a.aktuelle diskussion un d information aus den gruppen .dadurch muß er ähnlich wie die reisende avantgarde und die von ihr initiierte welbsttätigkeit die ungleichzeitige entwicklung verkürzen und vereinheitlichen helfen.
b.er muß infolge seiner aktualität wenigstens partiell für die aktiven gruppen des schulkampfes die bürgerliche presse unterlaufen.

Internationalismus-Gruppe

Zur 'Liquidation' des abstrakten INTERNATIONALISMUS

"Eine zweite revolutionäre Front gegen den Imperialismus in dessen Metropolen kann nur dann aufgebaut werden, wenn die anti-imperialistische Oppositionsbewegung lernt, die spätkapitalistischen Widersprüche politisch zu aktualisieren und den Kampf um revolutionäre Lösungen in Betrieben, Büros, Universitäten und Schulen aufzunehmen."

Diese These-bzw. deren Kurzfassung: Vom Protest zum Widerstand - aus der Schlußerklärung des Vietnam-Kongresses vom Februar 1968 bezeichnet genau den Umschlagpunkt, den dieser Kongress in der Geschichte der sozialistischen Studentenbewegung bedeutete: als Höhepunkt der Phase des abstrakt-moralischen Internationalismus war er zugleich deren Abschluß und leitete zugleich die Phase des partikularen Kampfes an der Basis ein, an deren Ende wir jetzt stehen.

Die Wendung zur Basis zum Zwecke der Aktualisierung der dort vorhandenen Widersprüche führte zwar zur Mobilisierung von Sektoren, die vorher nicht gesehen wurden, und damit auch zu einer gewissen Verbreiterung der Basis. Diese Verbreiterung wurde aber erkauft mit einer Partikularisierung nicht nur des SDS, sondern der gesamten Bewegung in verschiedene, kaum mehr aufeinander bezogene und durch keine theoretisch und strategisch verbindliche Diskussion - geschweige denn Organisation - vermittelten Bereiche sog. arbeitender Gruppen, die wir in der Struktur dieser Arbeitskonferenz gespiegelt sehen.

Angesichts dieser Situation stellte sich für die Internationalismus-Gruppe die Frage, ob sie sich in dieser pluralistischen Struktur als ein weiterer,den übrigen partikularen Sektoren nebengeordneter,Sektor verstehen sollte, oder ob der internationalistische Anspruch einer sozialistischen Bewegung nicht vielmehr dadurch eingelöst werden müsste, daß dieser Anspruch in die übrigen Bereiche hineingetragen werden müßte, um diese zu einer Reflexion ihrer jeweils partikularen Ansätze zu veranlassen. Wir haben - entweder vor die Wahl gestellt, entweder die Internationalismus-Gruppe aufzulösen und auf die übrigen Arbeitsgruppen zu verteilen oder zunächst einen Erfahrungsaustausch und Entwicklung von Initiativen als 'Spezialisten' durchzuführen - uns für die letztere Möglichkeit entschieden; einmal aus der Einsicht, daß das überregionale Kommunikationsbedürfnis der verschiedenen Gruppen uns legitim erschien und weil darüber hinaus zu hoffen stand, daß im abschließenden Plenum

oder in gemeinsamen Sitzungen mit anderen Gruppen schließlich eine gesamtstrategische Diskussion, die auch den internationalistischen Anspruch aufzunehmen in der Lage wäre, doch noch - wenigstens im Ansatz - gelingt.

Bei der Diskussion im Plenum kann es nun nicht allein darum gehen, den (inzwischen allgemein beklagten) Partikularismus in der Form zu reproduzieren, daß zu dem Pluralismus von Arbeitsperspektiven nun auch die spezielle Perspektive von 'Internationalisten' tritt. Es geht vielmehr um zwei Dinge:
Einerseits darum, die kritische Reflexion der politischen und organisatorischen Entwicklung des letzten Jahres zu provozieren (ohne dabei die Entwicklung nur vulgär-psychologisch als die Geschichte einer vaterlosen Jugend zu analysieren); dies könnte geschehen etwa anhand der Frage, ob nicht die Partikularisierung und Provinzialisierung der Bewegung einen ihrer Gründe in ihrem ahistorischen Charakter hat, d.h. eine Bewegung ist, die nur in der jeweiligen Gegenwart orientiert ist und die verlassenen Stufen ihrer Entwicklung einfach verdrängt, ablegt oder totsagt, wie sie z.B. die Phase des 'abstrakten Internationalismus' schlichtweg für tot erklärt hat statt seine Überwindung und Aufhebung in einem dialektischen Prozess zu reflektieren.
Andererseits geht es uns darum, durch den Vorschlag zentraler Kampagnen, die den Arbeitsbereich anderer Sektoren berühren bzw betreffen, die Zusammenarbeit verschiedener Sektoren zu fördern und damit zur Re-integration des Verbandes auf einer neuen Ebene beizutragen.

Dabei gehen wir davon aus, daß vorerst nicht eine zentrale Organisation die Vermittlungsinstanz sein kann, sondern zentrale Kampagnen und Aktionen, die die partikularen Bereiche miteinander verbinden, mobilisierend wirken und dogmatische Positionen entlarven können.

In der Vergangenheit waren diese zentralen Kampagnen - abgesehen von der Springer-Kampagne - vor allem die Vietnam-Demonstrationen, die aber nach der 'Liquidierung' des abstrakten Internationalismus fast vollständig eingestellt wurden. Daß dies auch aufgrund des ungeklärten Verhältnisses zu den Pariser Verhandlungen geschah, sei nur nebenbei bemerkt. Größer scheint uns die Notwendigkeit, unsere Kritik des abstrakten Internationalismus neu zu fassen.

Zum 'abstrakten Internationalismus' darum soviel: der Protest, der in den Demonstrationen zum Ausdruck kam, war moralisch und einigermaßen abstrakt, außerdem in seiner beanspruchten internationalistischen - solidarischen - Wirkung beschränkt, d,h. er äußerte sich symbolisch gegen Amerikahäuser oder war auf Anlässe wie Staatsbesuche etc angewiesen.
Andererseits ist denen entgegenzuhalten, die - ebenso wie die antiautoritäre Phase der Bewegung - den abstrakt-moralischen Internationalismus undialektisch 'liquidieren' zu wollen (um sich damit dem internationalistischen Anspruch überhaupt zu entziehen) , daß dieser abstrakte Internationalismus immerhin einen der wichtigsten Mobilisierungsfaktoren der Studenten- und Schülerbewegung darstellte, daß er durch die provozierte Entlarvung des bundesrepublikanischen Staatsapparates (und Polizei) zur Radikalisierung derer führte, die an den Demonstrationen teinahmen, und daß schließlich dieser abstrakte Internationalismus diejenigen Formen militanter Demonstrationen entwickelte, die wir heute anwenden.
Zu reflektieren wäre weiter, ob der durch die Liquidierung des abstrakten Internationalismus bedingte Verzicht auf offensiv geführte, übergreifende Kampagnen nicht die Partikularisierung gefördert hat, bzw für die partikularen Bereiche - abgesehen von der integrierenden Funktion - die offensive Schutzfunktion der Kampagnen verloren gegangen ist.

Einem Mißverständnis soll hier gleich vorgebeugt werden: es geht uns nicht darum, die Entwicklung des letzten Jahres grundsätzlich in Frage zu stellen, d.h. die nach dem Vietnam-Kongreß vollzogene Wendung zur

Basis zurückzunehmen - oder auch den alten SDS oder auch den abstrakten Internationalismus zu rekonstruieren. Was geleistet werden muß, ist nicht die Zurücknahme des prinzipiell im letzten Jahre gewonnenen Ansatzes, auch nicht das voluntaristische Überspringen der aufgetretenen Desorientierung und Desorganisation durch Selbsternennung zur leninistischen Kaderpartei, sondern die erneute Vermittlung des Kampfes an der Basis mit dem internationalen Kontext des Klassenkampfes, eine Vermittlung, die im Laufe des letzten Jahres tatsächlich abhanden gekommen ist. Denn - um es verkürzt zu sagen: wir haben spätestens beim Vietnam-Kongreß begriffen, daß der Imperialismus im anti-kapitalistischen Kampf an seiner Basis zu bekämpfen ist; wir haben auch an der Basis gekämpft; aber wir haben den Imperialismus aus den Augen verloren (bzw. an einige Spezialisten delegiert)

Dies zeigt sich sowohl im Hochschulsektor als auch in der Betriebsbasisarbeit, deren tendenzieller Revisionismus nicht zuletzt darin begründet ist, daß sie unter Verzicht auf eine Strategie, die den Zusammenhang der Klassenkämpfe in der Bundesrepublik in den Kontext der internationalen klassenkämpfe stellen müßte, sich damit bescheidet, ihre jeweiligen Arbeitsperspektiven, die von 'unmittelbaren Interessen' der jeweiligen Zielgruppe ausgeht, um diese (in Richtung worauf? - auf 'Mobilisierung') zu mobilisieren, als Strategie auszugeben.
Unreflektiert bleiben die Bewegungstendenzen des internationalen Kapitals (dessen wietgehende Internationalisierung im Gegensatz zur Nationalisierung der Arbeiterbewegung), der objektive Interessenkonflikt zwischen Metropolen und unterentwickelten Ländern nicht nur der 'Dritten Welt', sondern auch der eoropäischen Peripherie (und dementsprechend der zumindest temporäre Interessenkonflikt zwischen deutschen und 'Gast' Arbeitern) ebenso wie die Veränderungen im monopolkapitalistischen Produktionsbereich im Zuge fortschreitender technologischer Entwicklung.
Diese Aspekte, die zwar von einzelnen partikularen Gruppen 'gesehen' werden, gehören aber in den Zusammenhang einer den internationale n Kontext von Klassenkämpfen berücksichtigenden Gesamtstrategie, aus der erst die speziellen Mobilisierungsbedingungen der jeweils angesprochenen Zielgruppen (wie auch deren Relevanz) bestimmt werden können, will man sich nicht allein konkretistisch von Erfahrungswert zu Erfahrungswert durchwurschteln.
Die speziellen Bedingungen einer Mobilisierungskampagne der ausländischen Arbeiter haben wir in einem gesonderten Papier behandelt. Hier soll nur soviel gesagt werden, daß wir in dieser zentralen Kampagne nicht nur eine Möglichkeit sehen, ein schwaches Glied des internationalen Monopolkapitalismus anzugreifen, sondern eben in Form einer zentralen Kampagne durch Zusammenfassung partikularer Bereiche (Betriebsbasisgruppen, Ad-hoc-Gruppen in Universitäten, Justizkampagne etc) Ansätze eines konkreten Internationalismus zu entwickeln, der die Erfahrungen aus der Phase des abstrakten Internationalismus ebenso in sich aufnimmt, wie die inzwischen durch die partikularen Gruppen entwickelten, um die Vermittlung von anti-kapitalistischem und anti-imperialistischem Kampf auf einer neuen Ebene exemplarisch herzustellen.

Die zweite Gruppe zentral geführter Kampagnen, die wir vorschlagen (und in einzelnen Papieren - zu Indonesien, den portugiesischen Kolonien, dem palästinensischen Befreiungskampf - ausgearbeitet haben) zielt gegen den bundesrepublikanischen Neokolonialismus in seiner spezifischen Form der 'Entwicklungshilfe'. Dabei sind wir davon ausgegangen, daß die Abstraktheit des alten Internationalismus nicht zuletzt dadurch bedingt war, daß er sich gegen den US-Imperialismus richtete, während der BRD-Imperialismus, der nur mittelbar in Vietnam beteiligt ist, nicht greifbar wurde. Kurz: wir haben immer die Zweigstellen von DOW-CHEMICAL gesucht - und nie gefunden -, während KRUPP, AEG und SIEMENS die Ausbeutung der sog. Dritten Welt betrieben und betreiben, deutsche Werften und Rüstungsbetriebe Waffen an das SALAZAR-Regime liefern und bundesdeutsche 'Entwick-

lungshilfe' - und Universitätsinstitute - ihre konterrevolutionäre, kulturimperialistische Aktivität unbehindert entfalten konnten. Die Kampagnen gegen den BRD-Neokolonialismus werden die Vermittlung mit anti-kapitalistischem und anti-imperialistischem Kampf auf verschiedenen Stufen leisten müssen: sie können einerseits im Hochschulbereich anknüpfen an die Diskussion über die Funktionsbestimmung revolutionärer Wissenschaft, andererseits wird in der Betriebsbasisarbeit auf bestimmte Erfahrungen aus der Phase des 'abstrakten Internationalismus' zurückgegriffen werden müssen, d.h.: in einer Kombination von Aufklärung und direkter Aktion den zunächst nur moralischen Protest vor allem Junger Arbeiter zu provozieren.

Arbeitsgruppe Internationales

Bedeutung der ausländischen Arbeiter und der europäischen Binnenemigration für eine revolutionäre Strategie in den Metropolen

"Der Einwand, daß kaum noch ausländische Arbeiter hinzugewonnen werden könnten, gilt nicht, solange noch ein erhebliches Lohngefälle zwischen der Bundesrepublik und den potentiellen Herkunftsländern besteht und/oder solange in diesen Ländern offene oder versteckte Arbeitslosigkeit herrscht. Zur Zeit scheint es noch einfach zu sein, ausländische Arbeitskräfte zu bekommen, weil die Arbeitslosigkeit nicht nur in den Herkunftsländern, sondern auch in den mit uns um ausländische Arbeitskräfte konkurrierenden Ländern (Frankreich, Schweden, Benelux) verhältnismäßig groß ist; dort wurden 1967 - ähnlich, wie in der BRD - ausländische Arbeitskräfte freigesetzt. Wer argumentiert, durch die Anwesenheit ausländischer Arbeiter entstünden zusätzliche soziale Kosten für die Allgemeinheit - Kosten für Schulen und andere Infrastrukturinvestitionen- übersieht, daß Gastarbeiter, abgesehen davon, daß sie Steuern zahlen, auch Vorteile für die gesamte Volkswirtschaft bringen:

-Bei den ausländischen Arbeitskräften handelt es sich zum größten Teil um ungelernte Arbeiter, die weniger produktive, aber nicht weniger notwendige Arbeit übernehmen. Dies ermöglicht es den deutschen Arbeitern, in qualifiziertere Berufe aufzusteigen.

- Die ausländischen Zuwanderer decken einen großen Teil des Bedarfs der Wirtschaft an regionaler Mobilität.

Die Befürchtung, eine hohe Ausländerbeschäftigung bei zunehmender Arbeitslosigkeit beschwöre soziale Konflikte herauf, hat sich auch in der Rezession nicht bestätigt, denn solche Konflikte sind - abgesehen von einzelnen Ausnahmen - ausgeblieben."
(aus: Alternativen außenwirtschaftlicher Anpassung, Jahresgutachten 1968/69 des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung; Klett-Verlag)

Die ungleichzeitige Entwicklung der kapitalistischen Länder Westeuropas (incl. Türkei) hat für die Profit-Strategie des internationalen Kapitals auch nach dem Ende der Rekonstruktionsperiode nicht an Anziehungskraft verloren. Darüberhinaus hat die binneneuropäische Emigration ihren genauen Stellenwert innerhalb einer konterrevolutionären Strategie, die potentiell revolutionäre Arbeitslosenarmeen der europäischen Peripherie atomisiert und in die hochindustrialisierten Länder deportiert.
Als Nachtrag zu den Notstandsgesetzen soll das Ausländergesetz diese Ausbeutung der innereuropäischen Ungleichzeitigkeit krisenfest absichern. Sozialdemokratische und revisionistische KP-Organisationen der europäischen Peripherieländer haben dieser internationalen Strategie des Kapitals nichts als chauvinistisch und folkloristisch aufgeputzte Caritas entgegenzusetzen.(zu untersuchen wäre die Tendenz, ganze Produktionszweige aus Krisengebieten wegzuverlagern, Streikbruch und Aussperrung international zu organisieren; vergl. E. Mandels EWG-Buch)

Zu untersuchen wäre:
1. Die strategische Bedeutung der ausländischen Arbeiter für den Revolutionierungsprozeß in ihrem 'Gast'land
2. Die Lage der ausländischen Arbeiter in den Ausbeutungsländern (Arbeitsplatzsituation, repressive Freizeitverwaltung, administrative Repressionsmechanismen wzB. Ausländergesetz)
3. Revisionismusdebatte innerhalb der Gruppe der ausländischen Arbeiter, Ausbildung von revolutionären Kadern für die Heimatländer, Wiederaufbau des internationalistischen Bewußtseins.

Bisher haben sich die Gruppierungen der ausländischen Arbeiter vor allem an anti-imperialistischen Kampagnen und Demonstrationen beteiligt. Ihre Militanz überschritt häufig diejenige der deutschen Genossen (Spanien-Aktion in Frankfurt). Eine revolutionäre Aktivität der ausländischen Arbeiter am Arbeitsplatz, die von der bereits jetzt sehr wichtigen Informationstätigkeit über Betriebskonflikte fortschreitet zu offensiven Aktionen, wird erst dann möglich sein, wenn es ihnen gelingt, in der für viele von ihnen neuen Form materieller und psychischer Ausbeutung solidarische Widerstandsmöglichkeiten zu entwickeln, die nicht masochistisch sind.
Die Gründe, die 'exemplarischen Aktionen' unterprivilegierter ausländischer Arbeiter in den Betrieben vorerst noch entgegenstehen, müßten genauer untersucht werden:
1. Betrieblich und staatlich organisierte Disziplinierungsmaschinerie (befristete Einstellung, Strafpunktsystem, repressive Wohnheimsituation, Angst vor Ausweisung etc.) stellen dem Kapital die Hebel zur Verfügung, die die systemnotwendige Anpassung der ausländischen Arbeiter an die kapitalistischen Spielregeln des Ausbeutungslandes bewirken sollen.
2. In diesem Zusammenhang haben staatlich geduldeter Terror faschistischer Organisationen, offene Kollaboration oder Quietismus revisionistischer Arbeiterorganisationen aus den Herkunftsländern ihren für das Kapital willkommenen Stellenwert. Auch dem DGB kommt eine wichtige Pufferfunktion zu.
3. Ebensowenig wie der in Vereinzelung gehaltene, der vom System produzierten Agressivität seiner Landsleute ausgesetzte Arbeiter vorab auf massenhafte Solidarität seiner nationalen Gruppe rechnen kann, ist ihm in Fällen betrieblicher Repression die Unterstützung seiner BRD-Arbeitskollegen sicher. Über einzelne Fälle moralischer Unterstützung 'gegen Franco', sentimentales Schulterklopfen geht die Unterstützung der BRD-Arbeiter kaum hinaus. Sie erfahren die ausländischen Arbeiter als Lohndrücker. Kapitalistische Manipulation bestärkt die deutschen Arbeiter in ihren Vorurteilen gegenüber den europäischen Südländern. (Keine Boulevard-Zeitung berichtet über die Gründe von Messerstechereien oder Sexualvergehen ausländischer Arbeiter)

Angesichts dieser Situation ist nicht damit zu rechnen, daß sich die ausländischen Arbeiter massenhaft für nichtreformistische Vertretung ihrer Interessen, geschweige denn für die revolutionäre Agitation ihrer westdeutschen Arbeitskollegen einsetzen werden, obwohl man davon ausgehen kann, daß sie über ein entwickeltes Klassenbewußtsein verfügen.
Primär wird es daher darauf ankommen, innerhalb der einzelnen Gruppen ausländischer Arbeiter auf den Kampf gegen die faschistischen Organisationen aus ihren Heimatländern nunmehr den Kampf gegen die revisionistischen Arbeiterorganisationen folgen zu lassen. Die Revisionismusdebatte, die bereits jetzt von revolutionären Kadern und enttäuschten KP.- Genossen begonnen wird, muß sich sowohl an der Analyse der Klassensituation, der Geschichte der Arbeiterbewegung und revolutionären Strategie in den Heimatländern entzünden als auch konkrete Konflikte aus der Betriebs - und Freizeitsphäre und deren 'Meisterungen' durch die revisionistischen Formationen aufgreifen. Kulturhäuser, kirchliche und staatliche Betreuungsinstitutionen (vergl. Aktionen gegen das italienische Konsulat in

München) der Heimatländer haben eine wichtige Funktion für die Disziplinierung und folkloristische Einlullung der ausländischen Arbeiter. Nichtbeteiligung oder Distanzierung der KP- oder sozialdemokratischen Organisationen an offensiven Aktionen gegen diese Einrichtungen sind eine spektakuläre Entlarvung der Moskau-Linie, auch wenn sie noch so raffiniert abgezirkelt wird, wie in KPI-Verlautbarungen oder statements des spanischen KP-Chefs Carillo.
Erst dieser Polarisierungsprozeß innerhalb der einzelnen Gruppen wird offensiv-solidarische Aktionen am Arbeitsplatz ermöglichen und - was vielleicht noch wichtiger ist - antirevisionistische Kader für den Revolutionierungsprozeß in den europäischen Peripherieländern ausbilden.

Die Organisierung dieser Offensive kann nicht von den Schreibtischen internationaler Studentendiplomatie aus erfolgen. Sie muß als Konfliktstrategie mit Hilfe der existierenden Praxisbereiche geleistet werden (Betriebsgruppen, Justizkampagne, ad-hoc-Gruppen in den Uni's, etc.) Und zwar in der Weise, daß konkrete Fälle von Ausbeutung und Justizterror aus der Alltagspraxis aufgegriffen werden. Das muß im Rahmen einer Strategie geschehen, die sich nicht als Sozialfürsorge begreifen kann, den ausländischen Arbeiter nicht an 'Institutionen' der Linken bürokratisch binden will, sondern in Form von Aktionen möglichst viele Lernchancen ausnutzen muß.
Die Betriebsgruppen sind der wichtigste Praxisbereich für die Agitation der ausländischen Arbeiter und die Übernahme offensiver Schutzfunktionen. Aktions- und Agitationsformen dürfen jedoch nicht auf Nationalitäten beschränkt bleiben, sondern müssen so angelegt sein, daß sie tendenziell bei allen ausländischen Arbeitern den bürgerlichen Nationalismus der KP-Formationen bekämpfen und internationalistisches Bewußtsein initiieren können. Die Rekonstruktion des praktischen Internationalismus wird bei den ausländischen Arbeitern um so leichter, als die Gemeinsamkeit der Ausbeutungsmechanismen in den europäischen Peripherieländern klarer zutage tritt und von den Abhängigen besser erkannt wird als in den hochindustrialisierten Ländern Mittel- und Nordeuropas (vergl. z.b. die Bedeutung der Nato für Spanien, Portugal, Italien, Griechenland und der Türkei)
Die von ausländischen Arbeitern aller Nationalitäten bestrittene TU-Veranstaltung und Demonstration gegen den Ausnahmezustand in Spanien hatte anti-revisionistische und organisierende Wirkung: die Rechts-Fraktion der Griechen flüchtete vor Mao-Bildern und Vietnam-Parolen; innerhalb der türkischen und spanischen Gruppe organisierten sich langfristig arbeitende Kader.
Über die Verankerung der Ausländer-Agitation über die Betriebsgruppen hinaus ist es notwendig, die Problematik der ausländischen Arbeiter als Inhalt revolutionärer Wissenschaft z.B. in den Disziplinen Politologie, Soziologie, Jura, (Arbeits-) Medizin durchzusetzen. Die revolutionäre Beschäftigung mit den Widersprüchen und Klassenkämpfen in der europäischen Peripherie müßte kontinuierlicher Lehr- und Lerngegenstand, d.h. auch Konfliktstoff innerhalb der romanischen Philologie werden. Die in diesen Bereichen arbeitenden ad-hoc-Gruppen müßten zusammen mit ausländischen Arbeitern über Klassenanalyse und Arbeiterbewegung der Heimatländer arbeiten und 'politische' Sprachkurse organisieren; außerdem kann in diesen Gruppen Material über die Erfahrungen der jüngsten Klassenkämpfe in den europäischen Peripherieländern (übrigens auch in Frankreich diskutiert, übersetzt und den Betriebskadern zur Verfügung gestellt werden. (Als nächstes müßte die vor kurzem erschienene Broschüre über den Pirelli-Streik in Mailand für die Agitation in der BRD vorbereitet werden)

Dem Plenum wird vorgeschlagen, beim VDS materielle Unterstützung für ein Projekt 'Ausländische Arbeiter' zu beantragen. (Ausländergesetzkam-

pagne, Koordinationsstelle, internationales Seminar über ausländische Arbeiter, Agitationsbroschüren) Dieses Projekt müßte materiell so ausgestattet sein, daß auch das Hauptkontingent der ausländischen Arbeiter durch Kampagnen- und Reiseteams erreicht werden kann.

INDONESIEN-KAMPAGNE

Indonesien, das zweitgrößte Land in der Welt, das größte, in dem der bewaffnete Kampf geführt wird, ist, das soll nicht übersehen werden, eins der reichsten Länder der Welt. Nachdem die von der CIA ausgebildete und gesteuerte Militärclique die Kommunisten und andere progressive Elemente Indonesiens zu hunderttausenden massakriert hatte, waren die politischen Voraussetzungen für die Profite westdeutscher und internationaler Monopole gegeben. Das Regime schien durch eine halbe Million Morde festgegründet und verbürgte durch hunderttausend politische Häftlinge in KZ'S, sowie juristischen und militärischen Schutzes ausländischen Eigentums und uneingeschränkter Rückführung der Gewinne seine Zugehörigkeit zur 'Freien Welt'.

Im Herbst 1968 trafen Vertreter des internationalen Finanzkapitals, unter ihnen H.J. Abs, in Genf mit einer Indonesischen Delegation zusammen. Die dort gefällten Entscheidungen über die Rolle Indonesiens als Schwerpunkt der imperialistischen Ausplünderung und als Eckstein der agressiven 'Containment Policy' wurden wenige Wochen später von den politischen Handlangern Schiller und Strauß bestätigt.

Nach der Verlautbarung des D.I.I. sollen die Investitionen der Industrie erheblich verstärkt werden, zudem auch die Weltbank ihr Vertrauen in die Militärclique durch einen 500 Millionen US- Dollar-Scheck gezeigt hat. In der zweiten Hälfte des Monats Mai werden wir erleben, wie die Monopolbourgeoisie den Besuch des Führers eines faschistischen Massenmörder-Regimes, General Suharto, dazu benutzen wird, um die Farce von einem strengen, ehrlich um Fortschritt bemühten Militärdiktator aufzuführen, und um den Steuerzahler unter dem Vorwand der 'Entwicklungshilfe' zu schröpfen!

Anläßlich des Suharto-Besuches in Bonn, Frankfurt, Hamburg und Berlin, schlagen wir daher vor, eine auf Bundesebene Organisierte Kampagne und Aktionen durchzuführen, um die Mitverantwortlichkeit des westdeutschen Imperialismus für die Greueltaten dieses militär-faschistischen Regimes und das Elend des indonesischen Volkes aufzuweisen.

In diesem Zusammenhang müssen an den Universitäten unbedingt die Repressalien des Militärattaché's indonesischen Kommilitonen gegenüber, die Screening-Maßnahmen in den Jahren 1966-67, der Passentzug für indonesische Studenten, die diesen Repressalien passiven Widerstand leisteten, sowie die Ausweisung eines indonesischen Freundes in Aachen in die Agitation einbezogen werden.

Für die Betriebsarbeit sind detaillierte Analysen einzelner Entwicklungsprojekte, die der Mobilisierung der Arbeiter im Sinne eines konkreten Internationalismus dienen sollen.

Durch erfolgreiche Kampagne und Aktionen können wir den Kampf des indonesischen Volkes, der unter äußerst schwierigen Umständen geführt wird, unterstützen. Wir wissen, wie die Stellung der FLN in Vietnam durch die Solidarisierung und Herstellung der Öffentlichkeit gefestigt wurde.

BEGINNEN WIR MIT DEM SUHARTO-BESUCH IN WESTDEUTSCHLAND U. WESTBERLIN!!!

Koordinatoren der Indonesien-Kampagne:
Reiner V o ß, 5 Köln, Bismarckstr. 47
Einar S c h l e r e t h, 6 Frankfurt/M., Alte Gasse 34

Arbeitskreis Internationalismus - Griechische Arbeiter

Während der Tagung des Arbeitskreises Internationalismus in Frankfurt wurde die Diskussion des Internationalismusseminars in Hamburg über das Problem Griechenland fortgesetzt. Zentrale Probleme waren:

a) Die griechischen Arbeiter in der BRD; der Zusammenhang mit dem Ausländergesetz; die griechischen politischen Organisationen in der BRD; die Agitationsmöglichkeiten bei den griechischen Arbeitern, die hauptsächlich getragen werden sollen von den Internationalismusgruppen im SDS (Wir verweisen zu diesem Punkt auf das Papier des Projektbereichs Betriebsbasisgruppe auf der AK)

b) Prinzipiell muß vom Standpunkt des SDS aus festgestellt werden: Gemeinsame Aktionen mit griechischen antidiktatorischen Organisationen sind nicht abzulehnen. Es muß aber betont werden, daß der SDS nicht das radikale Potential liefert zugunsten der revisionistischen Organisationen (Zentrumsunion, EDA, KPG), sondern versucht, durch theoretische Analysen und Agitation das revolutionäre Potential in diesen Organisationen zu gewinnen.

c) Im Rahmen dieser Prinzipien wurde die Durchführung zweier Aktionen zum 21. April (Errichtung der faschistischen Militärdiktatur) und zum 1. Mai vorgeschlagen.

Zum 21.4.: Die Aktionen sollen durchgeführt werden mit anderen Organisationen der Linken, (nicht-revisionistischen Gruppen) und mit griechischen revolutionären Genossen. Zwei Aktionsformen bieten sich an:

1. Aktionen zur Sprengung faschistischer Veranstaltungen
2. Anti-faschistische Informations- und Aufklärungsveranstaltungen und militante Demonstrationen.

Zum 1.5.: Es sollte versucht werden, die DGB-Veranstaltungen umzufunktionieren oder Gegenveranstaltungen zu organisieren. Bezogen auf die griechischen Arbeiter bedeutet das, die arbeiterverräterische Rolle des DGB und die Politik der Bundesregierung, die das System in Griechenland unterstützt, zu entlarven. Ebenso die Rolle der griechischen Organisationen zu zeigen, die sich der Politik des DGB fügen und eine Isolierungspolitik der griechischen Arbeiter von ihren ausländischen Kollegen betreiben. Damit reduzieren sie die griechische Situation auf ein nationales Problem unabhängig von der Lage der internationalen Arbeiterbewegung.

d) Die Koordination des Austausches von Informationen und zukünftigen Kampagnen wird vom Infi Berlin, Eislebenstr. 14 und der Projektgruppe Griechenland (europäische Peripherieländer) Hamburg, Helene Joannidou, Hamburg 13, Hagedornstr. 53 (bei Lenze) übernommen.

Bei allen Aktionen muß berücksichtigt werden, daß nur durch Zusammenarbeit aller ausländischen Genossen die Problematik nicht als Problem der nationalen Unterentwicklung der einzelnen Peripherieländer gesehen werden kann, sondern sich als Ausbeutungszusammenhang der europäischen Peripherieländer durch die hochindustrialisierten darstellt.

Kampagne gegen den BRD-Imperialismus in den portugiesischen Kolonien

Seit acht Jahren kämpfen die Völker Angola's, Guineas (B) und Mozambique's organisiert gegen den portoguiesischen Kolonialismus. Portugal, selbst ein unterentwickeltes Land und Halbkolonie der westlichen Monopole, kann seine Kolonialherrschaft nur mit wirtschaftlicher und militärischer Unterstützung seiner konterrevolutionären NATO-Partner behaupten. Die BRD hat dabei die führende Rolle eingenommen.

Der Antiimperialismus des SDS war bisher theoretisch und praktisch vorwiegend an dem US-Imperialismus orientiert. Die Leistungsfähigkeit des westdeutschen Monopolkapitalismus, sich billige Rohstoffquellen und pro-

fitable Absatzgebiete in der 'Dritten Welt' zu sichern wurde dabei unterschätzt.
Zur Durchsetzung ihrer Wirtschaftsinteressen ließ die BRD, Partner der Diktaturen in Spanien und Griechenland, auch den protuguiesischen Kolonialismus nach dem Volksaufstand in Angola 1961 nicht verkommen. Die BRD lieferte an Portugal 1961 1o ooo isrealische Maschinenpistolen, 1962 16 Aufklärungsflugzeuge vom Typ Dornier 21, 1965 4o Düsenjäger vom Typ Fiat G91 und 6o des Typs F86, weiterhin für eine Mill. DM Napalm und Sprengbomben, mercedes-unimogs für die Geländeaufklärung.
Mit diesen Kriegsmitteln werden die Emanzipationsversuche der blutig unterdrückten Völker Angolas, Guineas (B) und Mozambiques zusammengeschossen. Um die "abendländische Zivilisation zu bewahren und zu verbreiten" (CSU-MdB Jaeger) werden aus Düsenflugzeugen westdeutscher Herkunft Napalm- und Sprengbomben tagtäglich auf die befreiten Gebiete abgeworfen - von Piloten, die von westdeutschen Militärs ausgebildet wurden.

Lissabon honorierte diese Leistungen mit Vorzugskonzessionen für bundesrepublikanische Monopole. So beutet der KRUPP-Konzern in Angola, getarnt als 'Companhia Mineira do Lobito' auf seinem Kolonialgebiet - das fast so groß ist, wie die BRD und von einer Söldnertruppe bewacht wird- das reichste Eisenerzvorkommen Afrika's aus. In Mozambique wird der größte Staudamm Afrika's von einem internationalen Konsortium unter führender Beteiligung von Siemens, AEG, Voith, BBC und Hochtief AG für eine Milliarde DM errichtet, der neben der Schaffung eines europäisch besiedelten Industriegebietes in seiner näheren Umgebung hauptsächlich der Energieversorgung Südafrika's dienen soll. Südafrikanische Truppen schützen schon heute dieses Bollwerk der weißen Herrschaft im Süden Afrikas.
Die Tatsache, daß die BRD den blutigen portuguiesischen Kolonialkrieg unterstützt, daß das westdeutsche Kapital diesen Krieg als Mittel der Ausbeutung benutzt und den Schutz der südafrikanischen Rassisten in Anspruch nimmt, weist auf Traditionen des deutschen Imperialismus in Kaiser- und Nazireich hin. Diese Tatsache interpretiert zugleich Phrasen wie 'Partner des Fortschrittes' und 'Entwicklungshilfe' als Feigenblatt, hinter dem die BRD ihren imperialistischen Schwanz versteckt.

Gegen dieses Komplott des BRD-Imperialismus mit dem portuguiesischen Kolonialismus führen die revolutionären Befreiungsbewegungen in den 3 portuguiesischen Kolonien den revolutionären Volkskrieg. Trotz Steigerung des portugiesischen Kriegsetats auf 45% der gesamten Staatsausgaben und trotz Unterstützung seiner NATO-Verbündeten hat Portugal den Sieg der revolutionären Befreiungsfronten nicht aufhalten können. Angolas MPLA kämpft in 9 von 15 Provinzen und kontrolliert ca. ein Drittel des Landes. Guineas PAIGC hat den portugiesischen Machtbereich auf isolierte Städte und Militärstützpunkte verringert. Mozambiques FRELIMO kontrolliert ein Fünftel des Landes und eröffnet den Kampf in der strategisch entscheidenden TETE-Provinz, wo der Cabora-Bassa-Staudamm entsteht. Die bewaffnete Selbstbefreiung der Völker Angolas, Guineas und Mozambiques wird nicht nur konterrevolutionäre Blockbildung im Süden Afrikas verhindern, sondern eine revolutionäre Alternative zur geschenkten Unabhängigkeit und neokolonialen Herrschaftsordnung in Afrika schaffen.

Der SDS muß den revolutionären Befreiungskampf der MPLA in Angola, der PAIGC in Guinea und der FRELIMO in Mozambique mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen. Neben direkter materieller Unterstützung - vor allem durch Medikamentsammlungen, die an den Universitäten Freiburg, Heidelberg, Tübingen, Frankfurt, Berlin verbunden mit Medizineragitation bereits begonnen haben - muß unsere Solidarität mit den Befreiungskämpfern verwirklicht werden durch Aufklärungskampagnen und

-aktionen gegen den Mißbrauch vom Wissenschaft und Technik zum Zwecke der Konterrevolution. Der Zusammenhang zwischen antikapitalistischem Kampf an den Hochschulen und in Basisgruppen und dem antiimperialistischen Kampf in der 'Dritten Welt' läßt sich durch eine Kampagne gegen den BRD-Imperialismus in den portugiesischen Kolonien viel unmittelbarer herstellen, als das bei den im wesentlichen nur symbolischen Aktionen gegen den US-Imperialismus möglich war.

Die in Frankfurt anwesenden Internationalismus-Gruppen haben sich auf eine koordinierte Kampagne im Juni 69 geeinigt. Die Afrika-Gruppe des Infi-Berlin hat die Vorbereitung und Koordination der Kampagne übernommen.
Kontaktadresse: INFI, Afrika-gruppe; 1 Berlin 3o, Eislebenerstr. 14
Tel: 24 99 82

Das Spendenkonto für die MPLA ist nach wie vor: Bank für Gemeinwirtsch.
Frankfurt-Hauptwache,
Konto-Nr: 51o52
(Zahlungszweck:'Angola')

Justizgruppen

Zusammenfassung der Diskussion zur Justizkampagne

Die ursprüngliche Strategie der Justizkampagne beinhaltete,auf den Angriff der Justiz gegen die Studentenbewegung zu reagieren,indem man die Justiz als zentrale Instanz des autoritären Staates zum Ansatzpunkt der eigenen Strategie machte. Dazu sollte außerhalb der Universität in der Agitation und praktischen Kritik an der Klassenjustiz die Organisation der Arbeiterschaft und anderen Bereichen gestet werden,was die Vorraussetzung dafür gewesen wäre,eine derartige makkampftaktische Auseinandersetzung gegen die Justiz führen zu können.
Die Strategie einer Machtkampfauseinandersetzung mit der Justiz verkannte jedoch a) die Intensität,mit der diese Instanz des autoritären Staates geschützt undgegen unsere Angriffe immunisiert wurde, b) die Möglichkeit unserer eigenen Organisierung qua Mobilisierung im Kampf gegen diese Justiz. Diese Mobilisierung war dadurch eingeschränkt,dass wir den Charakter der Auseinandersetzung abstrakt als Kampf gegen die Klassenjustiz=verlängerter Polizeiknüppel in die Uni einbrachen,nicht jedoch mit der spezifischen Situation der Studenten vermitteln konnten. Mit dem Begriff "Klassenjustiz" wurde,das Vorgehen von Gerichten und Polizei als an dem Interesse der herrschenden Klasse orientierten Repression zu denunzieren,ohne damit die strukturellen machtpolitischen Funktionen der Justiz dursichtig zu machen und die möglichen Ansätze eines Kampfes gegen die Repression zu analysieren.
Der Widerstand gegen den Staat kann nicht auf einer abstrakten Machtkampfebene organisiert werden-wir dürfen uns von den Herrschenden nicht die Kampfplätze vorschreiben lassen-,sondern muss geführt werden,wo wir uns unterhalb der Machtkampfauseinandersetzung weiterhin wirkungsvoll organisieren können,ohne uns der Gefahr auszusetzen,zerschlagen zu werden.
Aus der augenblicklichen Phase der Bewegung,die definiert ist durch das Entstehen ausseruniversitärer Praxisbereiche(Schüler,Lehrlinge,junge Arbeiter)ergibt sich die Notwendigkeit,dass sich die Hochschule selber als einen Teil der Protestbewegung begreift,deren Politik nicht mehr vorrangig an Universitätsproblematiken orientiert sein kann. Vielmehr haben sich die Ansätz von Selbstorganisation im Studium auszurichten an den Möglichkeiten der Mobilisierung und Organisierung von Schülern,Jungarbeitern bzw.ausländischen Arbeitern.Ein wesentlicher Bestandteil der Agitation und Mobilisierung dieser Gruppen wird die Aufklärung durch exemplarische Aktionen bei Arbeitsgerichtsprozessen und die Zurückführung dieser Prozesse auf ihren soziale

n Ursprungsort sein.Entscheidene Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang de r Unterstützung von Lehrlingen und Schülern zu,die sich in unmittelbaren A bhängigkeitspositionen befinden und auf Grund ihrer unterprivilegierten Si tuation und des auf sie angewandten repressiven und terroristischen Jugend rechts laufend der Gefahr ausgesetzt sind,aus dem Produktionsprozess ausge schaltet und in Erziehungsheime und ähnliche Disziplinierungsinstitutionen gesteckt zu werden.
In einer solchen Strategie würde die Wiedereinführung des politischen Anla sses und des konkreten Widerstandsniveaus eine neue Art bedeuten,auf die K ampagne der Justiz zu antworten. Nur durch die (Re-)Politisierung der Basi s der Angeklagten und durch die Schaffung eines differnzierten Bewusstsein s über die neue Qualität der Auseinandersetzung ,die sich andeutet in der Tendenz,Demonstrantenprozesse tatsächlich politisch zu behandeln(Langhans, Kunzelmann),was Möglichkeiten zur Praktizierung der Vorbeugehaft bietet,wä re zu erreichen,die sich umsetzt in eine Intensivierung der Organisation a n der jeweiligen sozialen Basis(Hochschule,Schule,Betrieb).
Um über die reine Demonstrantenschutzveranstaltung,zu der die Justizkampag ne zunehmend zu verhommen droht(aber gerade weil sie kein höheres politisc hes Niveau erreicht,keine schützende Funktion übernehmen kann),die sichmit moralischen Solidaritätsappellen von Prozess zu Prozess schleppt und allmä hlich als gleichsam notwendiges Begleitübel der Bewegung verdrängt wird,hi nauszukommen,giltes,wenigstens einigermassen verbindliche Kriterien zu ent wickeln,an denen die Möglichkeiten einer Repolitisierung ,und das hiesse "Vorverlagerung"der Prozesse an die je soziale Basis der Angeklagten,zu me ssen wären. Dass diese in Bezug auf spezifische Bedingungen am Ort jeweils variabel in die Diskussion einbezogen werden müssen,ist selbstverständlich.
1.Wenn es sich bei den kriminalisierten Aktionen um direkt hochschulpolit ische Auseinandersetzungen handelt,kann es gelingen, bei grösseren Studen tenmassen ein Bewusstsein der Gefahr zu schaffen,der sie ausgesetzt sind. Diese Herstellung einer Öffentlichkeit an der Basis der Angeklagten ist d ie erste Stufe in der notwendigen Schaffung weiterer Räume,die dem unmitt elbaren Zugriff staatlicher Gewalt tendenziell entzogen sind und damit zu gleich zu Stätten gesellschaftlicher und wissenschaflicher Selbstorganisa tion werden.-So könnte z.B. die Reaktion auf einen Hausfriedensbruchproze ss anlässlich einer Institutsbesetzung sein,die Widersprüche,die zur Bese tzung führten,erneut aufzurollen undzu aktualisieren,um eine neue Besetzu ng vorzubereiten und zugleich den Widerstand auf das Veränderte Niveau de r Auseiandersetzung(technokratische Hochschulreform)zu heben.
2.So wichtig es ist,sich in der agitatorischen Auseinandersetzung mit der Justiz zur Schaffung breiterer Mobilisierung auf wenige exemplarische Pro zesse zu konzentrieren,so entscheident ist die Entwicklung neuer Agitatio nsformen unddie Verfeinerung der traditionellen Propagandatechniken,wenn wir davon ausgehen,dass wir bei der Masse der Studenten und Schüler in "F ragen Justiz"nur bei deren Bewusstseinsstand,jedoch weniger ander unmitte lbaren Interessenlage agitatorisch ansetzen können.So wären beispielsweis e auch die Möglichkeiten von kurzen Agitationsfilmen,Fotoausstellungen,Sp itzelplakaten u.ä.genauer zu bestimmen.
Wenn man bedenkt,dass zwar eine recht weitgehende "Empörung"über zu harte oder unverhälnismässige Urteile bei politischen Tätern zu konstatieren wa r,aber diese liberale Entrüstung auf Grund der Unkenntnis über die tatsäc hlichen Abhängigkeiten der status-quo-fixierten Justizmaschinerie von pol itischen Instanzen nicht überschritten wird,so gilt es existierende aber vernachlässigte Informationnen,die gerade diese Zuammenhänge entschleiern (z.B. Stuttgarter Protokolle), schnellstens propagandistisch zu verwerten. Nur dann kann der Internalisierungsproze:, der bezüglich unserer Konfron- tation mit der Justiz im Gange ist, aufgehalten werden.
3. Wenn hier davon gesprochen wird, die mobilisierende Funktion der Justi zkampagne realistischer zu bestimmen und die Grenzen einer Justizkampagne die sich bisher weitgehend über rein appellative Slogans wie "Klassenjust iz" und "Justizterror" definierte, zu überschreiten, ist damit nicht eine Verdrängung der Genossenschutzfunktion der Kampagene gemeint. Gerade aber

wenn wir die Illusion zerstört haben, man könne in Gerichtssälen so etwas wie kritische Öffentlichkeit oder auch nur politische Diskussion allein d urch Verunsicherung per Regelverletzung oder gewaltsame Forderung nach an deren Verhandlungsräumen herstellen, wäre eine intensivere und das heißt auch schützende Vorbereitung auf die Vielzahl der Prozesse möglich.
Daneben sind die ansatzweisen Erfahrungen in eine strategische Ebene zu h eben, die im Bereich des Strafvollzuges gemacht worden sind. Es erscheint klar, daß eine Zerschlagung der Gefängnisse nicht kurzfristig zum Zielpu nkt einer Agitation in und vor den Haftanstalten gesetzt werden kann, viel m ehr kann eine solche Perspektive nur eine Verunsicherung der Strafvollzu gsanstalten intendieren bzw. andererseits die aktiven Genossen gegen die p hysische und psychische Liquidation im Gefängnis vorzubereiten. Die bisher mehr caritativen Charakter tragende individuelle Betreuung von entlassenen Häftlingen müßte überführt werden in intensivere Bemühungen um eine Politi sierung und Eingliederung der Entlassenen in praxisbezogene revolutionäre Organisationsformen.
Hierbei sollten insbesondere die Erfahrungen und Erfolge der Berliner Gen ossen berücksichtigt werden, die etwa am Beispiel von Langhaus/Kunzelmann gezeigt haben, daß eine politisierende Agitation in den Haftanstalten, we nn sie von den Häftlingen selbst in politischen Aktionen konkretisiert we rden, durchaus die Verunsicherung des Justizapparates, und zwar an seiner schwächsten Stelle-Strafvollzug- ermöglichen kann.
Eine intensivere Arbeit im Strafvollzug könnte auch im inneruniversitären Bereich einen realistischen Agitationsrahmen bieten für eine Rückverlag ung der Justizkampagne an die juristischen Fakultäten als Brutstätten jed er Mentalität der Abhängigkeit von etablierten Autoritäten jedweder Form (status-quo, positive Gesetzbestimmungen- und seien sie noch so alt, herr schende Gechtfertigungslehren und Vorurteile): die Juristen mit ihren Opf ern konfrontieren, das Strafrecht an Hand seiner Praxis denunzieren und s eine Funktion als Herrschaftsmittel zu entschleiern.
4. In der Agitation und Mobilisierung der jungen Arbeiter und Lehrlinge is t es nötig, anhand von exemplarischen Prozessen, z.B. Entlassungen wegen p olitischer Tätigkeit, aufzuzeigen, in wieweit Konflikte und Widersprüche i n der Struktur der jeweiligen Betriebe verschleiert werden durch ein schei nbar soziales Arbeitsrecht, das punktuell zwar formalen Schutz bietet, gru ndsätzlich aber den Unterschied von Arbeitgebern und Lohnabhängigen aufrec ht erhält.
5. Wie der Fall des Genossen Achmad Taheri zeigt, ist es unbedingt notwend ig, die Ausländergesetze in die Agitation innerhalb und außerhalb der Univ ersität einzuschließen: die völlige Schutzlosigkeit, in der sich die ausl ändischen Genossen befinden, sobald sie in die Hände der Polizei und Gerich te fallen, verlangt aber einen generellen Angriff auf die Ausländergesetzg ebung hinaus, die in speziellen Fall notwendige Aktionseinheit, um Auslief erungen zu verhindern und den Terror der Justiz und Polizei an Hand von k onkreten Aktionen (Flughafenaktionen etc.) durchsichtig zu machen. Auslief erungen von ausländischen Genossen an ihre faschistischen Heimatregierunge n müssen mit militanten Aktionen beantwortet werden, deren Charakter und Z iel sich aus der spezifischen Situation bestimmt.

Die Justizkampagne mit dem Kampf an der Basis verbinden!

Relativ unbemerkt von der Öffentlichkeit wird eine neue Verfolgungsstrateg ie gegen die sozialistische Opposition eingeübt. In diesem Rahmen kommt de r Justizkampagne eine besondere Bedeutung zu, die 1. in unserem Kampf gegn die Justiz, 2. in unserer allgemeinen Strategie Konsequenzen haben muß. Die neue Strategie wurde zum ersten Mal während des Nixon Besuchs und der Bundesversammlung in Berlin erprobt: der nicht erklärte Ausnahmezustand m t totalem Demonstrationsverbot, willkürlichen Hausdurchsuchungen und Festn ahmen, Verhinderung der Anwaltstätigkeit, permantem Polizeiaufgebot und pr aktizierender Vorbeugehaft wurde in Gegensatz zu früheren Versuchen von r Justiz sanktioniert.

Die Inhaftierung der beiden Kommunarden war das Ergebnis einer bundesweit zentral gesteuerten Überwachung "anarchistischer" Gruppen durch die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe in Zusammenarbeit mit Innenministerium. Historisch neu daran ist, daß Genossen zum ersten Mal wegen eines politischen Delikts im engeren Sinne(Nötigung von Verfassungsorganen) verfolgt werden. Mit der Konsolidierung der bereits totgesagten Linken erreichen die bisherigen Unterdrückungsmethoden der staatlichen Instanzen (Polizeiterror, Strafprozesse) und der Universitätsbürokratie ihr Ziel nicht mehr: Aktive Gruppen der Linken müssen sofort liquidiert werden. Im Gegensatz zu den Relegationsverfahren und dem normalen Instanzweg bietet die U-Haft die Möglichkeit, die Genossen sofort aus ihrem sozialen Wirkungsbereich zu entfernen. Die prakzizierte Schutzhaft als Hinterlader der NS-Gesetze macht es überflüssig einen in der Öffnetlichkeit stark kritisierten Vorbeugehaftentwurf formal zu legalisieren.
In diesem Zusammenhang muß man die Ermittlungen gegen die Kommunarden als Vorstufe für eine Illegalisierung des SDS betrachten. Ziel des Verfahrens gegen die KI ist ein Verbot als kriminelle Vereinigung i,S. §129StGB.
Deshalb hängt die Existenz der linken Bewegung entscheidend davon ab, wie ihre Antwort auf diese zentrale Verfolgungsstrategie aussieht.
Konsequenzen für den politischen Kampf:
1. Ohne eine Ausdehnung der linken Bewegung auf relevante Bevölkerungsteile durch eine organisierung der Lohnabhängigen ist die Antiautoritäre Bewegung angesichts der massiven Verfolgung zum Scheitern verurteilt.
Das bedeutet nicht, daß wir auf die bisherige politische Arbeit verzichten können. Im Gegenteil: Wir müssen die Alternativerfahrungen aus unseren Freiräumen (Universität, Gegenmilieu) als Momente einer Gegegesellschaft vermitteln mit dem politischen Kampf zur Durchsetzung emazipatorischer Interessen der relevanten Bevölkerungsteile. Das bedeutet nicht, daß wir den direkten Kampf gegen die Institution Klassenjustiz zugunsten einer abstrakten Arbeiteragitation aufheben können. Vielmehr müssen wir die historisch erstmalige Form des kollektiven Widerstandes gegen den Apparat mit direkten Aktionen verbinden: Ausrichtung der Justizkampagne auf Aktionen und Aufklärung im Bereich des Arbeitsrecht,wo wir mit der juristischen Konfliktsregelung der Betriebskonflikte die Repressions- und Intergrationsfunktion der Klassenjustiv entlarven können. Das geht nur in Zusammenarbeit zwischen Gruppen an der Jur.Fak., den Rechtshilfegruppen und den Betriebsbasisgruppen.
Ein weiterer Schwerpunkt ist auf eine allgemeine U-Haft und Strafvollzugskampagne zur Politisierung der Justizopfer zu legen. Es mehren sich die Anzeichen dafür, daß es gelingen kann, Teile der Gefangenen für den Emanzipationskampf zu organisieren.
2. Für die notwendige Organisation der linken Bewegung folgt, daß sie nicht durch ein Kaderkonzept von oben, sondern nur durch eine politische Koordinierung der einzelnen Arbeitsbereiche von unten erfolgen kann. Nur selbsttätig arbeitende Gruppen, die weder partikularistisch vor sich hinarbeiten, noch von einer bürokratischen Zentrale abhängig sind, können einen kollektiven Widerstand von der Basis her organisieren.
3. Die unmittelbare Notwendikeit, uns gegen die "Anarchisten"verfolgung zur Whr zu setzen, muß mit einer langfristigen Kampagne politisch aufgenommen werden. Ihr Zweck ist die Konsolidierung der linken Bewegung und die Mobilisierung der Justizopfer für den Klassenkampf. Der Ungleichzeitigkeit in den einzelnen Gruppen des SDS muß insofern Rechnung getragen werden als wir nicht bundesweit die gleichen Aktions-und Aufklärungsforman beschließen können. Dennoch muß die gemeinsame Perspektive die Aufklärung über die zentrale Verfolgungsstrategie der Herrschenden die Rolle der Klassenjustiz und der Haft zur Grundlage haben.
Die Agitation innerhalb und außerhalb der Gefängnisse und Haftanstalten hat in Berlin mit subversiver Tätigkeit als Vollzugshelfer usw. in den Anstalten und Solidaritätsdemonstrationen vor den Gefängnissen gegonnen.Die Ansätze kollektiven Widerstands (Solidarisierung der Gefangenen mit einem farbigen Häftling) sollen weiter getrieben werden im Zusammenhang mit ein

er Kampagne zum 1. Mai. Im Mittelpunkt steht die Aufklärung darüber, daß die brutale Unterdrückung und Entmenschlichung im gänzlich rechtsfreien R aum der Haftanstalten nur zu verstehen ist im Zusammenhang mit ihrer Kapi talistischen Ausbeutungsfunktion. In dem Maße in dem es uns gelingt, die Gefängnisse in den Kampf der Emanzipation und Freiheit einzubeziehen(auch wenn wir selbst betroffen sind), verlieren sie ihren Charakter als bisher wirksamste Unterdrückungsinstanz der Gesellschaft für die politische Oppo sition.
4)Daneben bleibt die Notwendigkeit,den Kampf gegen den weiterhin "normal" funktionierenden Justuzapparat verstärkt fortzuführen. Dies ist möglich a nhand eines Justizkongresses,der anlässlich eines exemplarischen Prozesse s (Carlo Schmidt,etc.)stattfinden müsste und über den gängigen Kongressch arakter hinausgehend die Aufklärung über die Justiz auch durch angemessen e militante Aktionen vorantreiben müsste.
Zum anderen soll versucht werden,den Widerstand gegen die "alltäglichen" und "kleinen"Prozesse nicht mehr durch abstrakt-moralische Apelle zu orga nisieren,sondern,indem sich die Genossen in ihrem Arbeitsbereich mit ande ren Genossen und in Zusammenarbeit mit dem Rechtshilfe-Kommitees auf eine politisch- und personell konkretisierte Prozesstrategie vorbereiten.
DIE JUSTIZKAMPAGNE MIT DEM KAMPF AN DER BASIS VERBINDEN!

Arbeitsbericht Berufsperspektive und Jur.-Fak.

Aus der Erkenntnis der Unmöglichkeit, den Justizapparat als zentrales Herrschaftsinstrument der kapitalistischen Gesllschaft durch eine sozialistische Politik praktisch zu transformieren, kann unsere Perspektive nur sein, Individuen aus der Ausbildung und aus dem Apparat herauszubrechen und zu organisieren. Im einer strategischen Dialektik von Mobilisierung und Polarisierung müssen wir allerdings auch der Tatsache Rechnung tragen, daß die Bewußtseinsprozesse, die zu einer endgültigen Verweigerung führen,können, nicht unbedingt mit dem Studium abgeschlossen sind. D.h., daß es einer bestimmten Anzahl von Juristen im Apparat geben wird und gibt, die von ihrem radikal-demokratischen Bewußtsein her für uns funktionabel gemacht werden können.

Aus der Notwendigkeit heraus, daß auch andere relevante Teilbereiche der Bevölkerung in die Auseinandersetzung mit dem Justizapparat mit einbezogen werden müssen, kann die aufklärerische und mobilisierende Funktion der linken Rechtsanwälte sich nicht nur auf Demonstrantenprozesse beschränken.
Das Führen von Arbeitsprozessen, Jugendprozessen, Mietprozessen usw. muß eine wirksame Agitation ermöglichen bzw. initiieren oder intensivieren. Eine wirksame Agitation erfordert gleichzeitig eine intensive Zusammenarbeit mit Betriebsbasisgruppen, Stadtteilbasisgruppen, Studenten, Referendaren, Sozialhelfern, Genossen die im Strafvollzug arbeiten und Jugendpflegern.
Schon im Studium sollte eine solche Zusammenarbeit, die sich möglichst in Wohn- und Arbeitsgemeinschaften niederschlägt, begonnen werden. Um einerseits zu verhindern, daß die im Apparat arbeitenden isoliert werden und sich resignierend anpassen, und andererseits die materielle Basis der anderen mit sichern helfen, kann eine sinnvolle politische Arbeit nur in solchen Kollektiven gesehen werden.

Genossen, die aus irgend einem Grund für eine juristische Berufspraxis nicht in Frage kommen (Berufsverbot für Rechtsanwälte, subjektive Verweigerung vor und nach dem Staatsexamen, falls nicht ein anderes Studium in Frage kommt), die aber über immanent juristisches Wissen verfügen,und in der Lage sind, diese Kenntnisse agitatorisch umzusetzen, können dort praktisch politisch tätig werden.

In der gegenwärtigen Auseinandersetzung mit Justizapparat, in der Urteile von Richtern mit radikal-demokratischem Bewußtsein für uns immer noch eine temporäre Schutzfunktion bedeuten, müssen Widersprüche im Apparat von uns in Zusammenarbeit mit diesen radikal-demokratischen Richtern, die hinzielen müßte auf eine Selbstorganisation (Wohnkollektive, gemeinsames Erarbeiten von Urteilen usw.), exemplarisch aufgezeigt und zu Agitation weitervermittelt werden.

Von diesen strategischen und mobilisierungstaktischen Aspekten her müssen unsere Rückschlüsse auf die Hochschulstrategie der Jur.Fak. erfolgen.
Um die Zielprojektion einer möglichst massenhaften Verweigerung zu erreichen, muß die Agitationsstrategie an der Jur.Fak. auf eine größtmögliche Verunsicherung bezüglich eines Jur. Studiums und eines juristischen Berufes hinzielen. D.h.formal als Mittel der Verunsicherung und Ansatzpunkte der Agitation müßte die Anfertigung von Kollektivarbeiten, die Verhinderung der bisherigen Hausarbeiten und Klausuren, Umfunktionierung von Prüfungen und Seminaren, Forderungen nach Anerkennung studentischer Arbeitskreise, die sich mit aktuellen politischen Themen beschäftigen, wie z.B. Ordnungsgerichtsproblematik, Vorbereitung von Prozessen usw. sein.
Diesen praktischen Ansätzen liegt zugrunde eine wissenschaftsmethodische Kritik an dem, was als Rechtswissenschaft ausgegeben wird, und eine politische Kritik des bestehenden Rechtssytems (plus Ausbildung) im Funktionszusammenhang dieser Gesellschaft. Das heißt, wir wollen durch Schaffung eines Problembewußtseins durch Aktionen- Aufklärung ein bestehendes oder entstehendes liberal-radikaldemokratisches Bewßtsein in ein tendenziell sozialistisches Bewußtsein transformieren.

Arbeitsbericht der Gruppe Strafvollzug

Unsere Arbeit im Gefängnis kann nur von folgenden Gesichtspunkten bestimmt werden
1. Um Informationen für die Agitation im Bereich der Universität zu bekommen
2. Diese Informationen verwerthar zu machen für die Genossen, die ins Gefängnis kommen werden
3. Gefangenenagitation von außen und von innerhalb der Gefängnisse

Wir halten es nicht für möglich, jetzt schon mit dem Aufbau einer Entlassenenorganisation anzufangen. Ziel einer solchen Organisation müßte - nach einer individuellen Betreuung - die Eingliederung in revolutionäre Kader im Arbeitsprozeß sein. Für die Arbeiter, mit denen sie politisch arbeiten sollen, können den dazu notwendigen ständigen Diskussionszusammenhang herstellen, und durch Wohngemeinschaften die Trennung von Arbeit und Privatleben aufheben. Alle Versuche von studentischer Seite waren notwendigerweise beschränkt auf eine rein caritative Tätigkeit, die wir zudem schlecht leisten konnten, weil uns die notwendigen personellen und finanziellen Mittel fehlen.

1. Agitation in der Universität :

Ziel : Juristen mit ihren Opfern zu konfrontieren. Das Strafrecht anhand seiner Praxis zu denunzieren, und seine Funktion als Herrschaftsmittel zu zeigen, indem das Gefängnis als ein Mikromodell der Gesellschaft analysiert wird. (Arbeitsverhältnisse, sexuelle Verhältnisse, Abhängigkeit, Schuldgefühle.)
Funktion dieser Agitation muß eine Politisierung sein, die kurzfristig in Projekten wie Jugendprozessen, Agitationsvorbereitung für Studentenprozesse etc. praktisch werden kann, die aber auf längere Sicht nur über eine Zusammenarbeit mit der Jura-Basisgruppeund den von ihr zu entwickelnden rev. Berufsperspektiven effektiv werden kann.
Wenn Gefangene sich bereit erklären, als Zeugen bzw. Ankläger aufzutreten (im Gegensatz zum Informanten, der selber nicht in Erscheinung tritt), so müssen wir diesen Einzelnen Schutz gewähren können, um sie vor Verfolgungen des Staatsapparates, der die Wichtigkeit und Gefährlichkeit dieser Arbeit durchaus kapiert hat, zu sichern. Andere Projektgruppen müssen sich an dieser Arbeit beteiligen : Psychologen, Soziologen, AEE und PH (Korrelation zwischen Schulversager und Jugendkriminalität), Betriebsgruppen, die auf längerfristige Möglichkeiten einer Entlassenenorganisation hinzuarbeiten hätten, indem Vorurteile der Arbeiter über Kriminalität abgebaut werden.

2. Genossenschutz

Um die Diskussion darüber zu ermöglichen, wieviel Knast man auf sich nehmen kann oder soll, müssen die Genossen wissen, welche Repressionen sie zu erwarten haben, welche Möglichkeiten es gibt, sich dagegen zu wehren, und welche Möglichkeiten für politische Arbeit im Gefängnis vorhanden sind. Das letztere ist entscheidend,

soll ein Gefängnisbesuch einigermaßen überstanden werden, soll die Fähigkeit, nachher wieder politisch arbeiten zu können, erhalten bleiben.
Durch Information über

1. die rechtliche Stellung des Gefangenen und das Verfahren, wie er diese Rechte geltend zu machen hat
2. die Struktur des Gefängnisses (Gefängnishierarchie, Tagesablauf, Arbeitsmöglichkeiten)
3. Praktische und technische Probleme, die zum einen das Leben des Genossen etwas erleichtern und zweitens Vorbedingung für politische Agitation sind (Streichhölzer, Licht ; Herstellung von Kommunikation per Klo-Telephon, Herstellung von Druckerschwärze, Briefverkehr etc.) .
4. Politische Agitationsmöglichkeiten (Bekämpfung der Gewerkschaft, falls es eine gibt, Aufklärung über die Rechtsstellung der Gefangenen, Aufbrechung des Schuldgefühls vgl.3.)

kann die unreflektierte Angst der Genossen auf das zwangsläufige, durch die Struktur des Gefängnisses bedingte Minimum reduziert werden. Die speziellen Schwierigkeiten, die sich für Genossinnen stellen, müssen gesondert aufgearbeitet werden. Der Ansatz für Politisierungist hier aufgrund der zusätzlichen Unterdrückung der Frau in der Gesellschaft wesentlich schwieriger.

3. Gefangenenagitation

Wie man Arbeitsmöglichkeiten im Gefängnis erreichen kann, muß in kleinerem Kreis diskutiert werden. Es muß z.B. versucht werden, Kontaktgruppen (Fürsorger, ESG, ; usw.) zum politisieren.
Dem Gefangenen muß in der Agitation klar gemacht werden, welch krasser Widerspruch Grundgesetz und Dienstvollzugsordnung einerseits, zwischen dem von der Dienstvollzugsordnung angestrebten Strafvollzugund dem tatsächlichen andererseits besteht. Diese Diskrepanz muß als eine Waffe im Kampf um Erleichterungen, die Voraussetzungen für politische Arbeit sind, verstanden werden, und nicht als systemimmanente Kritik, die bei den Positionen des GG stehen bleibt.
Diese Arbeit kann von Anwälten unterstützt werden, die die Gefängnisleitung unter Druck setzen (s. Berlin). Es muß versucht werden, das subjektive Schuldgefühl der Gefangenen abzubauen. Um zu verhindern, daß dies eine noch größere Resignation produziert, müssen Beschwerdewege erklärt und die Möglichkeiten erforscht und aufgezeigt werden, eine beschränkte Selbstorganisation zu praktizieren.
Die Gefangenen müssen schon während der Agitation auf unsere beschränkten Möglichkeiten hingewiesen werden, damit zu hoch geschraubte Erwartungen nicht enttäuscht werden ; das Gefühl, nur Objekt fremder Interessen zu sein, stellt sich dann nicht ein.

Bundeswehr- Gruppe

Anti-Militarismusarbeit

DIE POLITISCHE MACHT KOMMT AUS DEN GEWEHRLÄUFEN (MAO)

Eine sozialistische Bewegung muß danach trachten, dem Kapitalismus die Gewehre aus der Hand zu schlagen, sonst bleibt sie ein Syndikat sozialistischer Schwätzer und Poeten.

Das Bewußtsein der internationalen Unterdrückungsfunktion der NATO-SEATO in Vietnam, Griechenland, Portugal usw. und die Verabschiedung der NS-Gesetze gaben den Anstoß zur Organisation einer Anti-militaristischen Arbeit ; deren theoretischer Hintergrund eine im Detail durchaus richtige Analyse der Bundeswehr war. Sie richtete sich aber nur auf die Funktion des Militärs als Institution, war somit borniert und mußte eine bornierte Praxis zur Folge haben. Die Analyse beschrieb im Einzelnen den historischen Übergang von der zunächst außenpolitischenund innenpolitischen zur primär innenpolitischen Funktion der BW, im Rahmen der Beendigung des Kalten Krieges und der Etablierung der friedlichen Koexistenz der Unterdrükkung, wies diesen Übergang auch an dem nachschleifenden Wechsel der Ideologie aus, ihren Wechsel vom Anti-Kommunismus - letzte große Auflage in der CSSR-Krise - zur Verhetzung eines inneren Feindes.
Die außenpolitische Funktion reduzierte sich gegen den Willen der im System et-

was anachronistisch gewordenen Machtmitten z.B. um Adenauer auf die Assistenz des gegen die 'Dritte Welt' gerichteten US-Imperialismus.

Die innenpolitische Funktion der BW enthält zwei wichtige Teilaspekte :

a) Erziehungs-Integrationsfunktion als autoritäre Schule der Nation,
b) die präventive Bürgerkriegsfunktion.
Gerade für die Restauration des westdeutschen Kapitalismus nach der Schwächung der alten Herrschaftsstrukturen durch den 2. Weltkrieg, bei der Notwendigkeit, trotz der vorangeschrittenen West-Integration zahlreiche, potentiell gefährliche liberale Ansätze ins Grundgesetz aufzunehmen, bei der durch die Entwicklung der Produktivkräfte immer größer werdenden Notwendigkeit, Zwang per Verinnerlichung auszuüben, war die erzieherische Funktion der BW zentral.
Die Bürgerkriegsfunktion der BW war von Anfang an latent vorhanden, nur wurde jetzt nach der Rekonstruktionsperiode des westdeutschen Kapitals und bei der Verschärfung des internationalen Klassenkampfes ihre Aktualisierung notwendig. Die NS-Gesetze bildeten den legalistischen Rahmen; die Verstärkung der Infanterie und Luftlandetruppen und die häufigeren Notstandsübungen waren die organisatorischen Vorbereitungen ; die Verhetzung eines inneren Feindes stellte die ideologische Absicherung dar.

Die Praxis, die dieser hier umrissenen Analyse entsprach, war die Kasernen-Kader--Arbeit : durch aktive Kader, die sich zunächst aus den Soldaten selbst rekrutierten, sollte die innenpolitische Funktion der BW gelähmt, aufgehoben werden. Eine sorgfältige Analyse der bloß lückenhaft funktionierenden Integrationsmechanismen der BW ergab die Grundlage für eine Organisierung emanzipativer Gruppen, in der BW. Reformistische Hebel wie Meinungsfreiheit, andere Grundrechtsnormen, z.B. Kriegsdienstverweigerung, allgemeine Rechtsnormen ließen sich in diesem Zusammenhang emanzipativ anwenden.

Die Teilerfolge dieser Arbeit, noch im Bewußtsein durch die Reaktion der Herrschenden vergrößert, verschleierten die Borniertheit des theoretischen Ansatzes. Dieser Ansatz unterschlug den Zusammenhang zwischen der Institution BW und der Militarisierung als Prozeß in allen gesellschaftlichen Teilbereichen.
Organisatorisch beleuchtet heißt das : es erfolgte keine Bekämpfung des Militarismusin den einzelnen sozialen Teilbereichen - eine Verknüpfung der BW-Arbeit geschah allerhöchstens unter dem Gesichtspunkt einer taktischen Politisierungshilfe - es gab erst recht keine aus den sozialen Teilbereichen über diese hinausgreifende anti-militaristische Praxis.

Die personelle Basis der BW-Arbeit, aus politisierten Kriegsdienstverweigerern und Genossen, die sich dem abstrakten Anspruch unterstellt hatten, die BW habe einen hohen Stellenwert innerhalb einer sozialistischen Strategie, diese Basis war so schmal geworden, daß eine Reflektion unseres bisherigen theoretischen Bezugsrahmens zwingend geworden war.
Gleichzeitig ist in der Schülerbewegung die Überlegung akut geworden, wie einer tendenziell reformistisch-revisionistischen Praxis sozialistische Perspektiven zu vermitteln seien.
Die Hochschulrevolte hat sich so radikalisiert, daß für ihre politische Bestimmungdie Herstellung eines organisatorischen Zusammenhangs mit sozialistischer Arbeit außerhalb der Hochschule notwendig ist.
Die Entwicklung verlangt jetzt also allgemein, den Zusammenhang zwischen der Institution Bundeswehr und anderen Herrschaftsebenen zu bestimmen und - organisatorisch - die Verknüpfungsozialistischer Arbeit anderswo mit der direkten Arbeit gegen die Institution Bundeswehr.
Die herrschende Ideologie expliziert diesen Zusammenhang, wenn sie sagt, die Integration der Armee in die Gesellschaft sei voranzutreiben oder die Kampfkraft der Truppe hänge von der Wehrfreudigkeit und Wehrtüchtigkeit (d.h. Militarisierung) in der Gesellschaft ab.
Ein weiterer wichtiger Zusammenhang zwischen Bundeswehr und Gesellschaft beschreibt sich in dem Zusammenhang zwischen gesamtgesellschaftlicher Reproduktion und militärischer Rüstung. Die monopolistische Machtzusammenballung, die Verwertung des Surplus ohne herrschaftsschädigende emanzipative Nebenwirkungen (Ausgleich des Widerspruchs zwischen Produktion und Konsumption), die soziale Pi-

nanzierung von privat gewinnbringender Innovationsforschung (der Ausgleich des Widerspruchs zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen) ist durch die militärische Rüstung mitbedingt. Wie unmittelbar diese Zusammenhänge sind, läßt sich an Hand des vorliegenden empirischen Materials zumindest für Westdeutschland nicht exakt aufzeigen. Dem staatsmonopolistischen Kapitalismus bleiben immerhin noch andere Steuerungsmöglichkeiten: Konzertierte Aktion, Steigerung der individuellen Wohlfahrt, wirtschaftliche Kooperation mit den revisionistischen Ländern.
Diese ökonomische Analyse konnte bisher kaum in der Praxis verwertet werden, da die sozialistische Bewegung an diese Ebene von Macht kaum heranreicht. Der einzige Punkt, an dem dieser ökonomische Zusammenhang zur Zeit angegriffen werden könnte, ist die Produktivkraft Wissenschaft an den Universitäten.

Hochschule und Bundeswehrkampagne

Die rigidesten Aspekte hat technokratische Hochschulreform dort, wo Modelle der Produktion militärischer Führungskader den Prozeß der Ausbildung "qualifizierten Führungsnachwuchses" strukturieren. Die Militarisierung der Wissenschaftsorganisation ist aber bloß Ausdruck einer Militarisierung der Verwertungszusammenhänge wissenschaftlicher Produktion.
Die Hochschulbewegung, der es um Selbstbestimmung der Wissenschaft als emanzipatorischer Potenz geht und diedeshalb die Funktionalisierung wissenschaftlicher Produktion für die Bedürfnisse von Kapital und Militär verhindern und ersetzen muß durch ihre Funktionalisierung für die politischen Bedürfnisse der revolutionären Bewegung, wird das manifeste Eindringen militärischer Interessen in den Wissenschaftsbetrieb politisch aufgreifen.
Universitäre Institute - namentlich in den technischen Wissenschaften und der medizinischen Fakultät, die unmittelbar und vornehmlich für für die Bundeswehr Auftragsforschung durchführen, sollten künftig mit der Toleranz der organisierten Studenten nicht mehr rechnen dürfen. In den Vereinigten Staaten hat die Wachsamkeit der Studentenbewegung schon die Durchführung einer ganzen Reihe "hochgeheimer" militärischer Forschungsprojekte verhindert oder verzögert. Bloße Veröffentlichung kann derartige Projekte schon in Frage stellen (siehe z.B. Camelot Projekt und das aufgeflogene Projekt empirischer Sozialforschung für die Bundeswehr in Euskirchen). Politisch organisierte Blockaden von Instituten an denen für destruktive Verwertung geforscht wird, können Punkte sein, an denen über die Aufklärung des Verwertungszusammenhangs von Wissenschft mobilisierte Studenten in Aktionen exemplarischen Widerstandes sich zu politischer Organisation stabilisieren. Ist es in den technischen Wissenschaften und der Medizin die Aufgabe, militärische Verwertungszusammenhänge erst zu zerschlagen, ehe "volksfreundliche Technologie" produziert werden kann, so können in den Sozialwissenschaften deren Militarisierung auch in den Kinderschuhen steckt, unmittelbar die politischen Bedürfnisse der Bewegung in die Strukturierung von Forschungsprojekten eingehen. Namentlich schon in den erkämpften autonomen Bereichen an den soziologischen und politologischen Instituten ist es ein zentrale politische Aufgabe, Forschungsprojekte über die empirischen Zusammenhänge zwischen Staatsbürokratie, Wirtschaft, Militär und Wissenschaftsbetrieb zu initiieren.
Wo in den Sozialwissenschften überhaupt Seminare und Lehrveranstltungen zum Problem Militär unterm Interesse von Herrschftsverbesserung abgehalten werden, können wir unmittelbar mit politischen Forderungen nach Neubestimmung des Erkenntnisinteresses die Umfunktionierung der reaktionären Wissenschaft vorantreiben. (Beispiel: in Frankfurt geht es in einer Veranstaltung um die "Probleme der sozialen Integration der Bundeswehr in die Gesellschft" - lassen wir es um die "Probleme der Zersetzung der Bundeswehr" gehen).
Daß an den Hochschulen selber Reserveoffiziere studieren - teils von der Bundeswehr finanziert - ist ein weiterer Aspekt des Zusammenhangs zwische

n Militär und Wissenschaftbetrieb. Praktisch können die über die Hochsch ulrevolte abstrakt politisierten Reservisten politisch organisiert und politisch gegen die Bundeswehr zurückgewendet, d.h. als Kader in die Bundeswehr zurückgeschickt werden. Wo die MIlitarisierung des Wissensch aftsbetriebes und der Wissenschaftsinhalte zum Ziel des politischen Ka mpfes wird, da werden auch organisatorisch sich Verbindungen herstellen müssen zum politischen Kampf gegen dem Kristallisationskern von Milita risierung, den Militärapparat selbst.

Schule und Bundeswehr

Die Bundeswehr als autoritäre Schule übernimmt ganz spezifische Sozialis ationsfunktionen;die aber können nur begriffen werden in Zusammenhang mi t Sozialisation als Prozess,der den Individuen von einer Kette von Insti tutionen angetan wird. Eine spezifische Einschränkung der spezifischen Sozialisationswirkung der Bundeswehr kann deshalb kein politisches Ziel sein. Kampf gegen die Sozialisationsprozesse in der Bundeswehr kann nur heissen:Kampf gegen die organisierte Erziehung überhaupt.
Der Kampf gegen die organisierte Erziehung ist Anspruch der Schülerbeweg ung gewesen. Sie versuchte in zwei Kampagnen:der Zeugniskampagne,die den Zusammenhang zwischen der Zeugnisgebung und dem kapitalistischem Leistun gsprinzip aufzeigen wollte und der Sexualitätskampagne,in der Zusammenh ang zwischen sexueller Repression und Herrschaft nachgewiesen werden sol lte,diesen Kampf zu konkretisieren.
Zu diesem Zeitpunkt jedoch,an dem sich massive Tendenzen zu einer technoc kratischen Schulreform zeigen,das ist eine stärkere Einbeziehung der Sch ule in den Verwertungszusammenhang,kann sich sozialistische Agitation ni cht allein auf die Methoden und Strukturen der Integration beziehen. Von daher sind die genannten Kampagnen auf ihren Stellenwert zu untersuchen. Die letzte DK des AUSS in Köln diskutierte,wie sich sozialistische Schüle rarbeit direkt in den Unterricht verlegen und dort gegen Lehrinhalte un d Lehrmethoden organisieren lässt.(Konzept der Lernkollektive). Aus dies em Konzept ergibt sich aber revisionitische Handwerkelei,wenn es nicht a uf die Paralyse des Sozialisationsprozesses hin struktuiert wird. In der Schule müssen die Schüler zu Klassenkämpfern ausgebildet werden.
Für die Beziehung Schule und Bundeswehr wären zunächst analytisch die mi litärischen Lehrinhalte aufzudecken. Z.b. in Geschichte,Gemeinschaftsku nde ,Erdkunde - falsche Faschismusanalyse,Verschleierung des Neoimperial ismus in der "Dritten Welt",Verschleierung der Ursachen der Wiederaufrüs tung. IN Deutsch wird der Militarismus durch Hilfsideologien assestiert zB. individualistische Ethik,(Personalisierung der Geschichtsvorgänge),k leinbürgerliche Ideale der Unterordnung(besonders in den Lesebüchern)usw. Im Zusammenhang damit kann man die struktuelle Identität zwischen BW und Schule in Bezug auf Rechtsordnung,Unterordnungmethoden zur Politisierung ausnutzen; wenn auch im Zuge der technokratischen schulreform anderen auf verinnerlichung beruhende integrationsmechanismen eine offene disziplini erung zum teil hinfällig machen und damit diensen ansatz einschränken.
die bisher beschriebene antimilitaristische agitation geht von existiere nden sozialistischen schülergruppen aus, in deren strategie sie integrie rt werden soll. die antimilitaristische agitation gibt zudem mäglichkeit en bisher nicht organisierte schüler zu politisieren, besonders dann, we nn sie über die kriegstdienstverweigerung vermittelt ist. das persönlich e interesse gegen die bundeswehr verbunden mit der möglichkeit sich über praxisansätze wie kasernenaktionen, kwa-aktionen zu radikalisieren läßt die syndikalistische phase der politisierung leicht überwinden und an die soziale basis der schule zurückwenden, z.b. über aktionen bei werbeoffiz ieren in der schule, selbstschutzausbildung, offenen militaristischen leh rinhalten.
es reicht nicht die antimilitaristisches schülerarbeit bloß auf die sch ule selbst zu reflektieren, vielmehr ist es notwendig ihre zentrale bede

utung für die direkte bekämpfung der bundeswehr herauszustellen:
1. die theoretisch ausgebildeten und praktisch von den unterdrückungsmethoden emanzipierten schüler können als kader in die bundeswehr gehen. das rekrutieren von kadern aus der bw selbst wird nämlich über kurz oder lang immer schwieriger werden, so daß die mobilisierung von kadern aus den anderen sozialisationsbereichen die einzige längerfristige perspektive für die kasernenkaderarbeit darstellt.
2. kriegstdienstverweigerung als massenbewegung bei hochausgebildeten kräften ist in der lage die personellen schwierigkeiten der bw systemfeindlich zu wenden.
wenn die schüler die antimilitaristische arbeit außerhalb der schule aufnehmen, so ergeben sich möglichkeiten den schichtspezifischen ansatz der schülerbewegung zu überwinden und zu einer zusammenarbeit mit lehrlingen und jungarbeitern zu kommen. besonders in kleinen garnisaonsstädten, in denen das militär konstitutiv für die sozialstruktur ist, bildet die zusammenarbeit von schülern, lehrlingen und jungarbeitern organisatorische grundlage für eine sozialistische kleinstadtstrategie.

Betriebsarbeit und Bundeswehrkampagne

auf der ganz praggmatischen ebene vona agitation entspricht der schwäche der sozialistischen opposition in bezug auf die zentralen herrschaftsapparate ein mangel an agitationsmaterial, mit dem massive strukturelle verflechtungen von produktion und destruktion (militär) in politische mobilisierung in betrieben umgesetzt werden könnten. auf der betriebs-ebene ist der strukturelle zusammenhang nur noch in einzelfällen oder höchst subtil aufzudecken. von daher ergeben sich mithin kaum praktische ansatzpunkte für arbeit in produktionsbetrieben.
in praktische kritik umgesetzt werden kann allerdings ein anderer zusammenhang: die identität betriebs- und militärsoziologischer forschungsansätze wie - materiell - die identität betriebswirtschaftlicher und militärischer führungsmodelle. darin drückt sich der zusammenhang zwischen produktiver arbeit und militärdienst über militarisierung der produktion aus.
der zusammenhang zwischen lehrlings- und berufsschüler-arbeit und der bw-arbeit ist über die gesellschaftliche sozialisation hergestellt, wie sie in der schularbeit analog beschrieben wurde. in der zusammenarbeit mit lehrlingsgruppen kann, bevor die gruppen stabil genug sind, um betriebsprobleme nichtreformistisch aufnehmen zu können, die agitatorische aufnahme des drückeberger-ressentiments gegen die bw zu einer praktisch umsetzbaren politischen argumentation und ansatzweisen organisierung führen. die antiautoritären momente in der weitverbreiteten geringschätzung militärischer rituale können aufgenommen, in aktionen gegen public-relations der streitkräfte (happenings bei werbeausstellungen, flottenbesuchen, vereidigungen, aktionen gegen kriegerdenkmäler etc.) praktisch gewendet und im zusammenhang einer leicht aufweisebaren analogie unteroffizier-meister politisch aufgefüllt werden. das drückeberger-ressentiments kann auch "bloß" aufklärerisch durch unmittelbar agitation mit politischen inhalten, vor allem auch hier: der identität betriebswirtschaftlicher und militärischer führung aufgenommen und bei schon auf betriebsebenen organisierten basisgruppen ein moment der über die syndikalisierung hinausgreifend politisierung in die arbeit einbringen.
DIE AUFNAHME PRAKTISCHER KRITIK AN DEN MILITARISIERUNGSPROZESSEN IN DEN ANDEREN GESELLSCHAFTLICHEN BEREICHEN WIRD DIE AUF "VERUNSICHERUNG, LÄHMUNG UND ZERSETZUNG" DER BW ALS INSTITUTION BISHER BORNIERTE BW-KAMPAGNE AUCH ORGANISATORISCH ZUM TEIL EINER ALS REVOLUTIONÄRER BEWEGUNG SICH HERANBILDENDEN SOZIALISTISCHEN AVANTGARDE MACHEN!

Betriebs- & Stadtteil- Basisgruppen

Anmerkungen zur Frankfurter Basisarbeit + Jungarbeiter-Agitation

"Aber sagen: Ich schätze Ihr politisches Herangehen an die Frage, aber es ist nur ein politisches Herangehen, wir dagegen brauchen auch ein wirtschaftliches Herangehen das ist dasselbe, als sagte man: Ich schätze Ihre Erwägung, dass Sie sich den Hals brechen, wenn Sie den und den Schritt tun, aber bedenken Sie auch, dass es besser ist, satt und bekleidet, als hungrig und unbekleidet zu sein!

LENIN

1.
Die oster-, später die NS-Aktionen konfrontierten die überraschten Randgruppentheoretiker mit dem empirischen Umstand, dass über die Studentenschaft hinaus, Teile der Arbeiterschaft, insbesondere Jungarbeiter mobilisiert wurden. Der unvermittelte Einbruch des eigentlichen revolutionären Subjekts in die marcusesche Idylle hatte die Konstitution der "Betriebsprojektgruppe" - die mit dem Anspruch auftrat, eine organisatorische Koordinierung und Stabilisierung der mobilisierten Gruppen herzustellen u. zudemantiautoritäre Politik in die Betriebe hineinzuverlängern - zur Konsequenz.

2.
Das Scheitern der frankfurter Betriebspolitik an ihrer schlisslich doch traditionalistischen Praxis, d.h. ihr Versanden in reformistischer u. ökonomistischer Kleinarbeit u. Interessenpolitik à la KP und linker Gewerkschaft (also: die Unmöglichkeit der längerfristigen Aktualisierung von Herrschaftskonflikten im repressiven Betriebs-Klima selbst etc.) - war die notwendige Folge des nur betriebsimmanenten Ansatzes. Hinzu trat die meist nur abstrakte Einsicht der Studenten in die Notwendigkeit der Organisation politischen Widerstandes über die Hochschule hinaus. (Notwendigkeit von Arbeiter-Agitation bei den Studenten etc.)

3.
Der aktive Streik des WS 68/69, die Ansätze zur Selbstorganisierung an der Universität implizierten den Anspruch, die universitären Arbeitsgruppen um praktisch-politische Projekte zu gruppieren (Kinderläden/Gefangenenarbeit/Lehrlingsarbeit/aktuelle Klassenanalyse und Aktionsprogrammierung usw.), die den engen akademischen Rahmen eines fachbornierten und kontempativen "Gegenstudiums" sprengen sollten.

4.
Diese prakt.-polit. Dimension der Selbstorganisation bedeutete nicht die Flucht weg von der Hochschule, nicht zugleich eine Vernachlässigung der "eigentlichen organisierten Basis der Protestbewegung (zit.frankfurter Vorwurf); sie ist vielmehr der Versuch, zwischen allen manifesten u. potentiellen Trägern des politischen Widerstands gegen den autoritären Staat (u. seine je institutionellen Repräsentation) einen langfristigen organisatorischen Zusammenhang herzustellen, der über kurzfristige auf die Aktionen selbst beschränkt "Zusammenarbeit" hinausgehen muss - allerdings in dem Bewussein, dass Revolution nicht das Synomym für "Revolutionierung der Wissenschaft", des Überbaus bedeutet.

5.
Die Steinwurfaktionen zum Ende des WS 69 (Iran/Kiesinger/Spanien) die wiederum ausseruniversitäre Gruppen (Lehrlinge, Jungarbeiter, Rocker, Schüler) mobilisierten (die Verhaftungen verweisen auf eine Überrepräsentation dieser Gruppen gegenüb. Studenten), stellten das Problem der organisierten Zusammenarbeit erneut ganz

konkret, um abstrakte Mobilisierung u. desorganisiertes "Mitmachen" in Zukunft auszuschliessen. Hier ist auch der pragmatische Aspekt unseres Ansatzes ausserhalb der Betriebe lokalisiert. (Notwendigkeit vorheriger Aktionsvorbereitung - polit. u. technisch/Tendenz der ausseruniversitären Gruppen sich aktionist. zu verselbstständigen u. aufgerieben zu werden usw.)

6.

Zugleich vermittelte die neue Militanz-Stufe, die neue Aktionstaktik Ansätze zu einem neuen Organisationsprinzip.-Es waren nicht Aktionen in der Form der masochistischen Konfrontation mit der Polizei (Ketten bilden Ketten durchbrechen etc.) am Modell der spanischen Genossen (Madrid, 1. Mai 68) wurden kleine informelle Gruppen gebildet,(von miteinander bekannten Genossen) die mobil jeder sinnlosen Konfrontation auswichen, um politische Objekte exemplarisch anzugreifen. (Rädelsführer" wurden überflüssig). Es ist empirisch feststellbar, dass diese kleinen Gruppen (v. Studenten, Schülern, Arbeitern) aus Genossen bestanden, die ohnehin schon politisch zusammenarbeiteten, dass sie sich also nicht erst in der Aktion selbst konstituierten.

7.

Wenn die frankfurter Lehrlings- u. Jungarbeiterarbeit ausserhalb der Betriebe selbst ansetzt, so soll keine Alternative "Freizeitbereich" (incl. Berufsschule, Lehrlingsheim) - "Betrieb" konstruiert werden. Dieser Ansatz resultiert lediglich aus der Erfahrung u. Auffassung, d dass eine wirksame politische Arbeit in den Betrieben selbst, schon organisierte Gruppen. (Stadtteilbasisgruppen, Lehrlingsgruppen) ausserhalb der Betriebe voraussetzt; dass nur so eine Isolierung der in den Betrieben agierenden u. zudem ein betriebsimmanentes "an-den-unmittelbaren-Interessen-Ansetzen-und Weiterwursteln" ausgeschlossen werden kann.

Politische Aufklärung muss praktisch erfolgen; politische Apathie in exemplarischen Aktionen durchbrochen werden; Ausbeutungszusammenhänge müssen an Herrschaftskonflikten aktualisiert werden. Möglichkeiten des Widerstands muss man zeigen. Aktionen in diesem Sinne verunmöglicht z.Zt. die repressive interne Betriebssituation, ihre scheinbare Alternativlosigkeit etc. Daher muss die Agitation (insbesindere eben von Jungarbeitern) zunächst ausserhalb des Betriebes - in der Freizeit-u. Konsumsphäre ansetzen, weil sie zunächst nur dort in Aktionen praktisch werden kann.

8.

Die praktischen Konsequenzen:

Organisation von:

- Stadtteilbasisgruppen
- Lehrlingsgruppen
- Schülergruppen

Agitation und Aktionen in den Jungendhäusern/Lehrlingsheimen/Berufsschulen. (Polit-Filmabende/Rocker-Parties/Sprengungen/Lehrlingsheim besetzungen/Jugendamtaktionen etc.)

Wobei es nicht unsere Intention sein kann, die bereitsorganisierten ausseruniversitären Gruppen in den SDS(als Verband) zu integrieren, oder etwa eine Parallelorganisation ausserhalb der Hochschule aufzuziehen - vielmehr stellt sich die Organisationsfrage für alle Gruppen und Träger politischen Widersandes neu: sie kann weder verbandsborniert od. hochschulborniert, noch betriebsfetischistisch gelöst werden. Unser vorläufiges Modell - z.T. gewonnen am spanischen Vorbild der Studenten-u. Arbeiterkommissionen - ist das der relativ dezentralisierten, doch koordinierten Zellen bzw. Kadergruppen, dass sich von den Demonstrationen ausgehend herausgebildet bzw. aktualisiert hat und das sowol der Notwendigkeit weiterer militanter Aktion als auch dem wachsenden illegalisierungsdruch angemessener erscheint.

9. So ist auch die Agitation u. umfunktionierung des diesjährigen

Ostermarsches als der Versuch zu begreifen, dass Modell der Basis- u. Jungarbeitergruppen denjenigen Genossen als organisatorische Alternative anzubieten, die ausserhalb der Städtischen Ballungsgebiete und Hochschulorte bisher als isolierte "Einzelkämpfer" politische Betrachtung versuchten zu betreiben.

10. Hochschul-u. Basisarbeit:

Die gezielten Prüfungssprengungen und umfontionierungen (cf. Soz. Vordiplom/Ende März 69) hatten und haben die Intetion, dem manifesten disziplinierungs/Endpolitisierungsmechanismus der defakto bereits praktizierten technokrat. Hochschulreform dahingehend zu begegnen, dass die Studenten "Freigesetzt" werden, sich in Arbeits- u. Projektgruppen zu organisieren die den "eigentlichen" Hochschulbereich sprengen (Justizkampange - Arbeitsgerichtsprozesse, Gefangenenarbeit, Erziehungsheime/Soziologen-Soziolisation - Kinderläden, Erziehungsheime, Rocker/ Mediziener - III. Welt Angola/Germanisten, AFE - Schülergruppen, Lehrer/Polit. Ökonomie - Konsumterror, Lehrlingsarbeit usw.) Die vorläufige Strategie meint nicht die Kategorische Abschaffung der Prüfungen zumal für alle Diszipline (cf. Nat. Fak. Med. etc.) sondern die Agitation des Bewustseins und der Kampf für voraussetzungen dafür, dass und in wie weit das "Studium" und Prüfungen im Hinblick auf eine revolutionäre Berufspraxis zu funktionalisieren sind.

"DIE POLITIK HAT NOTWENDIGERWEISE DAS PRIMAT GEGENÜBER DER ÖKONOMIK. ANDERS ARGUMENTIEREN HEISST DAS ABC DES MARXISMUS VERGESSEN".

LENIN

Report der Stadtteilbasisgruppe Bornheim

Die Anti-Springerkampagne und die Anti-Notstands-Aktionen wurden zu einem großen Teil von Lehrlingen, Jungarbeitern und jungen Angestellten getragen für die es bisher keine Möglichkeit gab, sich zu organisieren. Die Demonstrationen wurden von einer kleinen Gruppe im SDS sowohl theoretisch als auch technisch-organisatorisch vorbereitet. Entsprechend sah die Struktur der Demonstationen aus; man fragte stets, wenn man nicht mehr weiter wusste: "Wo ist der Krahl, wo ist der Amendt"? (Am deutlichsten bei der Senhgor-Demonstration, siehe Kritik von F.Klöde, Diskus 6/68, s. I4 "Der Angriff der leichten Brigade.") Die Demonstranten kannten sich kaum untereinander, man wußte nicht, ob der Nebenmann ein Spitzel war, es gab nur eine geringe praktische Solidarität.

In Ffm wurde aus der Mobilisierung der Lehrlinge und Jungarbeiter die organisatorische Konsequenz der Gründung einer Betriebsprojektgruppe gezogen. Es gelang nur sehr wenige Betriebsbasisgruppen- und das auch nur ansatzweise - zu konstituieren. Das liegt daran, dass in der gegenwärtigen Situation Betriebsarbeit notwendig auf reformistische Projekte beschränkt ist. Das falsche Bewußtsein der Lohnabhängigen kann heute nicht durch das Provozieren von Herrschaftskonflikten im Betrieb aufgebrochen wer werden, weil dies radikale Aktionen voraussetzte, die wegen der mangelnden Solidarität der Lohnabhängigen im Keim erstickt wären; anders als durch solche Aktionen ist wiederum keine Mobilisierung für nichtrefomistische Ziele möglich.

DIE ÜBERWINDUNG DER POLITISCHEN APATHIE IST NUR DURCH PRAKTISCHE AUFKLÄRUNG IN BEFREIENDEN AKTIONEN MÖGLICH-DONG FANG HONG!!! BORNHEIM AUCH !!!!!

Zum anderen sind nur wenige Genossen in den einzelnen Betrieben zu finden, sodaß bei Beschränkung auf Betriebsbasisgruppen nur ein beschränkter Teil der Demonstranten erreicht wird. Schließlich ist es nicht möglich, in jedem Kleinbetrieb, Einzelhandelsgeschäft, Büro etc. eine Basisgruppe einzurichten. Der analytisch richtige Satz Marxens: "Die Produktion produziert die Distribution und damit die Konsumtion" (Grundrisse) läßt

nicht den ahistorischen Analogieschluß zu, eine revolutionäre Strategie habe in der Produktionssphäre anzusetzen. Überhaupt ist das Verhältnis von Produktion- und Konsumtionsphäre neu zu diskutieren (Widerspruch zwischen scheinbarer Unmittelbarkeit - und Disziplinierung in der Produktionssphäre: Notwendigkeit verstärkter Manipulation in der Freizeit). Sphärenklänge: 200I --- Längst bevor die Betriebsprojektgruppe Ffm aus der Stagnation ihrer Arbeit die Konsequenzen zog und sich auflöste, erkannten wir die Notwendigkeit ~~ihrerxArbeitxdie~~ der Organisierung der durch die Springer- und NS-Aktionen Mobilisierten ausserhalb der Betriebe inSBGs. Für diese Organisationsform spricht:
Möglichkeit von Emanzipation durch radikale Aktionen kleiner autonomer Gruppen großer grüner Steinfresser contra Blaumeisen, größere Militanz, da aufgrund der Zusammensetzung anderes Verhältnis zur Gewalt, bessere Strukturierung von großen Demonstrationen, Illegalisierungsdruck leichter auszuhalten, bessere Überprüfung und Entwicklung von Agitationsmustern durch Zusammenarbeit mit Lehringen und Jungarbeitern, tendenzielle Aufhebung von politischer Arbeit und Privatleben - Bildung von Wohngemeinschaften. Der Ansatz in der Konsumsphäre ist ein dreifacher, er bezieht sich auf Organisation, Aktion und Agitation. Die Irrationalität des Monopolkapitalismus läßt sich am leichtesten aufzeigen, wenn man in der Konsumsphäre ansetzt. Die Gefahr der Überproduktion, die in Konkurrenzkapitalismus nur periodisch auftrat, bedroht den Spätkapitalismus ständig. Die Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals führen zu derart absurden Resultaten, in der Konsumsphäre, daß sie auch einem z.T. rückständigen Bewußtsein als absurd erscheinen müssen, obwohl ihre wirkliche Ursache nicht erkannt wird.
Die Entstellung der Bedürfnisbefriedigung hat sich im Monopolkap zum Konsumterror gesteigert. Viva Zappa! System sublimer zwänge, Werbung, Negation des Gebrauchswerts, scheinbare Produktdifferenzierung, Mode Konsum nutzloser überflüssiger Waren, während gleichzeitig wichtige Bedürfnisse Wohnung, Ausbildung, Verkehr etc. kaum befriedigt werden. Errichtung eines Konsumstandarts, der nur durch Mehrarbeit gehalten werden kann.)
Zunächst kommt es darauf an, den Konsumterror bewußt zu machen, indem man sich auf die Konsumsphäre beschränkt, dann nach den Ursachen des Konsumt. fragt und dann zeigt, daß er notwendig aus den monopolkap. Verhältnissen folgt. Dann müssen die objektiven Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung, die im akkumulierten Kap. stecken, aufgezeigt werden, radikale Verkürzung von Arbeitszeit etc.

Verhältnis von SBGs zu Unibasisgruppen
In der Arbeit der SBgs haben sich projektgruppenartige Arbeitsteilungen ergeben: Schülerarbeit mit Germanisten, Lehrlinge mit Soziologen, Juristen Ingenieurschülerarbeit mit Naturwissenschaftlern. Bei der Durchsetzung von Rechtsansprüchen gegenüber den Eltern etc. können ebenfalls Juristen tätig sein. Hier ergeben sich auch neue Perspektiven für die Justizkampagne, SBGs sind leichter für Arbeitsgerichtsprozesse zu mobilisieren als Studenten.

Längerfristige Perspektiven:
Hier ist das Problem einer revolutionären Berufspraxis von Lehrlingen und Jungarbeitern zu diskutieren. Asozialisierung und Verstudentisierung müssen verhindert werden. Langfristige Schaffung der Bedingungen rev. Arbeit in den Betrieben. SBGs zur Ausweitung und Stabilisierung einzelner organisatorischer Ansätze in der Provinz. Umstrukturierung des SDS. Kein reiner Studentenverband mehr. Formale Trennung in zwei Organisationen abzulehnen, da sie hinter den bereits erreichten Stand der der Zusammenarbeit zurückfiele.
Problematisierung unserer Arbeit:
Den Lehrlingen und Jungarbeitern Agitationsmuster an die Hand zu geben, mit denen sie die Gesellschaft begreifen und mit ihren Erfahrungen ver-

mitteln können. Anwendung und Weiterentwicklung exemplarischen Lernens.
Gefahr der Perpetuierung von autoritären Strukturen durch Hinzukommen von Rockern und autoritär erzogenen Jugendlichen.
Gefahr von unkontrolliertem Aktionismus bei unproblematischem Verhältnis zur Gewalt und reformistischem Bewußtsein.

Zollinger für Stadtteilbasisgruppen Frankfurt!

Zur Rekonstruktion der Arbeiterbewegung

I. Antiautoritäre Studentenbewegung und Politisierung an der Basis

Die westdeutsche Studentenbewegung hatte von Anfang an zumindest teilweise die Perspektive der Systemveränderung. Sie sah wenigstens abstrakt die Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt. Tatsächlich haben aber die im SDS organisierten Genossen an der Basis wenig oder gar nicht gearbeitet. Das hatte zunächst seinen guten Grund, da die Hochschulen als Ausgangsbasen erst erkämpft werden mußten. Inzwischen haben aber viele Genossen die konkrete Perspektive der Rekonstruktion der Arbeiterbewegung verloren und sind auf die Hochschule und ihre eigenen unmittelbaren Probleme zurückgefallen. Rationalisiert wird dieser Rückfall in den Liberalismus häufig mit der merkwürdigen Theorie von "bereiten Gebieten". Erstens sind aber die Institute und Gruppen keine befreiten Gebiete und die Ansätze dazu könnten zerschlagen werden; und zweitens müßten befreite Gebiete als Operationsbasen verwendet werden. Genau dies geschieht aber weithin nicht , vielmehr scheinen einige Genossen darauf zu vertrauen, daß in ihren sogenannten arbeitenden Gruppen und Komunen und in den Aktionen so viel Freiheit verwirklicht wird, daß sie etwa über eine exemplarische Wirkung die Arbeiter dazu bringen, auch sogenannte arbeitende Gruppen und Komunen zu bilden und Aktionen zu machen. Hier degeneriert die revolutionäre Strategie des SDS zum " Sozialismus in einer Gruppe" und könnte bald bei einer Art "Koexistens- Politik" angelangt sein. Damit wäre Lucas' Theorie "zur Organisationsfrage der Intellektuellen" dann auch für den SDS als zutreffend erwiesen. Zudem zeigten die Schwierigkeiten der letzten Aktionen in Berlin und anderswo, daß angesichts der zunehmenden Totalisierung des Herrschaftsapparates militante Aktionen seltener Erfolg und häufig keinen mobilisierenden Effekt haben, der über die Beteiligten hinausreicht. Will die Studentenbewegung nicht im Ghetto der Subkultur verschimmeln, muß sie jetzt entschieden die Rekonstruktion der Arbeiterbewegung in Angriff nehmen.
Der Strategie des "langen Marsches durch die Institutionen ", die gelegentlich schon zu einem "sozialistischem Lebensweg" zusammengeschrumpft ist, liegt ein Pluralismus der Bereiche zugrunde, der dazu tendiert, die Fabriken mit den Kindergärten, Schulen usw. ohne weiteres auf eine Stufe zu stellen. Nach dem Pariser Mai und dem erstarken der Arbeiterbewegung in Spanien und Italien kann das Verhältnis des Kampfes in den Institutionen und in der Produktionsphäre neu bestimmt werden: der antiautoritäre Angriff auf die Institutionen erhält die Perspektive der Rekonstruktion der Arbeiterbewegung.
Die bloße antiautorotäre Revolte in allen Bereichen setzt voraus, daß der Grundwiderspruch der von Staat und Gesellschaft ist. Das mag in dem Maße richtig sein, in dem die Macht von den Monopolen auf den Staat übergeht, in dem Maße, in dem der Monopolkapitalismus sich organisiert. Aber der Grundwiderspruch heute ist noch der von Lohnarbeit und Kapital; die Organisierung des Monopolkapitalismus ist noch längst nicht vollständig. Die Fehler, die durch die Ungleichzeitigkeiten immer wieder auftauchen, obwohl sie selbst innerhalb des Systems zu vermeiden wären, treffen die abhängigen Massen am härtesten. Auch wenn die Perspektive sozialen Elends nicht mehr besteht, müssen wir die Fehler aufgreifen, ohne uns zum Motor

technokratischer Industriereform machen zu dürfen.
Die Organisierung des Monopolkapitalismus ist nicht unbegrenzt möglich. Sie findet ihre Grenzen am Privateigentum und der nicht unbegrenzten Manipulierbarkeit des Individuums; gesellschaftliche Ordnung und Individuum sind nicht grenzenlos plastisch.
Aufgrund des Fehlens sozialer Verelendung, bezw. des Organisierungsstandes des Kapitals, wird aber der Grundwiderspruch von Lohnarbeit und Kapital nur noch mittelbar in Form des Hauptwiderspruchs von Herrschenden und Beherrschten sichtbar. In diesem Sinne muß auch die Politisierung der Arbeiter von Herrschaftskonflikten ausgehen.

II. Politisierung an der Basis

1. Da heute die systemopositionelle Bewegung von Studenten getragen wird, muß die Rekonstruktion der Arbeiterbewegung hier ihren Anfang nehmen, die Inhalte, Aktionen und Organisationskonzepte müssen den Arbeitern in Flugblättern, Zeitungen und Versammlungen vermittelt werden. Diese Vermittlung kann jedoch erst dann wenigstens ansatzweise gelingen, wenn sie von Basisgruppen, von Arbeitern und Lehrlingen in den Betrieben, Berufsschulen und Stadtteilen getragen wird . Da die Inhalte der Studentenbewegung wesentlich allgemeinpolitischer sind, muß auch ein wichtiger Teil der Arbeiteragitation allgemeinpolitisch sein.
Die Aktionen der Studenten haben exemplarisch die Möglichkeit des Widerstands gezeigt. Mit dem Ende der Rekonstruktionsperiode des Kapitalismus in der BRD ist die Politische Krise des spätkapitalistischen Staates sichtbar geworden und eine tendenzielle Stagnation hat im Ausbau des Konsumbereichs des Arbeiters eingesetzt, was einen zentralen Bereich der Manipulation einschränkt. Diese Faktoren haben zu einer spontanen Politisierung einer Minderheit von jungen Arbeitern und zur Politisierbarkeit breiter Massen geführt. Diese Politisierung fand ihren ersten Ausdruck in den Anti- Notstandsaktionen der Arbeiter und Studenten und findet heute ihren Ausdruck in der Bildung von Basisgruppen, die es wiederum ermöglichen, Arbeiterkampagnen und Aktionen einzuleiten.
2. Die Kampagnen begannen mit der Anti- Notstands- Kampagne und können jetzt in den Kampagnen Arbeiterkontrolle statt Mitbestimmung und Solidarität mit den spanischen Arbeitern fortgesetzt werden. Die Justizkampagne hat sich schon über die Studentenbewegung hinaus ausgeweitet und wenig integrierte Gruppen wie die Rocker erfasst. In ihrer weiteren Entfaltung muß sie über das Arbeitsrecht den Angriff auf das BVG, die Legalisierung des Disziplinierungsrahmens im Betrieb, einleiten. Die Kampagnen sind Antrieb und Rahmen einer Praxis außerhalb der Betriebe, die aber von der Produktionssphäre nicht unabhängig ist und jederzeit auf diese selber ausgeweitet werden kann; die Inhalte der Kampagnen sind allgemeinpolitische, die jedoch in enger Beziehung zu den unmittelbaren Interessen der Arbeiter stehen. Besondere Bedeutung kommt der Wahlkampfkampagne zu, die die Funktion hat, die revisionistischen (DKP) und post- revisionistischen (SPD) Parteien zu entlarven und das parlamentaristische Bewußtsein der Arbeiter aufzulösen. DAzu ist eine allseitige Agitation und Sprengung von Wahlveranstaltungen notwendig. Auf Wahlveranstaltungen, die vorwiegend von Arbeitern besucht sind, muß aber unbedingt eine gründliche inhaltliche Auseinandersetzung und Entlarvung der Parteien geleistet werden.
3. Die politische Arbeit innerhalb der Betriebe selber muß an der Herrschaftsstruktur des Betriebes ansetzen. Die skalare Organisation des Betriebes bringt ein Statussystem hervor, das nicht durch die Erfordernisse der Organisation unter dem gegebenen Entwicklungsstand der Produktionsmittel rational bestimmt ist, sondern durch die H errschaftsbedürfnisse des Kapitals. DasStatussystem bestimmt die historische Form des Klassenbewußtseins des Proletariats heute, das sich in dem zentralen Topos"oben/unten" äußert: der Arbeiter sieht nicht den Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital, sondern eine kontinuierliche Karriere-

leiter. Aber hinter der Differenzierung von "oben"und "unten" steht die Einsicht in den Antagonismus der Klassen - der Arbeiter weiß, was er von "denen da oben " zu erwarten hat. Diese Einsicht muß in der Agitation freigelegt werden, was allerdings gerade nicht heißt, daß der Arbeiter in seiner Resignation vor der Macht der Herrschenden bestätigt werden soll.
Dem Herrschaftssystem entspringen die Konflikte, die zwar betriebsspezifisch sind, die aber unmittelbar der letzte, nicht mehr reduzierbare Ausdruck des Klassenkampfes sind, den keine Reformen eines noch so gut organisierten Kapitalismus beseitigen können. D. die Konflikte betriebsspezifisch sind, müssen sie auch auf der Ebene des Betriebs, nicht auf der des Parlaments oder des DGB aufgegriffen werden; d.h. daß unsere Politik in den Betrieben dezentralisiert sein muß. Zugleich muß aber auch der Angriff auf den Rahmen, innerhalb dessen die Konflikte institutionalisiert werden sollten (BVG), eingeleitet werden, sodaß die Verbindung der Politik in den Betrieben mit einer zentralen Kampagne verbunden werden muß.
Die bloße Austragung der Konflikte kann selbst dann der Gefahr des Reformismus nicht entgehen, wenn sie militant erfolgt, da jeder einzelne Konflikt beigelegt werden kann, ohne daß die Wurzel der Konflikte -die Herrschaftsstruktur- auch nur tangiert wird. Deshalb muß bei der Austragung des Konfliktes die Forderung nach Arbeiterkontrolle, d. h. die permanente Kontrolle des vom Konflikt betroffenen Sektors durch einen Arbeiterausschuß erhoben werden. So könnten Schrittweise einzelne Bereiche (Kantinen, Versammlungsräume usw., Entlassungen, Überstunden, Prämien, betriebsspezifische Löhne, Arbeitszeit, Arbeitstempo usw.)aus der Herrschaftspyramide herausgebrochen werden. DAbei ist eine Institutionalisierung zu vermeiden; die Arbeiterkontrolle kann sich nur auf eine politisierte Basis gründen. Daher muß aber in der Agitation ständig verdeutlicht werden, daß die Arbeiterkontrolle nur eine Strategie ist, mit der das eigentliche Ziel der Politik im Betrieb, Arbeitermacht, erkämpft werden muß, wobei freilich die Erringung der Arbeitermacht eine gesammtgesellschaftliche revolutionäre Strategie voraussetzt.
4. Bei der Rkonstruktion der Arbeiterbewegung in der BRD kommt den am wenigsten integrierten Gruppen in der Arbeiterschaft, den ausländischen Arbeitern, den Lehrlingen, Jungarbeitern und den intellektualisierten Arbeitern eine besondere Bedeutung zu.
Die schon organisierten ausländischen Arbeiternbilden einen festen Kern in Aktionen außerhalb des Betriebs. Die Politisierung und Organisierung der noch nicht Organisierten kann über ein Kampagne gegen das diskriminierende Ausländergesetz, Barackenagitation und aufgreifen der Verhältnisse in den Heimatländern(und deren Verflechtung mit der BRD) erfolgen. Es müssen Basisgruppen unter den ausländischen Arbeitern gebildet werden, in denen Revisionismuskritik und Auseinandersetzung mit den jeweiligen KPs von hervorragender Bedeutung sind. Auf diese Weise können wir die Kämpfe in den halbentwickelten Heimatländern unterstützen und den Internationalismus der Arbeiter und Studenten voran treiben. DAS kann aber erst dann gelingen, wenn wir die ausländischen Arbeiter so ausbilden, daß sie zusammen mit den Basisgruppen der deutschen Arbeiter die Agitation und Konfliktverschärfung in den Betrieben aufnehmen.
Die Ausbeutung der Arbeitskraft der Lehrlinge, die oft nur scheinbar ausgebildet werden, ist leicht sichtbar zu machen; da sie sich noch am wenigsten in Familie und Beruf integriert haben, ist die spontane Politisierung bei ihnen am weitesten fortgeschritten. Ihre Selbstorganisierung erfolgt in Basisgruppen an den Berufsschulen, in denen auch am einfachsten Aktionen gemacht werden können. DAs muß verbunden werden mit Basisgruppen in den Lehrlingswerkstätten, wobei aber eine Polarisierung gegenüber den älteren Arbeitern vermieden werden muß.
5. Die gesellschaftlichen Widersprüche werden nicht nur in den Herrschaftsverhältnissen im Betrieb, sondern auch auf der Reproduktionsebene sichtbar. Deshalb muß der Kampf in den Betrieben durch den der lokalen Re-

sisgruppen ergänzt werden, die in den Stadtvierteln Reproduktionsprobleme (Mieten, Kindergärten, Jugend- und Lehrlingsheime, Verfolgung durch die Justizusw.) aufgreifen und feste Kerne in Aktionen bilden. Zudem können in den lokalen Basisgruppen Arbeiter, die in Kleinbetrieben arbeiten oder in ihren Betrieben noch isoliert sind zusammenarbeiten und ausgebildet werden. Personell können sich Betriebs- und lokale Basisgruppen überschneiden, was ein auseinanderfallen der Politik innerhalb und außerhalb des Betriebes verhindern kann. Da mit zunehmender Politisierung den jungen Arbeitern die Entfaltung in der Familie unmöglich gemacht wird, können sie in Wohngemeinschaften, die zugleich politische Arbeitsgruppen sein müssen, zusammenziehen.
Die revisionistischen und postrevisionistischen Arbeiterorganisationen wie DGB und DKP erfüllen objektiv reaktionäre Funktionen und müssen grundsätzlich bekämpft werden.
Die DKP versucht, das von uns politisierte Potential in ihre Arme zu ziehen. Das müssen wir durch die organisatorische Festigung unsrerer Arbeit verhindern und die Widersprüche in der DKP so voran treiben daß sie eindeutig Farbe bekennen muß. Beim DGB könnte es höchstens gelingen, Teile von Jugendgruppen zu politisieren.
7. Eine solche Politik stellt fogende Anforderungen an die Organisation:
a. Bisher fand das antiautoritäre Bewußtsein sein Korrelat in autistischen Tendenzen in der Organisation. Die Aufhebung dieser autistischen Tendenzen ist die Voraussetzung für die Einsicht in die Notwendigkeit der Rekonstruktion der Arbeiterbewegung.
b. DA die Politik der Basisgruppen betriebs- bzw. stadtteilspezifisch ist, kann sie nicht von einer Zehtrale dirigiert werden. Sie setzt dezentralisierung voraus.
c. durch die Dezentralisierung entsteht die Gefahr der Handwerklerei der isoliert von einander arbeitenden Basisgruppen, die ständig Gefahr laufen, in eine reformistische oder terroristische Politik zurückzufallen. Das ist nur zu verhindern durch die inhaltliche Verbindlichkeit, die nur in zentraler Diskussion und in regelmäßigen gemeinsamen MVs der Basisgruppen hergestellt werden kann.
d. Die Betriebsprojektgruppen des SDS haben Kaderfunktion. In ihnen muß die Ausbildung der B asisgruppen und Studenten, die die Betriebsarbeit aufnehmen, geleistet werden. Um langfristig die Wissenschaft in den Dienst der Arbeiterbewegung zu stellen, müssen Teile der Betriebsprojektgruppe auch in den Seminaren und Institutsgruppen arbeiten. Die technische und organisatorische Vorbereitung von Kampagnen muß ebenfalls von den BPGs geleistet werden.
e. Um die Handwerklerei wirklich zu bekämpfen, muß sie überregional bekämpft werden . Das kann zunächst nur durch überregionale Arbeiterzeitungen geschehen, sie sie allgemeinpolitischen Auseinandersetzungen mit den Kämpfen in den Betrieben verbinden und die Betriebsarbeit selber anhand von exemplarischen Fällen koordinieren müssen. Dazu ist der Aufbau eines überregionalen Informations- und Verteilernetzes notwendig.
Die Betriebsprojektgruppe ist Teil einer sozialistischen Avantgarde, deren Hauptaufgabe die Rekonstruktion der Arbeiterbewegung ist, die ihre aktionsfähige Massenbasis vorläufig jedoch an der Hochschule hat. Die Avantgarde erhält ihre jenseits der "Bereiche " liegende Funktion durch die organisatorische Vermittlung der Politik an der Hochschule und der Betriebspolitik, d. h. daß die Politik an der Hochschule nicht schlicht in den Dienst der Betriebspolitik gestellt werden kann, daß sich jedoch aus der notwendigen Rekonstruktion der Arbeiterbewegung klare Kriterien für Richtung und Ziel der Mobilisierung der Studenten ergeben. Die Studentenbewegung kann nicht als Avantgarde der Arbeiterbewegung verstanden werden, vielmehr kann sie nur dann zu einem wirksamen Angriff auf die Staatsmacht geführt werden, wenn der SDS seine Politik nicht aus den unmittelbaren Interessen der Studenten ableitet, sondern die notwendige Bedingung der sozialistischen Revolution, die Mobilisierung der Arbeiterklasse zum Kriterium der Beurteilung der Interessen der Studenten

macht. Die Universität kann nicht insgesamt zu einer Betriebsprojektgruppe werden. Nach wie vor muß das bloße antiautoritäre Konfliktpotential mit spezifischen Taktiken ausgenützt werden. In dem Maße jedoch, wie es notwendig wird, auch defensive Erfolge an der Universität mit Kämpfen außerhalb der Universität zu verbinden, muß sich der SDS als Organisation des Klassenkampfes konstituieren.
Mit der Einführung der technokratischen Hochschulreform entstehen für die Hochschulpolitik des SDS Schwierigkeiten. Die technokratische Hochschulreform ist eine immanente Notwendigkeit des organisierten Kapitalismus, die durch die Studentenbewegung nicht verhindert werden kann. Ähnlich wie für den Kampf gegendie Notstandsgesetze gilt hier, daß der Kampf gegen die technokratische Hochschulreform weniger auf deren Verhinderung als darauf gerichtet sein muß, daß Potential zu erweitern, das den Widerstand gegen die totale Funktionalisierung der Wissenschaft für die Bedürfnisse des Kapitals leisten wird. Der Kampf gegen diese immanent notwendige Entwicklung und der Widerstand gegen die mit ihr zusammenhängenden autoritären Arbeitsformen in der Universität können in Verbindung mit der Betriebsarbeit, die im Bereich der Produktion den Kampf um die Aufhebung der kapitalistischen Produktionsverhälnisse beginnt, eine langfristige Perspektive erhalten.
Die"Revolutionierung der Berufspraxis"-zu der Strategie des SDS hochstilisiert- ist zum reformistischen Scheitern verurteilt. Die Syndikalisierung der akademischen Berufe erhält ihre Relevanz lediglich innerhalb einer Strategie der Rekonstruktion der Arbeiterbewegung.

Kinderläden

Von der antiautoritären Erziehung zur sozialistischen

Die von Marx vorausgesehene und in der Weimarer Zeit mit ihren monopolistischen Tendenzen fortschreitende Auflösung der alten Klassenverhältnisse führte nach dem zweiten Weltkrieg in der spätkapitalistischen bundesrepublikanischen Gesellschaft zur objektiven Proltarisierung des Mittelstandes. Der ehemals besitzende und selbstständige Mittelstand gerät mehr und mehr in die gleiche abhängige und produktivmittellose Lage wie das Proletariat. Diesen Proletarisierungsprozess verfallen auch diejenigen Intellektuellen Schichten des Mittelstandes, deren intellektuelle Qualifikationen im bestehenden System nicht mehr verwertet werden und die damit von der Möglichkeit der Kapitalakkumulation abgeschnitten sind. Die studentische Protestbewegung ist die erste Reaktion der Jungen in der BRD auf diese veränderten Verhältnisse, die es mit sich bringen, daß eine qualifizierte Ausbildung kritischer Fähigkeit kaum möglich ist und die Akzeptierung der bestehenden Bildungsgänge das masochistische Eingeständins zur intellektuellen und triebmässigen Verstümmelung voraussetzt. Individuell wirkt sich diese Situation bei den kritischen Studenten in einer steigenden Verunsicherung aus, die in ihrer Frage gestellten Berufsperspektive begründet ist: nämlich in der Unmöglichkeit, ihr Glück und die Realisierung ihrer Fähigkeiten in der Integration in einer mittleren gesellschaftlichen Position befriedigend umzusetzen die zugleich die Aufrechterhaltung des Elends der unteren Schichten und die Aufrechterhaltung des Terrors der herrschenden Eliten bedeutet. Dieser Repression sind die Studenten in steigendem Maße heute schon ausgesetzt, die neue Formen der Verwirklichung befreiten Verhaltens und die Durchsetzung emanzipativer Forderungen versuchen.

Damit ist aber auch zugleich die Lebensperspektive ihrer Kinder in Frage gestellt. Es gibt für die Kinder dieses intellektuellen proletarisierten Mittelstandes keine befriedigende Zukunft, wenn der politische Kampf der Eltern sich nicht entsprechend auf die Erziehung ihrer Kinder auswirkt: d.h., daß die Interessen der Kinder objektiv mit denen der Eltern zusammenfallen.
Trotz der faktischen Deklassierung hält der Mittelstand auch heute noch

am Humboldtschen Erziehungsideal des autonomen und individualistischen Menschen fest, der für den Mittelstand seine ökonomische Basis längst verloren hat. Das war am Anfang der bürgerlichen Gesellschaft nicht so. Im Frühkapitalismus der freien Konkurrenz hatten zumindest die Bürger nicht die Bauernmasse und nicht das städtische Lumpenvolk die ökonomische Basis, sich in individueller kapitalschaffender Arbeit als Personen zu realisieren. Nach 1848 allerdings verband sich der Humboldsche Humanismus mit dem militaristischen imperialistischen und autoritären Interessen der preusisschen Machtelite, die nach 1871 die Herrschaft in Deutschland des sich konzentrierenden Kapitals übernahm. Humanismus und Militarismus bestimmten die bürgerliche Erziehung im Hochkapitalismus. Die Studentenbewegung begann mit dem Protest gegen diese autoritären und reaktionären Sozialisationsprozesse und versuchte am Anfang mit ihren antiautoritär-psychcanalytischen Erziehungsversuchen die Unterdrückung durch die bürgerliche Familie ohne gleichzeitig implizierten Angriff auf die familiäre Unterdrückung bewirkenden Grundlagen aufzuheben.

Da diese antiautoritäre Erziehung mit ihren Vorbildern in Vera Schmidt und N.S. Neill nicht in der Lage ist, die Kinder auf eine radikale Vertretung und Durchsetzung ihrer Interessen gegenüber den autoritären und monopolkapitalistischen System vorzubereiten, gilt es zu einer politischeren Erziehung überzugehen, die zum Angriff auf dieses Syste befähigt. Wir begreifen sie am besten als proletarische Erziehung: als eine Erziehung nämlich, die die Realisierung der Ausbildung allseitiger Menschen nur in Verbindung mit dem Sieg derjenigen begreift, die in der Lage ist, von der Basis der Gesellschaft her soziale Herrschaft und Unterdrückung tendenziell aufzuheben.

Erst diese Erziehung schafft die Kinder- und Erwachsenenkollektive, die in der Lage sind, mit der Ausdehnung des sozialistischen Kampfes die gesellschaftlichen Voraussetzungen eines Zusammenlebens von freien autonomen Menschen zu erkämpfen, auf der Grundlage sozialistischer Produktionsverhaltnisse.

Die bloß antiautoritäre Familienerziehung muß deshalb überwunden werden und zur konkreten Erziehung zum Klassenkampf entfaltet werden. Ansatz dazu ist die Aufhebung der antiproletarischen Elemente in der bürgerlichen frühkindlichen Erziehung. Die proletarische Erziehung beginnt mit der Brechung der sexuellen und politischen Tabus frühkindlicher Sozialisation. Sie beginnt der frühestmöglichen praktischen Aufklärung der Kinder über die gesellschaftliche Grundlage der Unterdrückung und übt kindgemäße Ansätze des Angriffs gegen diese Grundlagen. Die Sozialisation realisiert sich nicht in der Familie, sondern im kämpfenden Kollektiv.

Von der antiautoritären zur sozialistischen Erziehung (Ergänzung)

Das Modell antiautoritärer Erziehung, auf das sich die arbeitenden Kinderläden und - kollektive in erster Linie beziehen, ist der Versuch des Kinder-Laboratoriums von Vera Schmidt in Moskau. Ziel dieser Erziehung war, das bürgerliche Triebschicksalin der traditionellen Dreiecksbeziehung Vater-Mutter-Kind zu verhindern. Deshalb trat dem Kind an Stelle der Eltern die durch die Weitergabe der von ihnen verinnerlichten gesellschaftlichen Normen bewußt und unbewußt Agenten der jeweiligen Gesellschaft sind, eine neutrale Erziehungsperson gegenüber. Durch kontrollierte affektive Distanz und bewußt Neutralität in Ihren Reaktionen auf die Triebansprüche und Spiele der Kinder, sollte sie eine optimale Triebentfaltung der Kinder gewährleisten. Das Experiment wurde nach drei Jahren abgebrochen. Es fehlen also die Verifikationsbasen dafür, ob dieses Modell einer konsequenten "repressionsfreien" Erziehung wirklich - sozialpsychologisch gesehen - auf breiter Ebene neurosenprophylaktisch ist, ob es zum andern den historischen gesellschaftlichen Bedingungen der sowjetischen Gesellschaft, die den Aufbau

des Sozialismus zu leisten hatte, historisch entsprach, und ob es weiterhin auf andere Gesellschaften überhaupt übertragbar ist.

Das Kinder-Laboratorium in Moskau war eine gesellschaftsferne "pädagogische" Insel, weil die Vorbereitung der Kinder auf ihre Zukunft in der sowjetischen Gesellsahaft garnicht in die Erziehung hineingenommen wurde. (Noch extremer ist die Exterritorialität des Erziehungsfeldes von der Gesellschaft bei N,S.Neills' Versuchen in Summerhill.) Die Erziehung bei W. Schmidt bereitete die Kinder für eine Gesellschaft mit tendenzieller totaler Triebbefriedigung her und nicht auf deren Erkämpfung und Durchsetzung.

Die Westberliner Kinderläden entstanden aufgrund der Emanzipationsbestrebungen der Frauen, die sich auf diese Weise von den traditionellen Funktionen der Frau in der Kleinfamilie zugunsten einer Teilnahme am politischen Kampf entlasten wollten. Sie bildeten sich ziemlich spontan und waren in ihrer Organisation und den Erziehungsprinzipien nicht auf die politischen Erfordernisse der Bewegung bezogen, wenn sie dann auch momente der antiautoritären Phase des SDS reproduziert hat.

Grundprinzip dieser Erziehung ist die Ermöglichung freier Bedürfnisbefriedigung im Kinderkollektiv. Die Triebe sollen nicht mehr verdrängt werden müssen, sondern ausgelebt und subliniert werden. Die psychische Energie kann produktiv umgesetzt werden, weil sie nicht mehr in Schuld und Angst abgeführt, bzw. gefesselt wird. Damit soll die Basis für eine Entwicklung zu Ich-Stärke gegeben sein, wobei dieser Begriff allerdings rein psychoanalytisch angewendet wird, ohne die Reflexion auf die gesellschaftlichen Momente und Modifikation von Ich-Stärke. Das zweite Postulat ist das der Autonomie, der Kinder, die dadurch erreicht werden soll, daß die Ausschließlichkeit der Bindungen an die Eltern durch das Kinderkollektiv durchbrechen wird. Die Kinder sind weniger fixiert auf ihre Eltern, und ihre Handlungen werden deshalb nicht ihr Leben lang durch Wiederholungszwänge in zwanghaft verinnerlichte Normen der Eltern und anderer Bezugspersonen bestimmt. (Vermeidung autoritärer Charakterstrukturen.) Für die neuere Entwicklung der Erziehungsmechanismen im Spätkapitalismus, in dem die Familien immer mehr an Einfluß auf die Sozialsituation der Kinder verliert, kann eine Erziehung zur Autonomie bedeuten, daß die Kinder der direkten Einflußnahme und Fremdbestimmung durch die gesellschaftlichen Institutionen von Kindheit an leichter zu entziehen sind. (Siehe Riesmann - "außengeleiteter Typ") Weiterhin sollen die Kinder lernen, ihre Tätigkeit selbst zu bestimmen und organisieren, wobei Grenzen nur durch die Bedürfnisse und Interessen der anderen Kinder des Kollektivs gesetzt sind.

Diese antiautoritäre Erziehung war, wie die antiautoritäre Phase des SDS aber in einigem Momenten nur die abstrakte Negation des Bestehenden. Der Bewegung angemessene Formen der Sozialsation wird diese Erziehung nur noch erbringen, wenn sie das heute für die Weiterführung des Kampfes notwendige Haß von Triebsublimierung und Bezogenheit auf die realen Ansätze des Klassenkampfes mit in ihr Erziehungsfeld hineinnimmt und so nicht den Widerspruch von antiautoritären und unter Ansätzen von revolutionärer Disziplin kämpfenden Genossen produziert.

Die Frage ist, wie stellt sich das Realitätsprinzip als Verarbeitung gesellschaftlicher Widersprüche für die Kinder her? Reicht die optimistische Annahme, daß "das Realitätsprinzip von einem freien kritischen Kind zu gegebener Zeit als vorhanden anerkannt wir". (KL-INFO 4 Seite 9) für einer Erziehung zu aktivem politischen Widerstand? Werden die Kinder nicht vielmehr in einem repressionsfreien und damit gesellschaftsfernen Raum aufgezogen? Und wäre von daher nicht der Begriff der Ich-Stärke klassisch definiert als eine optimale Verarbeitung von Es - Außenwelt - Über-Ich - Ansprüchen neu und zwar politisch zu definieren? Die Vermittlung von Es- und Außenweltansprüchen könnte inhaltlich dahingehend uminterpretiert werden, daß die Außenwelt (die gesellschaftliche Realität) nicht nur affirmativ als triebunter-

drückendes Fakt sich durchsetzt und anerkannt wird, sondern daß Triebunterdrückung,-Aufschub und Sublimierung nach rationelaer Maßstab der Notwendigkeit der Veränderung der Verhältnisse bewußt vorgenommen wird. Das würde natürlich voraussetzen, daß die Kinder ihre Bedürfnisse im Kollektiv erst einmal entfalten und kennenlernen könnten. Für die Normen, nach denen die Triebeinschränkungen erfolgen, wäre wichtig, daß es sich nicht wie in der traditionellen Über-Ich-Bildung um abgespaltene Ich-Anteile, die dem Ich nicht mehr zugänglich und rational durchschaubar sind, handeln würde. Die Normen müßten vielmehr aus der politischen Praxis der Eltern einsichtig werden. Sie dürften nicht starr verinnerlicht werden, sondern wären flexibel veränderbar in der eigenen Praxis. Das Heißt, sie würden handlungsweisend, ohne dem Ich sozusagen als verinnerlichter Agent der Gesellschaft gegenüber stehen.

Auch wenn aufgrund noch zu geringer Erfahrung bisher noch keine konkrete Praxis angegeben werden kann, wie dieses Erziehungsziel zu erreichen wäre, läßt sich doch eine notwendige Bedingung sicher angeben: Die Kinder müssen permanent konfrontiert sein mit der gesellschaftlichen Realität und dem Kampf der um die Veränderung dieser Realität geführt wird. Das ist meistens auch der Fall bei der nur "antiautoritären Erziehung (Ausfahrten in öffentlichen Verkehrsmitteln, öffentliche Spielplätze, Nachbarschaft.) Wesentlich für die Verarbeitung der Konflikte in denen sich die antiautoritär erzogenen Kinder in diesen Konfrontationen gegenübergestellt sehen, ist die (politisch) Interpretation der Konfikte durch die Bezugspersonen. Diese Interpretationen können aber wohl nur resignativ hingenommen werden und im schlechtesten Fall entwickelt sich bei einer massiven Konfrontation mit der Lustversagenden repressiven Umwelt (z.B. In der Schule) nur die Sehnsucht nach Kollektiv der Kinder. (Erhöhtes Schutzbedürfnis) wenn die Kinder nicht gleichzeitig mit dem rationalen Erklärungsversuchen der Umwelt in die konkrete Widerstandspraxis der Eltern einbezogen sind. Versagungen und Umsätze zu diszipliniertem Verhalten bleiben dann nicht notwendig abstrakt.

Sozialistische Erziehung will dem Kind ebenso wie die antiautoritäre das bürgerliche Triebschicksal ersparen. Insoweit muß sie in Familien- und gesellschaftsdistanzierten Erziehungsfeldern beginnen. Allerdings beruhigt sie sich nicht bei dem Faktum, daß eine veränderte Umwelt veränderte Kinder schafft, sondern sie will diese Kinder befähigen die Umwelt nach gesellschaftlichen Interessen selbst zu verändern. Das setzt voraus, daß das Kind in der Auseinandersetzung mit andern Kindern (außerhalb des Kolektivs) d.h. in seinem spezifischen gesellschaftlichen Konfliktbereich lernt, die im Kinderkollektiv erworbenen und im Elternkollektiv praktisch vermittelten "Normen" durchzusetzen. Das Kind bereitet sich so auf den Schulkampf, die Auseinandersetzung mit autoritär erzogenen Schülern und repressiven Lehrern vor.

Sozialistische Erziehung hätte das bürgerliche Tabu der Apolitizität der Kinder aufzuheben, indem sie die Kinder befähigte, mit Sexualaufklärung und Verbreitung politischer Information die Auseinandersetzung unter den "Kindermassen": in staatlichen Kindergärten, auf Kinderspielplätzen und Hinterhäfen aufzunehmen. Der Kinderladen wäre keine pädagogische Insel, er würde zur Basis, in der die Kinder kollektives und Kämpferisches Verhalten in der Auseinandersetzung mit den Bezugspersonen (Elternkollektiv) üben. Im sozialistischen Kinderkollektiv muß das Kind in der gemeinsamkeit der Arbeit an Agitations- und Informationsmaterial im politischen Kindertheater- und spiel sozialistische "Kampfformen" lernen, die sich in den sich ändernden Kampf-Phasen als vom Ich modifizierbar erweisen.

Kritik der reinen psychoanalytisch-orientierten Erziehung und praktische Ansätze einer sozialistischen Erziehung

Eine Erziehung, die allein sich orientiert an der Möglichkeit, die psychischen Folgen des familiären Autoritätskonfliktes aufzuheben,

besitzt aus sich selbst heraus kein politisches Potential.
Der Stellenwert der Psychoanalyse liegt allein da, wo als erster notwendiger befreiender Schritt den Kindern Bedürfnisbefriedigung im Kinderladen garantiert wird. Sie knüpft an die symptomatischen Ausformungen der Triebunterdrückungen an, deren Ursachen durch Analytische Kategorien aufgedeckt werden müssen.
Innerhalb des gesellschaftlichen Rahmens ist die Triebunterdrückung allerdings sekundär, da die Zwänge innerhalb der Familie sich direkt ableiten aus den Zwängen innerhalb der Gesellschaft. Allerdings vermittelt sich die primäre politische Lage dem Kinde über mehrere Instanzen immer noch als Triebunterdrückung innerhalb der Familie. Die Erziehung muß daher diesen engen Rahmen verlassen und die primäre politische Lage mit einbeziehen.

FREIHEIT ZUR ONANIE BLEIBT EIN BÜRGERLICHES PRIVILEG

Der antiproletarische Charakter dieser antiautoritären Erziehung zeigt sich gerade daran, daß Aufhebung der Triebunterdrückung und die damit bestenfalls verbundene Ichstärkung der Kinder nur fähigeren Mitgliedern der privilegierten bürgerlichen Klassen macht.
Mit der bloßen Mobilisierung unterdrückter Triebe kann es für eine sozialistische Erziehung nicht sein Bewenden haben. Das charakteristische der bürgerlichen Erziehung ist so, daß sie die gesellschaftliche Realität des Klassenkampfes als Erfahrung für die Kinder verweigert. Der Klassenkampf befindet sich im Augenblick in der Phase einer unorganisierten Revolte der bürgerlichen Intelligentia. Deren Kinder dürfen von den Erfahrungen dieses Kampfes nicht abgeschnitten sein. Die Konfrontation mit diesem politischen Kampf und die darin dem Kinde sichtbar werdende gesellschaftliche Realität wird das scheinheilige, keimfreie, sterilisierte, glückselige, trügerische, "befreite" Triebleben des Kinderidylls - rational vermittelt - politisch verunsichern.
Beispiele erster praktischer Ansätze:
1.) Die Geschichte von Kunzelmann und Langhans (Osteraktion in Moabit)
2.) Kenntnisse des Arbeitsprozesses
3.) Invasion auf Hinterhof
4.) Organisierter Widerstand gegen die Rolle des Erziehers als verlängerter Arm der Eltern; Beispiel: Demonstrationsspiel "Pierre ist doof"

(Der kollektive Widerstand im Kinderladen setzt sich um in eine erhöhte Fähigkeit, die Bedürfnisse zu verbalisieren, sobald das Kind wieder in der Familie vereinzelt ist. Diese Fähigkeit kann sich ausbilden, da das Insistieren aus besonderen Bedürfnissen nicht mehr mit lähmenden Schuldgefühlen verbunden ist.)

III. Elternkollektive und Kindererziehung

Als wesentliches Moment für die Sozialisation der Kinder in Kinderkollektiven, wurde theoretisch von allen Gruppen die notwendigkeit der Arbeit mit den Eltern betont (Begründung: Reproduktion von gesellschftlichen Zwangs- und Unterdrückungsmechanismen in der Kleinfamilie, Notwendigkeit der Kontinuität der Erfahrungen der Kinder in Kinderkollektiv und zu Hause,...).
In der Praxis degenerierten die Elternkollektive in den meisten Fällen zu spontanen psychologisierenden Klüngeln oder unpolischen Arbeitskreisen, deren gemeinsames Interesse allein die Kinder sind. Die Ideolo-

gie macht sicht bereit, daß die Initiative der Kinderkollektive, daß Selbsttätigkeit von Eltern per se politisch sei: Die intendierte tendentielle Aufhebung der Trennung von Politik und Privatleben (s. Papier des Aktionsrates der Frauen auf der DK 68) verkam in syndikalistischer Interessenmeierei. Durch die Aufabeitung der Konflikte der Kinder in den Kollektiven (Dossiers), die - wie die Erfahrungen zeigen - meistens auf Ehekrisen und psychischen Probleme der Eltern zurückgehen, wurde zwar in vielen Fällen individuell erkannt, daß und welche autoritären Strukturen sich in der eigenen Ehe zeigen, Rückwirkungen auf die Kinder, gesellschaftliche und sozialisationsbedingte Ursachen und v.a. die Unmöglichkeit, diese Strukturen in der Isolierung der Kleinfamilie zu verändern. Die Folgen waren Ehescheidungen und "Massenflucht" in Kommunen.

Solange allerdings auch diese Kommunen nur als "befriedete Gebiete". als Antizipation der sozialistischen Gesellschaft und nicht als Kampfzellen begriffen werden, solange die Mitglieder nur mit dem unpolitischen Anspruch zusammenziehen, ihre psychischen Probleme lösen zu wollen, werden die Kommunen zum selbstzweck und wirken sich in Einzelfällen sogar hemmend auf die politische Aktivität der Kommunenmitglieder aus.

Für die Sozialisation der Kinder bedeutet das, daß zwar einige Fragen antiautoritärer Erziehung durch die veränderten kommunikativen und affektiven Beziehungen leichter zu lösen sind (u.a. geringere Fixierung der Kinder auf ihre Eltern), daß aber die Vermittlung von Normen des Widerstandes und des politischen Kampfes (s.II) abstrakt bleiben muß, wenn diese Normen sich nicht an der Kollektiven politischen Praxis der Mitglieder der Kommune herausbilden und praktiziert werden.

Für Eltern, die sich nicht in Kommunen zusammengeschlossen haben, gilt ebenfalls, daß ihr Kollektiv nicht interessenpolitisch auf die Kinder borniert sein darf, sondern daß parallel die allgemeinpolitischen Fragen bearbeitet und Aktionen, die über das unmittelbare Elterninteresse hinausgehen, kollektiv vorbereitet werden müssen.

EINE POLITISIERUNG DER ELTERN NUR ÜBER DIE ARBEIT MIT DEN KINDERN IST UNMÖGLICH!

Ueber Schwierigkeiten der Zusammenarbeit mit Liberalen in den Kinderläden

Abstrakt ist nicht zu bestimmen, wer über die Kinderläden politisiert werden kann. Es zeigt sich aber schnell, daß bestimmte liberale Positionen die Arbeit stark hemmen.
In der Frankfurter "Kinderschule", die nur ödem Anspruch nach eine sozialistische ist, gibt es bisher - nach über 1 Jahr - keinerlei verbindliche Diskussion über die Probleme der Kindergruppen, über die Ehekonflikte der Eltern, geschweige denn über die politische Funktion des Kindergartens. So sind z.b. die ersten schulreifen Kinder ohne Aufhebens einzeln in der Volksschule angemeldet worden. Von einer kollektiven Struktur sowohl der Eltern als auch der Kinder kann eine Rede sein).
Als Konsequenz ergibt sich, daß es notwendig ist, in den Läden von Anfang an eine Konfliktstrategie einzuschlagen, die das Kollektiv von den Eltern befreit, die nicht zu verbindlicher Mitarbeit bereit sind. Es sind revisionistische Ängste, die uns dann leicht in eine Volksfrontideologie treiben. (Das kann man dem Kind doch nicht zumuten"!)

Liberale Eltern, die auf eine Familienideologie fixiert bleiben, die einen ideologischen Eigentumsbegriff haben, die das Ideal des individualistischen, schöpferischen Kindes hochhalten etc., müssen notwendig daran interessiert sein, den Kindern Einsichten in unsere Klassengesellschaft zu verwehren, sie an der kollektiven Organisation zu hindern, und die Perspektive des Klassenkampfes aus den Diskussionen zu verdrängen.

Es kommt darauf an, Organisationsformen und Aktionsstrategien zu entwikkeln, (Kindergärtnerinnenagitation, Auseinandersetzung mit den Bürokratien), die diejenigen, die den Kampf gegen die allgemeine pädagogische Misere führen wollen, scheiden von denen, die nur in syndikalistischer Manier ihre unmittelbaren Interessen wahrnehmen wollen.

Bei der Defination des Begriffs des Liberalen ist seine berufliche Situation zu berücksichtigen. Ein Politisierungseffekt ist bei denen um so schwieriger, in je gesichteter Stellung z.B. als Assistenten, Dozenten, Ärzte etc. sie sich befinden. Das Sicherheitsbedürfniss der Eltern in "existenstieller" und finanzieller Hinsicht spielt in der derzeitigen historischen Situation eine grosse Rolle.

Es hat sich gezeigt, dass politische Aktivität mit allen Konsequenzen momentan nur unter grösstem beruflichen Risiko stattfinden kann. Die liberalen Eltern sehen sich in sofern der Gefahr ausgesetzt, von einer geraden mühsam errungendenden relativen Sicherheit in eine völlig materielle Unsicherheit zu fallen. So lässt sich der Widerstand der liberalen Eltern ihre Lebensweise grundlegend zu ändern, verstehen.

Kinderläden bieten den daran beteiligten Genossen die Möglichkeit, die übrigen Eltern über die an der Arbeit mit den Kindern aktualisierten Probleme zu politischen Diskussionen zu zwingen, dabei zu agitieren und evt. zu einem polit. Bewussein zu bringen. Die Notwendigkeit, für gemeinsam erkannte polit. Ziele auf die Strasse zu gehen, zur Selbsthilfe zu greifen kann ansatzweise am Beispiel der KL Selbsthilfeorganisation deutlich werden und über solche im legalen Rahmen stattfindenden Aktivität z.B. in Form von Demonstrationen zur Durchsetzung bestimmter polit. Interessen führen.

Die Arbeit in KL, an denen sowohl Eltern als auch polit. aktive Genossen beteiligt sind, hat gezeigt, dass es für die anti-autoritäre Erziehung der Kinder nötig ist, intime Ehekonflikte der Eltern zu analysieren um das Verhalten der Kinder verstehen und ändern zu können, Dabei wird die bürgerliche Ehe in der Regel in Frage gestellt und als Repressionsorgan der kapitalistischen Gesellschaft einsichtig gemacht. Es wird klar, daß es zu der den gestellten Ansprüchen gemäßen Kindererziehung nötig ist, Elternkollektive zu bilden.

Allerdings treten Konflikte erfahrungsgemäß genau in dem Moment auf, wenn liberale Eltern ihre Ehe durch intime Berichte in Frage stellen sollen. Es zeigt sich der primäre Widerstand liberaler Eltern, ihre gesellschaftliche Situation kritisch zu überdenken, gegebenenfalls in Frage zu stellen, woraus sich ergeben würde, daß neue Formen des Zusammenlebens gefunden werden müssen, die eine strukturell und politisch gesellschftliche veränderung notwendig machen.

Bei diesem Stand der Diskussion ist für die Genossen dei Möglichkeit gegeben, das Bewustsein der liberalen Eltern in ein revolutionäres umzuändern. An diesem Punkt kommen die liberalen Eltern durch Interesse an antiautoritärer Erziehung ihrer Kinder in eine politische Entscheidungssituation, die sie deshalb umso eher zu politischer Aktivität bringen kann, weil sie permanent mit der pol. Aktivität der Genossen konfrontiert werden und dazu theoretisch und praktisch Stellung nehmen müssen. Sie müssen entscheiden, ob sie zu politisch praktischer Arbeit bereit sind, daß heißt aber ihre bürgerliche Lebensweise aufgeben, oder aber die Mitarbeit an den Kinderläden ist für sie nicht weiter möglich.

"Wenn man genau weiß, daß jemand im Unrecht ist, und sich doch mit ihm nicht prinzipiell auseinandersetzt, sondern um des lieben Friedens und der Freundschaft willen darüber hinweg sieht,.... oder wenn man, um das gute Einvernehmen mit ihm zu wahren, die Frage nur flüchtig streift, ohne eine gründliche Lösung anzustreben aus all diesem ergibt sich dann ein Schaden sowohl für das Kollektiv wie für den einzelnen-, so ist das eine Erscheinungsform des Liberalismus!!

(Mao)

Kinderläden-Arbeiterkinder-Schulen

Die KL sind im Moment eine Einrichtung, in der sich die privilegierte Stellung der linken Bewegung widerspiegelt.

Funktion: 1) Freiheitsspielraum für Experimente
2) Notwendige Organisationsform zur Abwehr politischer Repression sowohl der Eltern als auch der Kinder.

Die Sicherung dieser privilegierten Stellung bedingt eine defensive Strategie. Um diese auf gesamtgesellschaftlichem Bereich zu überwinden, muß versucht werden, die Erfahrungen, die wir in den KL gewonnen haben auch unter den Arbeitern anzuwenden.

Das Modell der KL läßt sich nicht ohne Modifizierung auf Betriebskindergärten übertragen.

Gründe: 1) Die KL sind aus der spezifischen Problematik der Studenten entstanden. Das Konzept der KL setzt bereits politisierte Eltern voraus.

2. Die Bedingungen, unter denen die Arbeiter Erziehung betreiben, sind total anders.

a. Die erlebte Repression und mentale Verelendung im Betrieb zwingt den Arbeiter dazu, zu Hause die erlebte Unterdrückung zu reproduzieren, mit dem umgekehrten Vorzeichen, daß nun Frauen und Kinder unterdrückt werden.

b. Die Einspannung in den Arbeitsprozeß verhindert, daß die Eltern die Erziehung , mit den Kindern selbst organisieren.

c. Das Erziehungsbild der Eltern wird bestimmt von staatlichen und kirchlichen Institutionen. Da bisher die praktischen Erfahrungen einer Arbeit mit den Arbeiterkindern fehlen, können wir die Kategorien einer solchen Erziehung nur negativ bestimmen an der Praxis der KL.

Als Folge einer undifferenzierten Übernahme des antiautoritären Erziehungskonzeptes der bisherigen KL lassen sich absehen.

a) Der Widerspruch zwischen der Erziehung im Kinderkollektiv und der Realität in den Familien kann zu einem schizophrenen Bewußtsein der Kinder führen, da ihnen zu Hause verwehrt wird, was sie im Kollektiv dürfen.

b) Es kann den Kindern nicht einsichtig gemacht werden, daß sie ihre Ansprüche an die Eltern zurückschrauben müssen, weil diese aufgrund ihrer erlebten Unterdrückung im Betrieb zu Hause kein repressionsfreies Klima schaffenkönnen.

c) Die Eltern betrachten den Kindergarten als Entlastung, während die Realität der KL gezeigt hat, daß für die Eltern eine zusätzliche Belastung entsteht, einerseits, weil sie auf die dann ungehemmt geäußerten Bedürfnisse der Kinder eingehen müssen, andererseits auch durch die Arbeit mit den Kindern die Ehe grundsätzlich in Frage gestellt wird. Daher würde eine unvermittelte Übertragung des antiautoritären Erziehung die Eltern dazu treiben, die Kinder aus dem Kindergarten wieder herauszunehmen. Eine kollektive Kindererziehung kann nur dann erfolgreich sein, wenn die Eltern ihren bisherigen Erziehungsstil problematisiert haben. Das kann nur der Fall sein, wenn sie den Zusammenhang zwischen Unterdrückung am Arbeitsplatz undrepressivem Klima in der Familie erkennen.

<u>Daruas folgt, daß die Arbeit mit Arbeiterkindern nur in Zusammenarbeit mit der Betriebsbasisgruppe geleistet werden kann.</u>

Die Arbeit mit den Kindern dient in erster Linie dazu, parallel zur Betriebsagitation an die Eltern auch im Reproduktionsbereich heranzukom-

men. Dabei kann uns das starke Interesse der Eltern an eine bessere Zukunft der Kinder behilflich sein.
Ein praktischer Ansatz ist die Forderung innerhalb des Betriebes nach einem Betriebskindergarten (Berlin, Telefunken) und die Einrichtung eines Schulkinderladens (Berlin und Bochum).

Zur Verbesserung der Kommunikationsstrukturen

I. EINRICHTUNG eines ZENTRALEN ARCHIVS für die von den verschiedenen Gruppen bereits verfaßten und noch zu verfassenden Arbeitspapiere.
KONTAKTADRESSE: RC-Erlangen, Hindenburgerstraße 17 Tel. 25743
Die Erlanger Gruppe verpflichtet sich laufend eine Liste der archivierten Papiere in den INFOS zu veröffentlichen.
II. EINRICHTUNG einer ZENTRALEN AUSKUNFTSTELLE über Titel von Publikationen für Raubdrucke. Gruppen, die über entsprechende Einrichtungen verfügen können on dort die Originale anfordern.
KONTAKTADRESSE: 1 Berlin 30, Kindergarten-Charlottenburg II, Grunewaldstrasse 88

INFO-Kinderläden

Der Herstellungsort und die Zusammensetzung der Redaktion wechseln auf Bewerbung der Gruppen.
Für die ersten Nummern meldeten sich Berlin, Frankfurt und Bochum.
Verantwortlich für den Vertrieb:
Kontaktadresse der jeweiligen mit der Herausgabe befaßten Gruppen.
Entsprechender Vermerk darüber im vorhergehenden INFO.
Erscheinungsdatum für das erste überregionale INFO:
Berlin, 15. Mai 1969

Institutionalisierung von Arbeitskonferenzen

I. Einberufung von Regionalseminaren.
Bestimmung der Tagungsortes
Die Regionalseminare arbeiten Vorschläge für die überregionale Arbeitskonferenz aus.
II. Überregionale Arbeitskonferenzen:
Vorschläge für die nächste überregionale Konferenz können noch eingereicht werden.
Der KONGRESS KRITISCHE PSYCHOLOGIE findet vom 15.-19. Mai in HANNOVER statt.

KONTAKTADRESSE: Barbara Fricke, Hannover, Podbilskistr. 105

In Vorbereitung befindliche Publikationen

Erfahrungsbericht Charlottenburg II erscheint im Mai/Juni
Sozialistische Erziehung und Kleinkind
(Abriß, Biographie und Bibliographie)
Die Publikationen werden bei Erscheinen im INFO inseriert.

Gruppenadressen:

Aachen: van Geisten Gisela, Heinrichsallee 43
Amsterdam: Kinderschool, Keizerstraat 2
Augsburg: Blavzek Karin auf d. Kreuz 8 Tel. 23767
Berlin: Zentralrat d. West-Berliner Kinderläden, Berlin 30
(Wolff v. Werder) Grunewaldstr. 88
K 2, Berlin 12, Giesebrechtstr. 20 Tel. 321282

bitte wenden!

Schöneberg II, Lutz v. Werden, 1330 Regensburgerstr. 5a Tel. 2118405
TH: Knirsch, Carola 1341 Hainauerstr. 8 Tel. 831132

Bochum: Weber Cäsar, Freiliggratstr. 3
Erlangen: Heintze Monika, Friedrich-Bauer.Str. 3 Tel. 13413
Essen: Arbeitsgruppe Antiautoritäre Kindergärten, Republikanischer Club, Rüttenscheider Str. 127 Tel. 02141/717511
Frankfurt: Dermitzel, Regine, Sachsenlager 9 Tel. 558934
Seifert, Monika, Eschersheimer Landstr. 107, Tel. 558934
Basisgruppe Sozialarbeit, Gerd Buschlinger, Eschersheimer-Landstr. 107
Freiburg: Kaiser Bodo, Gartenstr. 14, Tel. 22554
Giessen: Stolting Antje, 6361 Wilhelmstr. 10
Göttingen: Basisgruppe Pädagogik, 3461 Wagnerstr. 1
Hamburg: Schurig Anne, Kippingstr. 2, Tel. 4103690
Hannover: Lauermann, Manfred, 3 Hm.,-Podbi 105 (Parungspresse), Tel. 690373

Heidelberg: Herrenmühle Hauptstr. Kontaktadresse:
Kli[illegible]n Ursula, Ladenberstr. 1
Kassel: Lasker-Bauer, Ulrike, ASTA der Hochschule für Bildende Künste

München: de Voss, Edith, München 8, Hechtseestr. 8 Tel. 492585
Hios, Franz " " Ainmüllerstr. 30 " "
Bachmayer, R., " 13 Freiligrathstr. 29, Tel. 356238
Nürnberg: Nick, Rosalinde, Willibaldstr. 11, Tel. 513521
Stuttgart: Schmitt Hermann, Röbstr. 2b, beim Kasper Tel. 221161
ASTA der Akademie Stuttgart, Am Weissebhof 1

Sylt: Republikanischer Club Sylt, 2286 Keitum, Wolfgang Skobida
Würzburg: Vent Karin, Schadewitzstr. 17 Tel. 76204

Die sozialdemokratischen Handwerkeleien in den Kinderläden bekämpfen

Die Arbeit in den Kinderläden, die mit einem pragmatischen Aspekt-Aufbewahrung der Kinder- und mit einem politischen Aspekt - Sozialistische Erziehung Politisierung der Eltern - begonnen wurde, ist in fast allen Gruppen in sozialdemokratische Handwerkelei abgeglitten. Die sozialdemokratischen Vertreter der Kinderläden versuchen das in einem Papier "Von der antiautoritären Erziehung zur sozialistischen" zu verschleiern, Sie beginnen mit einer theoretischen marxistischen Analyse, in der viele wahre Sätze stehen. Die Analyse wird jedoch in keiner Weise die Praxis angewendet. Es ist vielmehr so, daß sie den Charakter eines marxistischen Zierrats trägt. Ebenso wie die großen Mengen von der Berliner Gruppe nachgedruckten theoretischen Schriften dient er dazu, den Mangel an theoretischer Aufarbeitung der eigenen Praxis zu verdrängen.
So wird mit ökonomischen Kategorien nachgewiesen, daß der Mittelstand im Spätkapitalismus objektiv verproletarisiert. Welche konkrete Schwierigkeit die Politisierung des Mittelstandes hat, auf welche Weise die ideologischen und im Sozialcharakter verankerten Hemmnisse gegen eine Widerstandspraxis durchbrochen werden können, kann mit dem Ansatz der Sozialdemokraten nicht erklärt werden. Man mogelt sich über die Schwierigkeiten hinweg, nennt die Erziehung im Kindergarten proletarisch läßt Arbeiter im Kindergarten mitarbeiten und glaubt, damit eine Strategie der subjektiven Proletarisierung des Mittelstandes gefunden zu haben. Der Anspruch die Kinder zu Sozialisten zu erziehen, fordert eine total neue Konzeption der Erziehung. Wenn die Praktizierung dieser neuen Konzeption nicht in wilde Experimentiererei auf Kosten der Kinder ausarten soll, muß sie auf einer fundierten wissenschaftlichen Basis stehen. Das ist hier nicht der Fall.

Beispiel: Im Kinderladen soll den Kindern Bedürfnisbefriedigung garantiert werden. Es wird nicht die Frage diskutiert, welche Bedürfnisse beim Kind wie zu befriedigen seien. Vielmehr wird so getan, als handele es sich beim Kind im sozialistischen Kindergarten um einen schon nicht-repressiv erzogenen Menschen, der nur noch originäre Bedürfnisse des "Allseitigen Menschen", die es bedenkenlos zu befriedigen gilt, artikuliert. Das wird zur Folge haben, daß diese Kinder überhaupt nicht mehr dazu im Stande sein können, sich mit der Realität auseinander zu setzen. Das bedeutet politisch, daß diese Menschen dann nicht gelernt haben, Triebaufschub fähig zu sein, was für langfristiggezielten Wiederstand notwendig ist. Zur Frage der Fixierung an die Eltern wird die These aufgestellt, daß sie im Kinderladen leichter zu lösen sei. Es gab kaum eine Diskussion zu diesem Problem. Dazu hätten die arbeitenden Genossen ihre Praxis theoretisch analisieren müssen. Ein vereinzelter Ansatz einer Berliner Genossin wurde nicht aufgegriffen. Auch war niemand bereit, in einer Arbeitsgruppe über Kinder zu arbeiten. Vorherrschend war die dilettantische Meinung, die Fixierung an die Eltern oder Bezugspersonen sei durch Erhöhung der Anzahl der Bezugspersonen zu lösen. Das ist Unsinn Die Fixierung an einer Bezugsperson mit gerade dann auf, wenn das Bedürfnis z.B. nach emotionaler Zuneigung von der Bezugsperson nicht befriedigt wird. Die Ideoligie der Notwendigkeit vieler Bezugspersonen rationalisieren den bei vielen Genossen vorhandenen Unwillen, sich mit den Kindern, die vielfach als lästig empfunden werden (Lutz v. Werder) intensiv zu beschäftigen.

Was verstehen die Sozialdemokraten nun unter politischer Praxis? Unter politischer Praxis verstehen die Genossen z. B., mit den Kindern an einer Demonstration vor dem Moabiter Gefängnis teilzunehmen. Ein anderer Bereich ist die Bildung von Kollektiven wie z.B. Kommunen, die politisch-praktisch nichts tun, als ihre psychologische Probleme zu bespiegeln (so die richtige Analyse in Paper 2), aber weder zu einer Analyse dieser unpolitischen Praxis noch zu konkreten Ansätzen einer neuen Strategie gelangen. Darüber mögelt man sich so lange hinweg: man entdeckt, daß die Kommunen sich politisch'begreifen müssen (Welche Neuigkeit!). Das ist nicht mehr als ein moralischer Apostel. Das wird dadurch gelegt, daß noch keine Kommune, die nicht vonvorneherein ein Zusammenschluß von im politischen Kampf stehenden Genossen war, dadurch zur politischen Praxis gekommen ist, daß sie sich politisch begriffen hätte. Dieses politische Begreifen ist nichts anderes, als die Verschleierung des Versumpfens in linker Subkultur.

Ein gezielter Angriff auf die Misere im sozialen Bereich wird nicht geleistet: nicht im geringsten werden die Kinderladenprojekte im Hinblick auf eine Agitation von Kindergärtnerinnen diskutiert. Vielmehr werden kritische Kindergärtnerinnen in Enklaven abgezogen, was die Konsequenz hat, daß kein Angriff auf die bürgerlichen Kindergärten mehr gestartet wird. Statt die staatlichen Institutionen zu zersetzen, versucht man, sie nur zu ersetzen.

Wie stellen sich die sozialdemokratischen Handwerkler die Politisierung der Kinder vor?

"Die Konfrontation mit diesem politischen Kampf und die darin dem Kinde sichtbar werdende gesellschaftliche Realität, wird das scheinheilige,.... usw.... Triebleben des Kindesidylls - rational vermittelt - politisch verunsichern." Ganz abgesehen davon, daß dieses Konzept der Aufklärung durch politische Verunsicherung allen Erfahrungen politischer mobilisierung widerspricht (vergl. 2. KU.-Broschüre: Bericht über den Springer-Arbeitskreis) zeigen die Beispiele, welchen-naiv-aktionistischen Begriff von politischer Praxis die sozialdemokratischen Handwerkler haben:

1. Die Geschichte von Kunzelmann und Langhans
2. Kenntnis des Arbeitsprozesses
3. Invasion auf dem Hinterhof

4. Organisierter Widerstand gegen die Rolle des Erziehers als verlängerter Arm der Eltern. Beispiel: Demonstrationsspiel "Pierre ist doof.!"

Es bleibt völlig ausserhalb der kritischen Diskussion, in welchem Bereich Kinder überhaupt Ansätze von Widerstand leisten können, der aus ihren konkreten Interessen motiviert ist. Daß Bereiche wie "Böse Artikel aus Illustrierten"(Stern), " Onkel Kunzelmann und Langhans im Gefängnis". "Bei der Arbeit den Arbeitern zusehen" nicht dem Kind gesellschaftliche Realität vermitteln können, die von ihm anders als chaotisch mythisch verkürzt oder als bezugsloses Abenteuer verarbeitet werden können, erscheint banal, zeigt aber deutlich, daß die Eltern noch nie ein Verhältnis zur Realität von Agitation gewonnen haben. Von der ursprünglichen Intention, den Kindern eine politisch vertretbare und psychologisch pädagogisch fundierte Erziehung zu garantieren, wird jetzt der Rückzieher auf bloßes Einüben vor sozialistischen Tugenden gemacht:

1. Mut
2. Disziplin
3. Interessenklarheit
4. Solidarität
5. Bereitschaft zum Kampf

Das gipfelt in dem bestärkenden Abendgebet:

"Nur ein Kind, daß den Genossen MAO liebt und die BULLEN haßt, ist ein politisch Kind"

Es ist eindeutig, daß das Kinderladen-Seminar als gescheitert angesehen werden muss.

Wo liegt dennoch sein politischer Wert? Zunächst in der Entlarvung der Sozialdemokraten. Zweitens ist uns bewußt geworden, daß eklatant die Notwendigkeit besteht, die bisherige Praxis theoretisch und nicht rationalisierend aufzuarbeiten, und den Kampf gegen die Revisionisten in den Kinderläden aufzunehmen. Ein neues Kinderladen-Seminar sollte nicht eher stattfinden, als nicht Papiere von mehreren Gruppen vorliegen, die anhand der Praxis der Gruppen auf folgende Fragen eingehen: Sollen die Kinderläden ihren politischen Anspruch aufgeben und erkennen, daß ihr Wert in der Entlastung der Eltern, aber niemals in deren Politisierung liegen kann.?

Welche Rollen spielen in der Erziehung der kinder zu ich-starken, stabilen Persönlichkeiten die Sexualerziehung, Kinderlektüre, Spiele, Mutter-Kind-Beziehung, psychische Probleme des Kindes, Vorbereitung auf die Schule und Schulpraxis, insgesamt alsi die Erabeitung einer wissenschaftlichen emanzipatorischen Kindererziehungs-Konzeption. Dazu müssen Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit Studenten pädagogischer psychologischer Fachbereiche geprüft werden.

Carola Knirsch, Angela Luther, Marion Wittstock

Presseerklärungen

DER SOZIALISTISCHE SCHULKAMPF

Zur Organisation der Revolte an den Schulen

die revolte der schüler hat sich im zusammenhang mit der studentenrevolte entwickelt. in den schulen hat sich über die identifikation der schüler m it den studenten als unmittelbare folge der exemplarischen antiautoritäre n aktion der studenten ein politischer selbstbewußtsein herausgebildet. d ieses latente politische bewußtsein wurde erstmals praktisch umgesetzt in der sexualkampagne. überall in der bundesrepublik wurde der kampf gegen d ie lehrer, die spießigen eltern etc. aufgenommen, die hier unbewußt in de r unterdrückung berechtigter sexueller bedürfnisse un dem zwang, diese zu

verdrängen, politische disziplinierungsfunktionen wahrnahmen. die sexualkampagne hat zwar tabus gebrochen, individuelle bedürfnisse befriedigt, sie vermochte es aber nicht, diese individuelle selbstbefreiung zu wenden in einen organisierten wiederstand. partikularismus und dezentralisierung ein scheinbares rückgehen der politisierung der schüler waren die folge. auf der arbeitskonferenz des sds ebenso wie auf den zahlreichen regionalkonferenzen des auss haben diejenigen schüler, die an den schulen die revolte organisiert haben, darüber diskutiert, wiesie zusammen mit den studenten, die ihre zukünftigen lehrer sein werden, den individuellen antiautoritären protest in einen sozialistischen schulkampf transformieren können. in einem aktiv geführten schulkampf werden die schülergruppen anhand einer kritik in bestimmten schulfächern aufzeigen, welche deformierten unkritischen individuen in den schulen der bourgeoisie zu entlarven und deren funktion für die stabilisierung der herrschaft der bourgeoisie aufzuzeigen, d.h. konkret, das umfunktionieren des unterrichtes, das verweigern von klassenarbeiten, alle formen von regelverletzungen, go-ins in lehrerkonferenzen, elternbeiratssitzungen und aktiv geführte schulstreiks mit dem ziel, schon die ausbildung in der schule fürdie verstärkte zusammenarbeit mit lehrlingen und jungarbeitern benutzen zu können.
in dem zusammenhang spielt die anti-bundeswehrkampagne eine immer wichtigere rolle. die schüllergruppen werden keine pazifistischen kampagnen mehr tragen, sondern militaristische ideologie im unterricht nachweisen und die bundeswehr als die der schule folgende instanz zur deformierung der individuen bekämpfen. der widerstand muß daher von der schule ausgehend in den militärischen machtapparat hineingetragen werden.
die kollektive kriegsdienstverweigerung von schulklassen, die störung von musterungen, verhandlungen etc., das stürmen von kreiswehrersatzämtern, das intensivieren der kaderarbeit in der bundeswehr werden sowohl die schülerrevolte vorantreiben als auch den widerstand gegen die bundeswehr verstärken.
das auss wird dabei mit den nicht-pazifistischen vk-gruppen zusammenarbeiten.

Die Kampagne gegen die Bundeswehr

die bundeswehr ist nicht mehr nur vermittelt über ihre ökonomische bedeutung als kapitalvernichtungsinstitut und als institution, die bestimmte erziehungsfunktionen wahrnimmt und gesellschaftliches bewußtsein deformiert teil des westdeutschen herrschaftsapparates.
in dem maße, in dem die nach dem ende der rekonstruktionsperiode intensiver werdenden struktur- und wachstumskrisen sowie die permanente krise im ausbildungssektor die systemsprengende organisation der massen fördern, rückt die bundeswehr näher zum zentrum des herrschaftsapparates: in den ns-gesetzen wurde ihre aufgabe, innenpolitische auseinandersetzung militärisch vorzubereiten, legalistisch abgesichert.
die von sozialistischen und antimilitaristischen gruppen geführte kampagne gegen die bundeswehr richtet sich nicht isoliert gegen die militärische funktion der bundeswehr im innern als bürgerkriegsarmee, sondern sie bekämpft den strukturellen zusammenhang, in dem die armeen zu den anderen bereichen des herrschaftsapparates stehen.
für unsere politische arbeit heißt das, es werden nicht nur verstärkt gut vorbereitete genossen aus den schulen, betrieben und universitäten zur verunsicherung in die bundeswehr gehen, sondern es wird auch in den schulen betrieben und universitäten selbst antimilitaristische arbeit organisiert werden.
an den schulen werden die sozialistischen schülergruppen die kritik am militarismus in den unterricht tragen und sich im geschichtsunterricht im sozialkunde- und deutschunterricht ideologisch verschleiernde lehrinhalte (falsche faschismusaufarbeitung, beschönigung von kolonialismus und imperialismus ect.) nicht mehr gefallen lassen. überall dort, wo der militärapparat selber nach den schülern greift, bei werbeveranstaltungen von offizieren, bei erfassung und musterung werden die schüler ihr

enm wehrunwillen in politische praxis umsetzen. derartige aktionen wer
den die schüler ihren wehrunwillen i
n politische praxis umsetzen. derartige aktionen werden in zusammenhan
g stehen mit einer verstärkung der kampagne zur kollektiven politische
nn kriegsdienstverweigerung in den schulen.
an den hochschulen werden die um selbstorganisation der inahlte und fo
rmen ihres studiums kämpfenden studenten den gesellschaftlichen verwer
tungszusammenhang der von ihnen mit produzierten wissenschaft kritisch
untersuchen und es nicht mehr zulassen, daß an ihrem arbeitsplatz mili
tärische forschungsprojekte realisiert werden.
die im ersatzdienst zusammengefaßten kriegsdienstverweigerer haben bei
den aktionen gegen die administrativ verordnete entpolitisierung der e
rsatzdienstleistenden vor allem in kiel, tübingen, und frankfurt ansät
ze entwickelt, die die bei ihnen durchdie kriegsdienstverweigerung ein
gesetzte politisierung auch nach der anerkennung als kdv-er am arbeits
platz durch kollektiven politischen zusammenschluß weitertreiben wird.

frankfurt, den 17.4.1969

Zur Kampagne gegen die Klassen-Justiz

in den aktionen gegen den springern-konzern, gegen notstandsgesetze un
d technokratische formierung der universitäten hat sich die sozialisti
sche studenten- und schülerrevolte zu einem politischen machtfaktor en
twickelt, der in punktuellen massenmobilisierungen exemplarisch wirde
stand gegen zentrale manipulations- und entrechtungsinstitutionen des
autoritären, kapitalistischen staates praktiziert.
die hysterische reaktion der herrschenden auf diese massenmobilisierun
g im polizeiterror und im willkürlichen einsatz der klassenjustiz gege
n demonstranten und rädelsführer hat die notwendigkeit eines langfrist
igen politischen widerstandes ins bewußtsein gehoben. es ist dem sds n
ach diesen aktionen nicht gelungen, diese abstrakt begriffene notwendi
gkeit organisatorisch umzusetzen.
die justizkampagne, die auf der dk in hannover eingeleitet wurde, vers
uchte mit einem falschen machtanspruch das herrschaftsinstrument der j
ustiz zu bekämpfen. dieser machtanspruch, sofern er nur auf der ebene
von staatsgewalt und justiz gestellt wird, hat bis jetzt verschleiert,
daß die antiautoritäre revolte der beginn einer revolutionären bewegun
g ist, die notwendig den repressiven bedingungen langfristigen politis
chen kampfes unterworfen sein wird. der sds ist nicht in der lage, die
genossen vor dem gefängnis zu bewahren. auf der arbeitskonferenz ist d
eutlich geworden, daß nur die systematische selbstorganisation in alle
n gesellschaftlichen Bereichen den kampf gegen die Herrschaftsinstitut
ionenn des spätkapitalistischen staates, also auch die justiz, versch
ft.
neben der systematischen organisation des genossenschutzes in den verf
ahren, der verstärkten arbeit im strafvollzug, der die isolierung eins
itzender genossen aufhebt, den intensiveren angriffen auf die juristis
chen fakultäten wird die aktionsgebundene aufklärung über die qualität
der auseinandersetzung mit den herrschenden in allen bereichen und den
grad der zu erwartenden repressionen zum zentralen punkt der justizkam
pagne. der versuch der herrschenden mit justizterror und polizeieinsat
z die sozialistische studenten- und schülerrevolte zu zerschlagen, wir
d von den sozialistischen gruppen auch als machtpolitische herausforde
rung verstanden.
daher wird aus anlaß der springer- und ns-prozesse (carlo-schmid-go-in
noch in diesem semester in frankfurt ein kongreß zum kampf gegen die k
lassenjustiz geführt.
auf didsem kongreß werden in arbeitsforen für alle bereiche in denen pol
itisierungsprozesse eingeleitet worden sind, die auf grund der betrieben
en politischen praxis zu erwartenden repressionen durch den justizappara
t diskutiert und gegenstrategien entworfen werden.
zugleich aber werden in frankfurt massenhafte aktionen durchgeführt, die

den widerstand gegen die institutionen der klassenjustiz praktisch konkr etisieren.

frankfurt, den 17.4.1969

Zur Hochschulpolitik des SDS im Sommersemester

Die Diskussionen der Arbeitskonferenz des SDS haben die neue organisatorische Realität der dezentralisiert arbeitenden Basis- und Projektgruppen innerhalb & außerhalb der Universitäten der BR und Berlins bestätigt und weiter stabilisiert.

Die politischen Streiks des Wintersemesters haben jetzt ihren organisatorischen Ausdruck als wirksamen und langfristigen Widerstand gegen die Disziplinierungen durch "technokratische Hochschulreform" - d.h. dem in Hochschulgesamtplänen & Ordnungsrecht organisierten Zugriff des Staates auf die Hochschulen-gefunden. Gegen die massiven Versuche, die Wissenschaft und Forschungsergebnisse unmittelbar und ausschließlich den Bedürfnissen spätkapitalistischer Wirtschaft zu unterwerfen, haben die revoltierenden Studenten die materielle Selbstorganisation ihrer Studiengänge und kollektiven Lernprozesse gesetzt.

Die politischen Kampfformen zur Durchsetzung solcher Selbstorganisationen - Institutsbesetzungen und aktive Streiks - haben nicht nur die Ordinarienuniversität, sondern das gesamte System an einer entscheidenden Stelle getroffen und gefährdet: am Herrschaftsprivileg der privaten bzw. privat- und monopolkapitalistischen Verfügung über Forschung über Forschung und Lehre. Die Reaktionen der Professoren und Bürokratien - Relegationen von "Rädelsführern", Verbot politischer Arbeit, Institutsräumungen durch die Polizei - haben diesen zentralen Angriff auf der Ebene von Machtkampf nur bestätigt.

Die Selbstorganisation der Studiengänge konnte aber nur deshalb ein realer Machtfaktor werden, weil sich während der Streiks die Notwendigkeit gezeigt hat, über die Universität hinaus in anderen gesellschaftlichen Bereichen praktisch politische Aufklärungs- und Organisationsarbeit zu leisten:

Die in Stadtteilbasisgruppen außerhalb der Betriebe organisierten Lehrlinge & Jungarbeiter erarbeiteten zusammen mit Jura-, Soziologie- und Psychologiestudenten die wissenschaftlichen und agitatorischen Grundlagen für den langfristigen Kampf gegen staatlich-kapitalistische Zwangssozialisation in Lehrlings- und Erziehungsheimen, gegen den Terror der Vormundschafts- & Jugendfürsorgeinstitutionen, gegen die unter dem Vorwand der Unmündigkeit betriebene Ausbeutung durch die Lehrherren und Betriebe.

Für den Kampf an der Universität im nächsten Semester bedeutet eine solche Organisation außeruniversitärer Projekte konkret: daß der Streik fortgesetzt wird, daß die autoritären und angepaßten Studiengänge abgewiesen werden und stattdessen diejenigen Forschungen betrieben werden, die für die politische Arbeit außerhalb der Universität notwendig sind. Jeder Tag, der den sozialistischen Studenten die Verfügung über die Mittel von Instituten gestattet, wird diese Aufklärungsarbeit weitertreiben. Von daher erhalten die Institutsbesetzungen ihre Legitimation.

Die Mobilisierung der Naturwissenschaftler und Technikstudenten erfolgt durch die Aufklärung über ihre spätere Stellung innerhalb der Betriebe. Schon die Praktika während des Studiums sollen in Zusammenarbeit mit innerbetrieblichen Basisgruppen so organisiert werden, daß die Möglichkeiten einer revolutionären Berufspraxis geprüft werden können.

Die selbstorganisationenm der zukünftigen Lehrer erhalten erst durch ihre festen Verbindungen zur Schülerrevolte ihre langfristige Perspektive. Wie sich gerade gestern in Berlin gezeigt hat, beginnen Staats- und Universitätsbürokratien, die Universität zu schließen, um damit "die Radikalen ein bis zwei Semester auszutrocknen", da die Relegationen nicht abschreckend genug gewirkt hätten. Wenn die Universitäten geschlossen werden, werden sich die revoltierenden Studenten im Sommersemester das Recht nehmen, sie für alle diejenigen zu öffnen, denen die Universität die Zulassung verweigert.

Frankfurt, den 17. 4. 1969

Zur Zusammenarbeit von jungen Arbeitern und Studenten

Seit dem Dutschke-Attentat zeigte sich eine immer stärkere Teilnahme junger Arbeiter an den Studentenaktionen;. Ihrem Anspruch, auch über die Aktionen hinaus mit uns zusammenzuarbeiten, konnte nicht entsprochen werden, da bei dem größten Teil der Studenten nur abstrakte Solidarität festzustellen war, sie aber keinen inhaltlichen Ansatz zur längerfristigen Zusammenarbeit fanden. So wurden lediglich Betriebs- und Berufsschulgruppen gebildet. Die Ausbildungs- und Betriebskonflikte ließen sich jedoch nur in geringem Maße politisieren,und die Gruppen verkamen reformistisch. Militante Aktionsformen der Studentenrevolte konnten innerhalb der Betriebe und Berufsschulen nicht übernommen werden, ohne die Existenz der Genossen zu gefährden.

Im letzten Semmer gelang es der Studentenbewegung, ihre politischen Forderungen im aktiven Streik in das Studium selbst einzubeziehen und sich so zu stabilisieren. Jetzt erst konnte sie, ohne ihre eigene Basis zu gefährden, ihren Anspruch einlösen, nicht nur für eigene, ständische Interessen zu kämpfen. In den selbstorganisierten Seminaren und Arbeitskreisen stießen die Studenten in Untersuchungen über die spätere Berufspraxis auf Probleme wie die Sozialisation in Schulen, Lehre und Elternhaus, staatliche Zwangssozialisation im Lehrlings- und Erziehungsheimen, Freizeitorganisation, Konsumterror und systematische Verschleißproduktion. Hierüber wurden in den Basisgruppen, die junge Arbeiter während des letzten Jahres gegründet hatten, Arbeitskreise gebildet.

Es tauchten jedoch Schwierigkeiten in der Kommunikation, nicht nur der Studenten und Arbeiter, sondern auch der Arbeiter untereinander auf. Außerdem ließ sich die noch nicht sehr präzise Einsicht in den Zwangscharakter dieser Gesellschaft nicht ohne Weiteres in langfristige politische und theoretische Arbeit umsetzen. Diese Probleme müssen in den Seminaren und Übungen untersucht -dadurch werden auch die hochschulpolitischen Auseinandersetzungen des laufenden Semesters weitgehend bestimmt werden - und mit den Arbeitern gelöst werden.

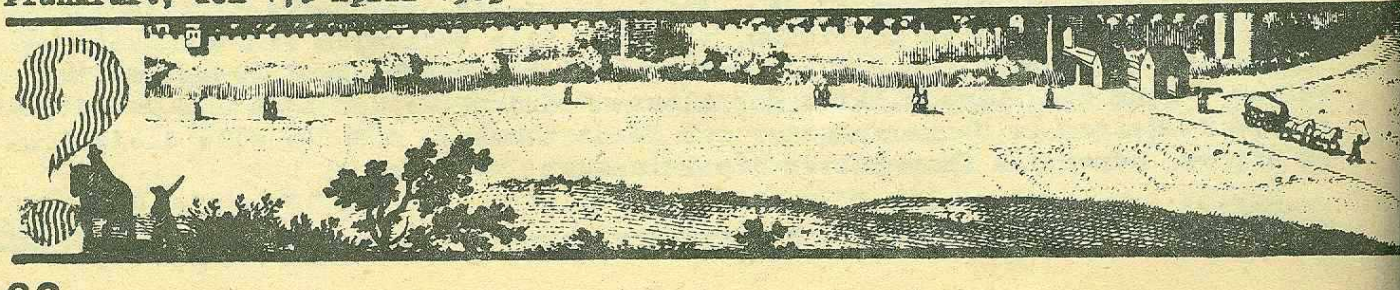
Die verstärkten Versuche der Lehrherren, Fürsorger und Jugendgerichte, durch Verweigerung der Ausbildung, die ohnehin kaum mehr ist als Ausbeutung unterbezahlter Hilfskräfte, und Einweisung ins Erziehungsheim oder Jugendgefängnis die politisierten Jugendlichen zu kriminalisieren, werden wir mit solidarischen Aktionen in den Betrieben, Lehrwerkstätten, Lehrlings- und Erziehungsheimen bekämpfen.

Die Phase der abstrakten Solidarität mit den Arbeitern wird abgelöst durch die praktische Zusammenarbeit von Studenten und jungem Arbeitern. Unter anderen spezifischen Bedingungen wird sich unser Kampf im Gegensatz zu den Gewerkschaften und der KP auch außerhalb der Universität nicht um irrelevante und stabilisierende Reformen gehen, die nur Systemmängel vertuschen sollen, sondern um die Verbreiterung und Festigung der Selbsttätigkeit der Genossen.

Im den Aktionen wie in den Arbeiterkreisen wird es darauf ankommen, das Bewußtsein der Arbeiter gegenüber den Manipulationen im Freizeit und Konsumbereich zu immunisieren und zu stärken gegen die Disziplinierungsversuche der Eltern, Fürsorger und Ausbildern.

Es wird nicht länger möglich sein, die Studentenrevolte zu zerschlagen, ohne DIE Revolte der jungen Arbeiter zu provozieren.

Frankfurt, den 17. April 1969



Durch die Ereignisse im letzten Semester (SDS-Verbot, Polizeieinsatz bei der Immatrikulationsfeier, Sprengung von zentralen Hochschulgremien) ergab sich eine qualitative Veränderung im Bewußtsein eines Teils der Aachener Studenten. Eine Konfrontation zu den Professoren wurde erstmals materiell erfahren. Bei der Wahl zum SP entstand daraus ein Zwang aller an der Wahl beteiligten Gruppen zur "linken" Argumentation, die sich aber nicht in der politischen Arbeit des Parlaments auswirkte, wie der weitere Bericht zeigen wird. Die erfahrene Konfliktsituation wurde durch Fixierung auf den Rektor, dem man auch von Professorenseite Unfähigkeit vorwarf, bald wieder neutralisiert. So schlug sich diese Bewußtseinsveränderung nur quantitativ in einer pseudo-linken Mehrheit nieder. Der von der FR als extrem links angekündigte AStA, der seine Wahl dieser Mehrheit verdankte, brach die Kommunikation mit dem SDS unmittelbar nach der Wahl ab, verlor anschließend den Kontakt zur übrigen Studentenschaft, den er über das Parlament glaubte halten zu können, und versank im Funktionärsdasein . Das bedeutet konkret, in Aachen wird nach wie vor traditionelle AStA-Politik betrieben.
Die Theorielosigkeit und das kurzfristige Taktieren des AStA führte zum ersten Konflikt während der VDS-MV in Köln, wo der AStA unter Hinweis auf seine Repräsentativfunktion für das 1:2-Modell für die Besetzung des Zentralrates stimmte; in der späteren Rationalisierung seiner Haltung verlegte er sich auf das Beschwören von Leerformeln, - wie "linker Pluralismus", "Ungleichzeitigkeit" und "der böse SDS", der keine Meinung neben sich gelten läßt. Die Auseinandersetzungen hatten die Bildung einer SDS-Fraktion im AStA zur Folge, die allerdings schnell isoliert und von der Kommunikation und Information ausgeschlossen wurde. Einen ersten Höhepunkt der Auseinandersetzung bildete der Sturz des Pressereferenten - in Zusammenarbeit mit der extremen Rechten und ausschließlich aufgrund persönlicher Diffamierungen.
Allerdings muß zugegeben werden, daß die SDS-Gruppe, die Rederecht im Parlament hatte, nicht fähig war, die Diskussion politisch zu wenden.
Bei der Diskussion des neuen Hochschulgesetzentwurfs übernahm der AStA die Aufgabe, die Studentenschaft über Tendenz und Inhalt zu informieren, plädierte auf einer von ihm einberufenen Vollversammlung auch für einen Streik, den er aber nicht im Geringsten organisatorisch vorbereitet hatte, weil er auf eine Sternfahrt nach Düsseldorf fixiert war. So übernahm der SDS die Durchführung des Streiks, während der AStA im Landtag Bullen zählte. Die Streikdurchführung, die auch im Bewußtsein der Studentenschaft reine SDS-Sache war, hatte die Bildung einiger Basisgruppen zur Folge, die uns vor erhebliche organisatorische Probleme stellt. Die Basisgruppen arbeiten ausschließlich fachspezifisch, woraus als erstes Problem die Auseinandersetzung mit Fachschaftsfunktionären auftaucht, die versuchen, die Basispolitik des SDS in die herkömmlichen Fachschaften zu integrieren. Als Gegenstrategie versuchen wir vorerst durch intensive Vorbereitung der Genossen auf die Arbeit in den Basisgruppen in parallel laufenden Projektgruppen, sowie durch Intensivierung der theoretischen Diskussion in der SDS-internen MV und schließlich durch eine mit Nachdruck verfolgte Diskussion des Berufsbildes in den Basisgruppen selbst, diesen Druck aufzufangen. Als Kommunikationsorgane sind weiterhin ein Jour-Fixe und eine Zeitung, die uns die theoreti-

sche Kritik an den Beiträgen der Basisgruppen ermöglicht, vorgesehen. Die Zeitung dient zusätzlich als Kommunikationsorgan zwischen den Basisgruppen und der übrigen Studentenschaft. Da sich außerdem das Parlament verbal für das Basisgruppenkonzept engagiert hat und Kommunikationsaufgaben übernehmen will, besteht hier einerseits die Möglichkeit einer finanziellen Unterstützung, andererseits die ganz erhebliche Gefahr einer destruierenden Einflußnahme durch die Funktionäre.

Unsere hochschulbezogene Arbeit in den letzten Semestern, war weitgehend dadurch gekennzeichnet, daß wir von einer abstrakt-theoretischen Ebene ohne Ansätze einer praktischen Vermittlung ausgingen. Wir glaubten durch eine "Technologiedebatte" (Wissenschaftsbegriff-Positivismuskritik-Verwertungszusammenhänge-Kapitalismuskritik) die ansatzweise vorhandene — durch oben genannte Konflikte erfolgte Mobilisierung erweitern zu können und darüberhinaus eine Konfliktstrategie für den Arbeitsplatz des Technikers in der Hochschule entwickelt zu haben.

Der Versuch, einen Ansatz für Basisbezogene Arbeit in der Architekturabteilung in die Praxis umzusetzen, führte — im Wesentlichen durch die gleiche Fehlstrategie — zu einer Verselbständigung der Genossen in dem als Basisgruppe verstandenen Fachschaftskollektiv. Für die Gruppe ergibt sich aus der Reflexion des bisherigen und neuerlichen Initiierung von Basisgruppen eine strategische Schwerpunktverlagerung auf praxisbezogene Arbeit, sowie aus dem dialektischen Prozess zwischen Basisgruppen und SDS-Gruppe eine theoretische Neuformulierung der Strategie für die nächsten Semester und eine theoretische und organisatorische Ausrichtung der Basisarbeit auf eine sozialistische Perspektive.

...ationsmaterial, besonders für Math. + Natw. Basisgruppen geeignet!!!!!!
...arch & Destroy- **SDS • Flugschrift** 1 Basisgruppe Mathematik---------ERLANGEN
...orobe:
...umerical strength of infantrymen on side *m* (usually the de-
...fender or ambushee).
...umerical strength of infantrymen on side *n* (usually the ag-
...gressor or ambusher).
...ingle-hit disablement probability.
...ill or disablement probability of weaponry.
...mprovement in aiming capability achieved in time *r*.
...verage rate of rifle fire.
...illing power of ground forces engaged in battle.

DM 0,50 nur gegen Nachnahme

...ssen Basisgruppen Mathematik
...Obwohl bei DuPont mehrere Psycho
logen angestellt sind, werden sie
nicht in die wissenschaftlichen La
bors eingelassen; nach Ansicht der
Firma bewährt sich diese Isolierung
der Wissenschaftler von den Psycho
logen. Auch politische und wirt-
schaftliche Erwägungen werden von
den Wissenschaftlern ferngehalten.

SAMMELBESTELLUNGEN AN:
GERD VORHOFF
HUBERTUSSTR. 8
5100 AACHEN

lichen Jurisprudenz" die "Ausarbeitung einer revolutionären dialektischen und materialistischen Methode in der Rechtswissenschaft" entgegenzustellen. Eine solche Kritik darf, wie Paschukanis in der Einleitung zur "Allgemeinen Rechtslehre" schreibt, "die Verallgemeinerung und Abstraktion nicht beiseite werfen, die von bürgerlichen, von den Bedürfnissen ihrer Zeit + ihrer Klasse ausgehenden Juristen ausgearbeitet worden sind", sondern sie muß "diese abstrakten Kategorien analysierend ihre wirkliche Bedeutung dartun, d.h. mit anderen Worten die historische Bedingtheit der Rechtsform aufdecken".

Aus dem Inhalt:

Die Methoden der Konstruktion des Konkreten in den abstrakten Wissenschaften - Ideologie und Recht - Recht und Staat - Recht und Sittlichkeit - Recht und Rechtsbruch.

Ab sofort kann das Buch durch Überweisung von DM 10,-- auf unser Konto 28 28 80 Dresdner Bank, Ffm. mit dem Vermerk 'Paschukanis' bezogen werden. Bestellt und bezahlt massenhaft , sonst bleiben wir auf der Auflage sitzen.

republikanische hilfe republikanische hilfe republikanische hilfe republi